

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgepaltenen Kolonellen
oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
„kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
(nur das erste Wort frei). Inserate für
die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
nachmittags in der Expedition abgegeben
werden. Die Expedition ist an Wochentagen
bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
Feiertagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Berliner Volksblatt.

Verantwortlicher: Amt I, Nr. 1508.
Telegraphen-Adresse:
„Socialdemokrat Berlin“

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonntag, den 15. Oktober 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Nach Hannover.

Nicht der Groß der bedrückten Massen reicht hin, die Mächte der
Gewalt zu überwinden; die Aufgabe der Socialdemokratie ist es,
in der Erkenntnis der wirtschaftlichen und politischen Wirklichkeit den
Proletariat das befreiende Schwert in die Hand zu geben. Dies
Schwert muß stets wieder neu geschliffen werden, auf daß es nicht
roste, und immer wieder muß das Proletariat seinen Gebrauch üben
und vervollkommen, auf daß es ihn nicht verlerne.

Eine Partei, die also im Doppeltakt — im Kampf gegen den
Gegner und im Ringen um die Wahrheit — steht, sie benötigt all-
jährlicher Musterung ihres Bestandes, ihrer Aufgaben, ihrer Ziele,
damit der Schlachtplan in Einklang festgesetzt und die feste Ge-
schlossenheit der Marschkolonnen erhalten werde.

Beiden Aufgaben war auch dieser Parteitag in Hannover
gewidmet. In beiden Richtungen hat er viel gethan und als sein Er-
gebnis stellt sich heraus ein bedeutender Fortschritt im großen Kultur-
kampf unseres Zeitalters, den das Proletariat kämpft.

Insonderheit war die Parteitagswocche „inneren Fragen“
gewidmet. Die große Grundfrage: Wohin wollen wir? war auf-
geworfen und damit im engsten Zusammenhange die strategische
Frage: Wie und auf welchen Wegen wollen wir das Ziel
erreichen?

Je mehr unsere Partei an Zahl der Anhänger wächst, je mehr
sie zum Hüter aller Bedrückten wird, je größer ihre politische
Bedeutung und Verantwortlichkeit wird, um so mehr stellt sie sich
vor die Aufgabe gestellt, ihre Ideale in der Praxis des
Lebens, ihr großes Wollen in den Problemen, die der Tag stellt,
zu bewahren. Die kleine Gruppe vertritt ihr Ideal
der erwartungsvollen Menge, aber die große Partei soll
das Ideal in den Einzelheiten der wirklichen Lebens-
kämpfe vertreten und verwirklichen. Da gilt es,
in der Mannigfaltigkeit der Einzelfragen das geistige Band
nicht verlieren. Und darum muß die Partei stets von neuem
in harter Denarbeit sich mühen, daß sie durch Wahrheitserforschung
gewachsen bleibe allen neuen Ansprüchen der fortschreitenden Ent-
wicklung der lebendigen Wirklichkeit. Kein Parteitag der deutschen
Socialdemokratie, auf dem nicht ein Stück dieser Wahrheit gesucht
und gefunden wäre, aber kaum ein Parteitag, wo so heiß um die
Wahrheit gekämpft wurde, als auf dem soeben beendeten in der
einstigen Werkshauptstadt, und wo, wie wir meinen und hoffen, so
viel des hohen Gutes gefunden wurde. Jeder unserer Parteitage
befahte sich mit wichtigen Einzelfragen und löste sie. Dieser Parteitag
befahte sich mit der Frage der Fragen, mit der Grundfrage
unseres Parteilebens, die alle Einzelfragen umschließt.

Wenn wir unter dem Eindruck dieses Parteitages an die ihn
vorausgegangenen zurückdenken, so erscheint es uns nun überraschend,
daß das, was in Hannover geschah, nicht schon früher geschehen ist. Wir
gestehen, es ist das erste Mal seit dem Gothaer Einigungskongress
von 1875, daß die Grundlage unseres Programms unter der Anteil-
nahme der gesamten Partei umfassend und gründlich besprochen
worden ist. Als in Halle nach dem Fall des Socialistengesetzes die
Aufstellung eines neuen Programms beschloffen ward und als dieser
Beschluss in Erfurt 1891 zur Ausführung gelangte, da waren nur wenige
Köpfe der Theorie an dem Werke beteiligt, das ohne jede größere
öffentliche Diskussion aus einer schnellen Kommissionsberatung her-
vorging. Jetzt aber erlebten wir eine wahrhaft große Debatte
durch vier Tage unter eifrigster Beteiligung der ganzen Partei. So
ist noch in keiner Partei je über wissenschaftliche Fragen diskutiert
worden. So ist auch in unserer Partei noch nie über die Grund-
lagen unseres Denkens und unserer gesamten Stellungnahme im öffent-
lichen Leben diskutiert worden. Schon diese Thatsache, daß ein solches
Parlament des ernstesten Ringens um wissenschaftliche Wahrheit aus
der Tiefe der gedrückten Menschheit erwachsen ist, muß, so dürfen
wir frei von Selbstüberhebung sagen, als ein erhebender Beweis
gelten, daß es ein Aufwärts giebt in der menschlichen Kultur-
entwicklung!

Vor dem Parteitage in Hannover schien es manch einem fast, als
seien so tiefe Gegensätze in der deutschen Socialdemokratie
ausgebrochen, daß es vielleicht keine Ueberbrückung geben könne.
Wir haben dies nie geglaubt. Der Parteitag hat unsere Auffassung
zu unserer Freude bestätigt.

Was ist die Quintessenz aus der großen Debatte in Hannover?
Wohl giebt es Gegensätze aller Art. Meinungsverschiedenheiten
über viele Einzelfragen, die oft größer scheinen als sie wirklich sind,
worum die Lebhaftigkeit des Temperaments die eigene Meinung zu-
spitzt und die Meinung des anderen nicht mit ruhiger Objektivität
zu betrachten weiß. Da waren manche, welche nicht genug der
„radikalen Phrase“ entgegenzutreten konnten und schon glaubten, jene
„Abstrakten“ dächten nur an den „einen großen Tag“ und seien
widerwillig, die Aufgaben der Tagespolitik recht zu würdigen. Da
waren andere, die einen verächtlichen „Opportunistismus“ hereinbringen
sahen und fürchteten, es gäbe eine Richtung in der Partei, welche
eine zaghafte Anlehnung an die bürgerliche Scheindemokratie suche,
welche im Kleindienst der Tagesarbeit aufgehen wolle und die
Ideale vergesse, die die Herzen entflammen und allein die zur
Fortführung des schweren Kampfes bis zum Siegesfest nötige Kraft
geben.

Wenn wir recht urteilen, so sind die Schwarzseher auf beiden
Seiten enttäuscht worden und mindestens sind ihre Befürchtungen
am Ausgange des Kongresses viel, viel geringer geworden als sie
zuvor gewesen. Wir wollen damit keineswegs einen Tadel gegen
diejenigen erheben, die solche Befürchtungen hatten. Mißtrauen ist
in diesem Falle eine Tugend, denn es ist das Mißtrauen, daß
niemand strauchle und daß die Sache der Gesamtheit keinen Schaden
nehme.

Freilich, es wäre thöricht anzunehmen, daß der Parteitag all
diesen Erörterungen ein absolutes Ende gesetzt hätte. Im Gegen-
teil, viele Probleme sind nun erst aufgeworfen worden und unsere
besten Männer werden fortdauernd an ihrer Lösung arbeiten. Die
Wissenschaft steht nicht still und unser Bemühen um sie darf niemals
rasten. Wohl aber hat der Parteitag die Thatsache er-
geben, daß es ein Ideal ist, das in uns allen
glüht und das unsere Gemeinschaft gegen jeden Zweifel im
eigenen Lager und gegen jeden äußeren Feind sicher stellt.
Das ideale Ziel der Befreiung jeglicher Ausbeutung des Menschen
durch den Menschen, der Herstellung einer klassenlosen Gesellschaft, deren
Grundlage die sociale Gleichberechtigung aller und deren Princip
die höchstmögliche Entfaltung aller menschlichen Fähigkeiten und
Talente ist — dieses Ziel, dieser freiwillige Socialismus ist uns
allen das Leitmotiv unseres Wirkens, wie es zugleich die Quelle
ist, aus der uns stets von neuem die Kraft des Kampfes zu-
strömt.

Berechtigt war die Lebhaftigkeit, mit der gegen Vernstein zu Felde
gezogen ward, wenn die Meinung begründet war, Vernstein wolle
an jenem Ideal rütteln. Aber alle Genossen, die auf dem Parteitag
hervorgetreten sind, haben sich einig über die Befürchtung noch hegen, daß
immerhin die Mittel und Wege des anderen, wenn auch wider seinen
Willen, aus dem Rahmen jener Grundauffassungen hinausdrängen,
so wird doch die Diskussion hierüber in einer sachlichen Art und der
Würde der Wissenschaft entsprechend geführt werden, nachdem die
Uebereinstimmung im Empfinden jedem unzweifelhaft ge-
worden ist.

Mag nun auch manche Einzelheit innerhalb jener all-
umfassenden Grundauffassungen fürder streitig bleiben, die Einheit
der deutschen Socialdemokratie ist, wie wir nicht anders erwartet
hatten, von neuem gesichert und gestärkt aus dem Parteitag hervor-
gegangen. Ja mag selbst jemand die Befürchtung noch hegen, daß
immerhin die Mittel und Wege des anderen, wenn auch wider seinen
Willen, aus dem Rahmen jener Grundauffassungen hinausdrängen,
so wird doch die Diskussion hierüber in einer sachlichen Art und der
Würde der Wissenschaft entsprechend geführt werden, nachdem die
Uebereinstimmung im Empfinden jedem unzweifelhaft ge-
worden ist.

Das gleiche Empfinden der Partei und das übereinstimmende
Bekennen der gleichen Grundauffassung hat sich glänzend be-
wiesen in der Annahme der Weiblichen Resolution.
Diese Resolution ist der Boden, auf dem wir alle gemeinsam stehen.
Mag auch der eine diesem Satz der Resolution mehr, jenem weniger
Bedeutung beilegen als der andere — darin erblicken wir keines-
wegs eine Schwächung oder Schwächung des Arbeiterkampfes.
In dieser Millionpartei kann nicht eine Schablone herrschen, ja es ist
vielmehr ein Glück für die Bewegung, daß sie nicht vorhanden
ist. Es ist erfreulich, daß bei aller Einheit doch Mannig-
faltigkeit waltet. Ist es nicht ein Zeichen lebendiger Kraft in der
Partei, daß nicht einer alles nach seiner Auffassung leitet, daß
mancherlei selbständige Denweise hervortritt, da schließlich alle doch
den gleichen großen Ziele zustreben? Wir sehen allenthalben den
politischen, intellektuellen, sittlichen Aufstieg der großen Volksmassen
aus dunklen Tiefen empor zum Licht. Auf allen Lebensgebieten
wollen sie sich versuchen. Mag da nun der eine den Versuch, durch
Konjunktionsgenossenschaftliche Vethätigung die Arbeiter-
klasse zu fördern, höher anschlagen als der andere, mag wiederum das
Gewerkschaftswesen dem einen als Vorstufe des politischen
Kampfes, dem andern als gleichwertig mit der politischen Be-
wegung, dem dritten als sogar höherer Ranges gelten — das
sind Verschiedenheiten der Auffassung, über die noch oft gestritten
werden wird, aber Verschiedenheiten, die doch insgesamt sich unter
der höheren Ordnung dessen, was allen gemeinsam ist,
zusammenfassen und niemals ein genöthiges Zusammenstehen
wider den allgemeinen Feind unmöglich machen.

Vor dem Parteitag erschienen diese Verschiedenheiten manchem
von uns größer als sie sich nun, da die Genossen Auge in Auge
einander Rede standen, herausgestellt haben. Was als eine Ab-
weichung vom Princip erschien, erscheint nun als eine
Abweichung über das tauglichste Mittel, das Princip
zu erfüllen. Und hatte die Befürchtung, es wolle jemand
bröckeln am Princip der Partei, vor Hannover zu mancher, oft auch
unmöglichen Helligkeit der Polemik geführt, so sollte dies
unheilvolle Mißtrauen von nun an beseitigt sein und die Bemühen
sollte Platz greifen, unsere Diskussionen fortan frei von Rechthaberien
und Verdächtigungen als lauter Suche der Wahrheit zu führen.
Auch in dieser Hinsicht, das sind wir überzeugt, hat die lebhaft
Ausdrücke auf dem Parteitage ihr gutes geschaffen.

Der Parteitag hat aber über die Sicherung der programmatischen
Einigkeit hinaus, wie sie nicht nur durch die Resolution Weib,
sondern auch durch die erneute Festlegung unserer unversöhn-
lichen Gegnerschaft gegen den Militarismus zum
Ausdruck gelangt ist, noch ein positives Resultat von großer Bedeutung
gebracht. In derselben Weiblichen Resolution, welche unsere Grund-
auffassungen in gedrängter Kürze feststellt, ist auch eine wichtige
taktische Frage entschieden worden, die Frage der Wahländ-
nisse. Mit einer unerwarteten, fast an Einmütigkeit reichen-
den Majorität hat die Partei den allgemeinen Satz auf-
gestellt, daß ein Zusammenoperieren unserer Partei mit anderen
Parteien unter Umständen statthaft sei. Die wenigen Parteig-
enossen, welche diesem Beschluß nicht zustimmten, werden jedenfalls
erkannt haben, daß den mehr als 200 Delegierten, die für diesen
Abgang der Weiblichen Resolution stimmten, nichts ferner gelegen
haben kann, als die Selbstständigkeit und prinzipielle Reinheit der
Partei zu mindern. Also auch in dieser taktischen Angelegenheit,
deren Erledigung große Schwierigkeiten im Wege zu stehen schienen,
ist fast spielend eine weitgehende Uebereinstimmung der Partei er-
zielt worden.

Und weil diese einige Geschlossenheit auf unserem Parteitage
widerum sichergestellt worden ist, darum schweres Vergerniß in

den Reihen unserer Gegner. Mehr denn je hatten diese
ihre Hoffnungen auf den Parteitag in Hannover gesetzt, mehr denn
je hatten sie auf Spaltung unserer Partei oder doch auf die Fest-
stellung so weitgehender Differenzen gehofft, daß der bisherige feste
Zusammenhalt gelodert werden könnte. Wie stets so auch dieses
Mal war ihre Hoffen trügerisch und daher jetzt ihre Unzufriedenheit.
Unzufrieden sind die Scharfmacherblätter, da der Partei-
tag ihnen so ganz und gar keine Gelegenheit gab, das rote Ge-
spinnst der Ungefährlichkeit und Gewaltthätigkeit den Urteilslosen neu
auszustreuen vorzuführen. Unzufrieden sind insbesondere die
liberalen und demokratischen Blätter, die in geistlichem
Mißverständnis unserer Parteidwicklung schon wähten, die social-
demokratische Partei werde die Einheitlichkeit ihrer Weltanschauung
verpreßben und sich in eine Politik der Grundlosigkeit, Verfälscher-
heit, Kleinlichkeit, Ideenlosigkeit verlaufen.

Sie alle, unsere Gegner, sind die Getäuschten, und nur das
deutsche kämpfende Proletariat darf freudig auf die
Tage von Hannover schauen, welche von neuem die Einheit und
damit die Kampfesfähigkeit der Partei sicher gestellt haben. Denn
wirklich gab es in Hannover auch nicht einen geringsten
Rißflang, eine mindeste Abweichung, als die Fragen der
Organisation des Parteibeeres und seines Aufmarsches be-
handelt wurden. Es bekundete sich da allenthalben eine vollständige
Harmonie. Noch auf keinem Parteitage fand die Verwaltung der
Partei geschäfte durch den gewählten Vorstand sowie die Thätigkeit
der parlamentarischen Fraktion so uneingeschränkte
Zustimmung wie in diesem Jahre. Die altbewährten Männer,
die seit langen Jahren an der Spitze der Partei stehen, sie sind
durch das Vertrauen der Partei wieder auf ihren Posten gestellt
worden, obschon gerade auch in ihnen die mannigfachen Abweichungen
in den Ansichten über Einzelfragen zum Ausdruck gelangen.

Auch eine Reihe anderer Fragen des Parteilebens wurden
in Hannover ohne jede Schwierigkeit geordnet. Der Protest
gegen die Zuchthausvorlage, die Waifeier, die Be-
schädigung des nächsten internationalen Kongresses, die
Erledigung einiger Beschwerden — das alles konnte schnell und glatt
erledigt werden.

So hat sich denn der Wunsch, der am Vorabend des Kongresses
ausgesprochen wurde, daß er zum Heile der Partei wirken möge,
voll erfüllt. Der Parteitag hat sich als eine centripetale, zusammen-
führende Macht bewiesen. Die Delegierten der Partei haben ein
wertvolles Werk vollbracht. Die deutsche Arbeiterklasse darf ihnen
Dank sagen für ihre Mithewaltung.

Geant und gekräftigt geht die Socialdemokratie aus den
Debatten in Hannover hervor. Mit neuer Begeisterung und hellen
Augen führt sie ihren Kampf gegen die Feinde des Volkes und der
Kultur. Raslos an sich selbst arbeitend und den Feind von Schanze
zu Schanze treibend — so schreitet das Proletariat zum Siege, in
eine neue Zeit!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 14. Oktober.

Der Krieg.

Wie voranzusehen war, befinden sich die Boeren zunächst auf
allen Punkten in der Offensive. Sehr gestärkt fühlen sie sich
durch die Vereinigung ihrer Truppen mit denen des Orange-
Freistaates, die, wie der Vorleher der von den Boeren eingenommenen
Station Albertina erklärt, bereits stattgefunden haben soll. Die
Boeren beabsichtigen, gleichzeitig alle schwachen Punkte anzugreifen.

Was den östlichen Kriegsschauplatz betrifft, so meldet der
Kriegsberichterstatter des „Daily Telegraph“ aus Ladysmith, daß
Freitag vor Tagesanbruch eine starke mobile Kolonne, zusammengefaßt
aus Truppen aller Waffengattungen, unter dem Befehl des Generals
White auszog, um zu rekonstruieren. Dabei scheint die Kolonne auf den
Feind getroffen zu sein. Das Kriegsministerium erhielt die Bestätigung
des Vorstoßes von Ladysmith. — Eine Drahtung der
„Daily News“ aus Ladysmith besagt, die Boeren hätten die Ratal-
grenze an mehreren Punkten überschritten; ihr augenscheinlicher Zweck
sei, Dundee, Glencoe und Ladysmith gleichzeitig anzugreifen. — Eine
„Times“-Drahtung aus Ladysmith schätzt
die Zahl der in Ratal eingedrungenen Orange-Boeren auf 12000
Mann. Sie rücken rasch in der Richtung auf Ladysmith vor. Die
Vorposten stehen einander gegenüber; ein großes Treffen
steht bevor, wenn es nicht schon stattgefunden hat. Die Be-
wegung scheint eine Umgehung der britischen Stellung zu be-
zwecken.

Auch auf dem westlichen Kriegsschauplatz, wo die Boeren
gestern einen nach Raseling bestimmten gepanzerten Eisenbahnzug
bombardiert und genommen haben, sind sie bereits zum Angriff auf
Raseling selbst vorgegangen. Nach einem Telegramm der „Daily
Mail“ aus Kapstadt von gestern liegt dort die Meldung vor, die
Boeren seien zum Angriff auf Raseling geschritten und hätten
bereits mehrere Niederlagen erlitten. Diese Nachricht ist aber
wohl nur mit Vorbehalt aufzunehmen. Dagegen veröffentlichten
die Londoner Abendblätter eine Depesche aus Kapstadt vom 14. d. M.
mit der Meldung, daß die Boeren einen aus Raseling kommenden
gepanzten Eisenbahnzug, in welchem sich Tele-
graphisten befanden, in die Luft sprengten. Die Blätter be-
merken, daß es sich anscheinend um einen neuen Zug handelt.

Der Angriff der Boeren auf Raseling selbst steht unter dem
Oberbefehl Cronjes, der über eine stärkere Artillerie verfügt, als
der englische Befehlshaber Baden-Powell.

In den letzten Tagen haben auf beiden Seiten mannigfache
Verschiebungen stattgefunden. Nachdem von den indischen Truppen
3200 Mann Infanterie, 1500 Mann Kavallerie und 18 Geschütze in
Durban gelandet und nach Pietermaritzburg und Ladysmith vor-
geschoben worden sind, dürften die englischen Streitkräfte in Ratal jetzt
13000 Mann betragen, von denen 8 Bataillone Infanterie, 4 Regi-
menter Kavallerie und 6 Feldbatterien in der Gegend von Glencoe-
Dundee aufgestellt sind. Allem Anschein nach sind die Streitkräfte
der Boeren denen der Engländer in dieser Gegend nicht mehr be-

Freund überlegen, denn man nimmt an, daß General Joubert über höchstens 10000 Mann verfügt, während die Franzosen 4000 Mann zählen. Genauere Berichte zu erlangen, ist jetzt nicht denkbar, denn die militärische englische Censur waltet mit großer Strenge ihres Amtes. Von wenig militärischem Geiste zeugt die Meldung, daß alle nach der Front abgezogenen britischen Truppen ihre Fahnen im Lagerungsgebäude zu Pietermaritzburg zurückgelassen haben. Eine sehr praktische Einrichtung, jetzt brauchen sie im Kampfe ihre Fahnen nicht zu verteidigen. Man sieht: die Engländer sind auch hier wieder allen voran in dem Erfassen der Sache selbst; die „Ehre“ steht bei ihnen nicht im Kurze, sie wollen nur das, was dahinter steht, den Vorteil. Dum-Dum-Geschosse nehmen sie mit, die Fahnen sind überflüssige Vogage.

Daß ein schneller Sieg der Engländer nicht zu erwarten steht, ist an dieser Stelle wiederholt ausgeführt worden, ebenso, daß die bisherigen englischen Rüstungen durchaus noch nicht genügen. Derselbe Ansicht vertritt das „Militär-Wochenblatt“, das in einem längeren, den kriegsführenden Mächten gewidmeten Artikel die den beiden Freistaaten schon jetzt zur Verfügung stehenden Streitkräfte auf rund 90000 Mann schätzt, die wohlbewaffnet und bereit sind, für ihre Unabhängigkeit ihr Bestes einzusetzen. Das Blatt kommt zu dem Schlusse, daß die britische Heeresleitung sich darauf werde einrichten müssen, mit mindestens 150000 Mann in Südafrika aufzutreten. Da die Gesamtstärke der von England für einen Feldzug im Auslande planmäßig vorbereiteten Armee nur etwa 77000 Mann mit 214 Geschützen beträgt, so würden ganz außerordentliche Anstrengungen erforderlich sein, um die völlige Wiederherstellung der beiden Freistaaten zu bewerkstelligen.

Während unten weit in Afrika die Völker aufeinander schlagen, hat am Freitag Graf Riga in Namen Italiens sämtliche Konventionen und Deklarationen der Friedenskonferenz in Haag unterzeichnet. Bäterchen giebt nämlich sehr viel auf das Deforum und hat den Wunsch ausgedrückt, daß alle Staaten in feierlicher Proklamation nach dem Haag den definitiv ausgebrochenen ewigen Frieden bekräftigen. Schade, daß England momentan anderweitig beschäftigt ist. Sollte sie ein wenig mehr Zeit hat, wird die englische Regierung es sich sicher nicht nehmen lassen, dieser Pflicht der Courtoisie gentlemanlike nachzukommen.

Bretoria, 14. Oktober. (Meldung des „Reuterschen Bureaus“.) Antilich Meldungen von der Westgrenze besagen, eine Truppenabteilung der Boeren unter General Cronje habe in der Nähe von Ramathlabama die Grenze überschritten. Man habe sehr starke Detonationen gehört und glaube, die Boeren hätten die Eisenbahnlinie gesprengt und die Telegraphenleitungen abgeschnitten. — Der Boeren-General Jan Mod telegraphiert, seine Abteilung habe das Defilé am Vothapasse besetzt, während die Truppenabteilung von Volksrust Raingnsel besetzt habe und den Vormarsch in Natal fortsetze.

Deutsches Reich.

Das königliche Herz des Herrn v. Miquel, das nach gewissen Zwischentragereien in dem Kanalhandel eine doppelte Durchführung sich zugelegt haben soll, liegt nun wieder in strahlender Reinheit allen lokalen Blicken offen. Die Festmahl-Rede von dem Segen, den die Höfen Jollern über Hannover gebracht, hat an maßgebender Stelle den bösen Zweifel zerstört. Die Krisis hat also wieder einmal gar nicht existiert. In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wird offiziös verkündet, daß nach ihren „zuverlässigen Informationen über die schwebenden Fragen unserer inneren Politik Meinungsverschiedenheiten im Schoße des Staatsministeriums überhaupt nicht bestehen“.

Herr v. Miquel kann also wieder unentwegt für den Kanal kämpfen.

Miquel freigesprochen! Ein Berichterstatter, der vorzugsweise aus konservativen Quellen schöpft, schreibt der „Voss. Ztg.“ unter der ausdrücklichen Mitteilung, daß seine Angaben „offiziös“ seien, die Regierungskrisis sei erst in diesen Tagen entschieden worden. Er fährt fort:

Der Kaiser hat sich nach seiner Rückkehr über die Zusammenlegung des Staatsministeriums schlüssig gemacht und vor allem das eingereichte Entlassungsgesuch des Vicepräsidenten des Staatsministeriums Dr. v. Miquel abschlägig beschieden. Die Verdienste, die sich dieser Staatsmann namentlich um die Regelung der preussischen Finanzen erworben hat, werden zu diesem Entschlusse beigetragen haben. Die Angelegenheit Jedlitz konnte Dr. v. Miquel nicht zur Last gelegt werden, weil erweislich Hr. v. Jedlitz wiederholt in Gegnerschaft zu Dr. v. Miquel gestanden hat und durchaus nicht sich dessen Beeinflussung immer gebeugt hat.

Na, dann wäre ja alles wieder in Ordnung. Sein Name ist Miquel, er weih von nichts! Einzig und allein die infame Gekpresse ist an allem Schuld!

Freiherr von Jedlitz, dessen offizieller Rücktritt als Präsident der Seehandlung erst am 1. Januar erfolgt, hat bis zu diesem Termin Urlaub erhalten.

Unser Tag.

IV.

Hannover, 18. Oktober.

Die denkwürdige Bernsteindebatte ist am Freitagvormittag zu Ende gegangen. Wedels Resolution, die um eine Singulierung verschärft worden war, welche die Ablehnung des Vorschlags enthält, sich eine demokratisch-socialistische Reformpartei zu nennen, wurde in namentlicher Abstimmung mit 216 gegen 21 Stimmen angenommen. Gegen die Resolution stimmten Berliner und Leipziger Genossen, weil sie im Absatz 3 die Kompromißfrage im bejahenden Sinne entschieden hatte, ferner Hamburger Genossen wegen des Satzes zu Gunsten der Genossenschaften. Einzelne Berliner hatten sich bei der Schlussabstimmung für die Resolution entschieden, legten aber in einer Protokollklärung ihren Gegensatz zur Landtagswahlfrage nieder. Ueber den Absatz 3 selbst war auch namentlich abgestimmt worden, und hier war das Verhältnis 208 gegen 84.

Das Ergebnis hat die grundsätzliche Einheit der Gesamtpartei, allen Gegnern, die mit gesägten Männern lauzerten, zum Bedruss, unwiderleglich festgestellt. Ja selbst in den taktischen Fragen hat sich eine weit größere Einmütigkeit herausgestellt, als vielfach in Parteikreisen geglaubt wurde. Hat Bernstein aus London seine Ueber einstimmung mit der Resolution erklären lassen, so stimmte auf der anderen Seite Rosa Luxemburg sowohl für die ganze Resolution wie für den dritten Absatz, den übrigens Wedel in seinem Schlusswort dahin erläuterte, daß damit die Taktik bei den Landtagswahlen endgültig festgelegt werden sollte. Die Socialdemokratie ist, bei aller Elastizität der Kampfsmittel, nach wie vor von allen bürgerlichen Parteien scharf und streng geschieden, die Grenzsteine sind nicht um Quarebreite verschoben.

Die Entscheidung kam zu stande, nachdem am Donnerstag eine der bewegtesten Verhandlungen vorausgegangen war, welche unsere Parteigeschichte kennt, und über die es schwer, wenn nicht unmöglich ist, ruhig und objektiv zu berichten, weil der innerlich Betheiligte sich seiner individuellen Reigungen und Abneigungen nicht ganz zu enthalten vermag.

Der Donnerstag begann mit einer scharfen theoretischen Abweisung der sog. Bernsteinischen Richtung durch unsere Genossen Petrus. Es traten dann in der weiteren Debatte immer mehr die bisher vernachlässigten praktischen Fragen in den Vordergrund, und

Das kommunale Programm unserer Berliner Parteigenossen hat die Wut der „Konservativen Korrespondenz“ erregt. Sie ist schon ganz besinnungslos, denn sie lobt bereits die „Freisinnige Zeitung“. Besonders empört sie die Forderung der unentgeltlichen Vorkostung aller Schulkinder auf Kosten der Steuerzahler, und zwar deshalb, weil sie gegen die Meinung, die die Durchführbarkeit dieser Forderung beweist, nichts einwenden kann. So legt sie sich denn auf die Gefühlsebene und läßt die Moral gegen das „Einkaufsstättchen“ aufmarschieren, das die Socialdemokraten da in Berlin einrichten wollen. Den Herren Eltern, die ohnedies schon kein Schulgeld zu bezahlen haben, soll die Sorge für ihre Kinder abgenommen werden. Wir zweifeln daran, daß ordentliche Mütter damit einverstanden sein könnten; solchen Eltern aber, denen Verzweiflungswortlichkeit und Familieninn überhaupt abgeht, die ihnen lästige Fürsorge für die eigenen Kinder abzunehmen, liegt nicht der geringste Anlaß vor. Ein recht großer Teil der solchen Eltern ersparten Ausgaben, die für den Stadtkädel 9 Millionen repräsentieren würden, würde ja doch nur in die Kasse wandern. Will die „Konservative Korrespondenz“ sich im Ernst so nahe stellen und so thun, als wählte sie nicht, daß auch die „ordentlichste“ Mutter an die Fürsorge für die eigenen Kinder nicht denken kann, wenn sie den Tag über im Dienste des Unternehmers frohden muß?

Wenn schon die eigene sociale Kenntnis der wohlthätigen „Korrespondenz“ nicht so weit reicht, so sollte sie doch wissen, daß augenblicklich im Reichsamt des Innern eine reichsgesetzliche Regelung der Erwerbsarbeit verheirateter Frauen vorbereitet wird. Bei Arbeiterfamilien, wo beide Eltern schwer um das tägliche Brot zu kämpfen haben, fröulich von „Herren Eltern“ zu sprechen — das kennzeichnet die vornehme Denkart der „Konservativen Korrespondenz“.

Die Friedenskonferenz in Berlin W. will man auf etwas absonderliche Art ungehehen machen. Man sucht nämlich die „Germania“ auf Stalleis zu locken. Freitagabend brachte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ eine hochoffizielle Notiz, die nach Mitteilung eines in politischen Kreisen als gut unterrichtet geltenden Berichterstatters anscheinend auf Wunsch des Vicepräsidenten des Staatsministeriums und im Einverständnis mit dem Fürsten Hohenlohe verfaßt worden ist. Die in Form eines Dementis geleitete offiziöse Notiz lautet:

Wir haben bisher von der Zeitungsgeschichte, welche sich zwischen politischen Blättern der verschiedensten Richtungen über eine angebliche Kritik innerhalb des Staatsministeriums entsponnen hat, keine Notiz genommen aus dem einfachen Grunde, weil nach unseren zuverlässigen Informationen über die schwebenden Fragen unserer inneren Politik Meinungsverschiedenheiten im Schoße des Staatsministeriums überhaupt nicht bestehen. (Natürlich!) Wenn einzelne Zeitungen aber so weit gehen, zu behaupten, der Direktor des literarischen Bureaus des Staatsministeriums, Geheimregierungsrat Dr. v. Falk, habe im Auftrage des Vicepräsidenten des Staatsministeriums allein oder in Gemeinschaft mit einem andern die Redaktion der „Neuen Preussischen Zeitung“ aufgeführt und dieselbe irgend welche Erklärungen abgegeben, so erscheint es doch geboten, weiterer Legendensbildung entgegenzutreten. An der ganzen Nachricht, deren tendenziöse Umwahrheit übrigens von einigemmaßen urteilsfähigen Blättern leicht hätte erkannt werden können, ist selbstverständlich kein wahres Wort.

Zu bemerken nun die „Germania“: Der zweite Teil des Dementis ist mit dem ersten Teil in auffälliger Weise verbunden worden, obgleich ein innerer Zusammenhang gar nicht oder nur ganz leise besteht. Derselbe bezieht sich auf die „Friedenskonferenz in Berlin W.“ und dementiert die zuerst von der „Frankfurter Zeitung“ angegebene, dann von der „Freisinnigen Zeitung“ mit positiver Bestimmtheit gebrachte Meldung, daß einer der „Abgesandten“ des Herrn v. Miquel zu dieser „Friedenskonferenz“ der Direktor des literarischen Bureaus des Staatsministeriums, Geheimregierungsrat Dr. v. Falk gewesen sei. Das offiziöse Dementi der „Nordd. Allg. Ztg.“ entspricht allerdings, wie wir bestimmt wissen, insofern den Thatsachen, daß Herr v. Falk nicht einer der Delegierten zur Friedenskonferenz war. Vielleicht sind „Freisinnige Zeitung“ und „Frankfurter Zeitung“ bei der Nennung dieses Namens einer Mystifikation zum Opfer gefallen, die man auch bei der „Germania“ versucht hat.

Diese Mystifikation, die mit Hilfe eines anonymen Briefes und eines anonymen Mohrpostbriefes inszeniert wurde, ist aber bei der „Germania“ nicht gelungen und damit ist der „Kreuz-„Zeitung“ sowohl wie dem offiziellen Dementi in der „Nordd. Allg. Ztg.“ der „Triumph“ verjagt geblieben, die „Germania“ als Urheberin einer falschen Nachricht an den Pranger zu stellen und von der unrichtigen Angabe eines Namens der „Delegierten“ Schlüsse auf die Unrichtigkeit der ganzen Nachricht über die „Friedenskonferenz“ in der „Kreuz-„Zeitung“ abzuleiten zu ziehen.

Man scheint also bei uns in Preußen etwas von der Dreifuss-Affäre profitiert zu haben. Die Taktik der Generalstabler macht Schule. Eine „Vertikalen“-Geschichte haben wir schon. Wann kommen die verschleierte Damen und die falschen Väter? —

endlich entfaltete sich am Nachmittag eine erregende persönliche Auseinandersetzung, die doch den sachlichen Wert einer Klärung gewisser bei uns eingeprägter Gespinnstheiten hatte oder doch haben sollte. Die dumpfe Luft des überfüllten Saales, aber dessen hoch oben an der Decke befindliche Gallerien durch lidenartige Fenster am Tage spärliche Sonnenstrahlen in den elektrisch erleuchteten Raum fallen, die durch die Anstrengungen der unermüdlichen Arbeit erhöhte Hitze, die durch die innerliche Anhäufung von mancher Bitternis, die keine Aussprache gefunden hatte — alles dies trug dazu bei, jene leidenschaftlichen Scenen herbeizuführen, die der trockene Verhandlungsbericht in Stimmung und Wirkung nicht wiederzugeben vermag.

Es ist das allgemeine, durch keine Humanisierung gemilderte Kriegsdreht im Kampf der Meinungen, den Gegner so unzumodern, wie man ihn braucht, um ihn auf Haupt schlagen zu können. Unterhaken sich die Meinungen nur durch unwesentliche Nuancen, so läßt sich natürlich nicht allzu energisch polemisieren. Man erweitert also, in der Regel unbewußt, die Luft, und nun läßt sich herrlich nachweisen, was für ein Jämmerling der Gegner sei, um so herrlicher und leichter, als die Worte selten eindeutig im Begriffe sind. Diese Eigentümlichkeit wirkte auch in den Erörterungen über die Bernsteinfrage bedeutsam und bedenklich mit. Dazu kam die Reizung, sich gegenseitig durch Citate zu beweisen, entweder welche Theorien der Gegner gesagt habe oder daß die eigenen angegriffenen Anschauungen gerade von den Angreifern genau in derselben Weise geäußert worden seien. „Ich habe gesagt“, „ich habe geschrieben“, „ich habe gemeint“ — so hieß es jeden Augenblick. Kleine Umdeutungen und gelegentlich größere Mißzitate wurden vollführt, wenn frühere Momentäußerungen unbedeutend wurden: „Das habe ich nicht gesagt“, „das habe ich nicht geschrieben“, „das habe ich nicht gemeint“. Schließlich läuft dann alles auf Mißverständnisse hinaus, und die Gegensätze schrumpfen für den aufmerksamen Beobachter zusammen. Allein diese Verfahren ist nicht ungefährlich. Wenn das sinnlich erregte Bewußtsein der Gegensätze größer ist als die Gegensätze selbst, so wirkt die sachlich zwar unbedeutende Stimmung des Gegenjagers unvorsichtiger auf das Gefühl unserer Zusammengehörigkeit und verschärft dann schließlich die Gegensätze selbst.

Charakteristisch für die Verhandlungen war, daß die lautesten Mauer im Bernstein-Streit sehr milde und verständlich gesprochen hatten. Von den fürchtbaren Drohungen und Ausfälligkeiten

Die Niedernehmung der deutschen Expedition in Kamerun, von der wir gestern berichtet, wird auch durch das „Bureau Reuter“ gemeldet. In der betreffenden Mitteilung heißt es:

Die Eingeborenen griffen nach der Vernichtung der 100 Köpfe starken Expedition, die den Bezirkskommandant von Rio del Rey, Giese, begleitete und aus Eingeborenen, und zwar zum Teil aus Trägern, bestand, eine benachbarte englische Faktorei an und plünderten sie; zwei dort weilende Weiße entliefen und trafen am 18. September in Rio del Rey ein, wohin sie die Nachricht von dem Gemebel brachten, die sie von den Eingeborenen gehört hatten. Sie vernahmen im Augenblick ihrer Flucht, daß die Eingeborenen auch die anderen dortigen Faktoreien angriffen. Der Dampfer „Niger“ berichtet weiter, in Rio del Rey habe große Erregung geherrscht, da sich dort nur ein weißer deutscher Beamter mit etwa sechs eingeborenen Soldaten befand. Als der „Niger“ von dort wegfuhr, traf ein deutscher Dampfer ein, auf dem im Falle eines Angriffs der Eingeborenen auf die Faktoreien von Rio del Rey sich die Weißen hätten flüchten können, doch hielt der „Niger“ diesen Fall für unwahrscheinlich, da die geplünderten Faktoreien von Rio del Rey weit ablagen.

In dieser Form lautet die Nachricht noch bestimmter. Antilich ist von der ganzen Sache immer noch nichts bekannt. Doch wird dergleichen antilich immer erst sehr spät bekannt.

Eine ostafrikanische Centralbahn soll auf Kosten des Deutschen Reiches gebaut werden. Der Kolonialrat ist eifrig dabei, den Plan durchzubringen.

Die „gelbe Gefahr“.

In der „Köln. Ztg.“ erschien vor einiger Zeit ein Artikel, in welchem die Tugenden der Antilich über das Vollenlied gelobt und die Einführung von chinesischen Diensthöten empfohlen wurde. Die Anregung des würdigen Unternehmerorgans, das sonst nicht genug die „nationale Idee“ feiern kann, hat bereits Früchte getragen; im „Deutschen Reich“ findet sich nachstehendes Inserat:

„Chinesische Diensthöten.“

Ein Großindustrieller, welcher geneigt ist, den in der „Köln. Zeitung“ vom 1. Oktober Nr. 771 besprochenen Versuch zu machen, und selbst 5—6 junge Chinesen gebrauchen könnte, sucht Standesgenossen, welche sich an diesem Versuch beteiligen wollen, so daß eine größere Anzahl junger Chinesen importiert werden kann.

Mit den Diensthöten wird der Anfang gemacht; natürlich werden sich diese bewähren, sind viel arbeitssamer, zufriedener, billiger und williger, als die Deutschen. Manche Kalamität wäre im Handumdrehen gelöst; die Diensthötenfrage, die Reutenot. Die Antilich würden weder eine Diensthöten-Bewegung machen noch je die Erringung des Koalitionsrechts oder die Beseitigung der Gelinde-Ordnung aufstreben. Das, was deutsche Frau- und Schlotbarone sich als das Ideal eines Arbeiters vorstellen, wäre erreicht — ein Arbeitlicher.

Die Sache ist in der That sehr ernst zu nehmen und es gilt, — solange solcher Antilich-Import zwecks Lohnneid und Kulturermiedrigung benutzt werden soll — dem ersten Versuch energig entgegenzutreten. Die Regierung hat die Pflicht, im Interesse der deutschen Arbeiterklasse, im Interesse der Kultur, dem Eindringen jener asiatischen billigen Arbeitskraft zu wehren. Wenn je, so ist hier der „Sieg der nationalen Arbeit“ am Plage.

Ausland.

Spanien.

Als Protest gegen die Besteuerung haben, wie bereits gestern gemeldet, die Händler in Barcelona beschlossen, ihre Läden zu schließen. Sie haben diesen Beschluß auch wirklich durchgeführt. Die neuen Steuern haben in der Bevölkerung Unruhe hervorgerufen. Volkshäufen durchzogen die Straßen. Die Manifestanten schleuderten Steine gegen die Universität und die Bureaus des Blattes „Noticiero“. Die Gendarmen trieb eine Anzahl Personen auseinander, welche Drohru auf das freie Katalonien ausbrachten. Später zogen die Manifestanten vor das Rathaus und verlangten die Demission der Mitglieder des Stadtrates. Der Bürgermeister wurde gezwungen, die Sitzung aufzugeben. Erst um 11 Uhr abends war die Ruhe wieder hergestellt.

Amerika.

Philadelphia, 14. Oktober. Unter den Rednern auf dem Internationalen Handelskongreß befanden sich der Direktor der Centralstelle zur Vorbereitung von Handelsverträgen Dr. Vosberg-Kelow und Kommerzienrat Arnold aus Berlin. Letzterer hielt als Vertreter der Kellisten der Berliner Kaufmannschaft eine Rede, in welcher er sagte, es gebe manche Berührungspunkte zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten und es würde nicht schwer fallen können, für beide Länder ein System gegenseitiger Hilfeleistung ausfindig zu machen. Ja, wenn die Agrarier nicht wären!

grausamer Strafen, wo sie hier und da in Presse und Versammlungen laut geworden waren, war nichts zu hören. Unser bayrischer Genosse Ehrhart fühlte sich geradezu verletzt, daß man die angeklagte Abschaffung der Bayern wegen ihres Aufhambels an niemandem versucht hat, und nun ging er mit urwüchsigem Humor und wirksamen Argumenten kästiglich vor, um die Zweckmäßigkeit der bayrischen Taktik zu beweisen.

Aber die Mäßigung und Enthaltensamkeit der — man verzeihe das Scherzwort — Unentwegten — hatte auch ihre Ausnahmen. Wenn in Redner die Beigheit der Bernstein verhöhte, die sich jetzt nicht hervortragten, wenn ein anderer die phantastische Entscheidung aussprach, es gäbe zwei Richtungen in der Partei, die einen, die sich um die Aufklärung der Massen mühten, die anderen, die sich begnügten, ein paar Gebildete zu gewinnen, so müsse das erbittern. Bedenkt man weiter, daß es seit einiger Zeit bei uns fast Gewohnheit geworden ist, zwischen zweierlei Parteigenossen zu unterscheiden, den guten Revolutionären und den bösen Oppozitionisten, daß jeder, der eine abweichende Meinung äußert, Gefahr läuft, von einigen, erfreulicherweise nur vereinzelt Genossen, zum mindesten als Parteiverräter angeklagt zu werden; erwägt man endlich daß die alten Freunde und Kampfgenossen Bernstein die moralische Pflicht über mühten, den Abwesenden gegen unangelegte Angriffe zu vertheidigen — so begreift man den gewaltigen Ausbruch der Erregung, in dem Auer, der sich nebenbei als Gegner der Bernsteinischen Anschauungen bekannte, Abrechnung hielt mit all' den „Hilfsrunden und Wisperrunden“, die namentlich ihn selbst in den Ruf der Abtrünnigkeit zu bringen suchten. Bewiß wird die Schroffheit der Auerischen Rede manchen verletzt haben, aber dennoch war solch eine Aussprache einmal nötig. Niemand hatte Auer mit so erschütternder Wucht, aus der innersten Tiefe eines in der Parteiarbeit aufgeriebenen Mannes gesprochen, und als er durch allerlei Abschwächungsversuche gereizt wurde, da steigerte sich seine Anklage, indem er die verjagende Stimme bis zur Erschöpfung antrieb, zu unvergeßlicher Kraft und Höhe. Kein Zweifel, daß die Persönlichkeit des Tons namentlich die Fernstehenden befremden mußte — aber die Explosion konnte wohlthätig wirken, wenn man in Zukunft es unterlassen möchte, in den sachlichen in Wahrheitigkeit und Ehrlichkeit geführten Streit der Meinungen die persönliche Anweisung der Parteigestimmung hineinzutragen.

Das Gewitter — auch Vollmar sprach gegen die Tendenzen zur Regerrichterlei — tobte sich in einer Anzahl persönlicher Bemerkungen

Parteitag der deutschen Socialdemokratie.

(Schluß aus der 2. Beilage.)

Demnach auf diesem Parteitag hat es sich ja gezeigt, daß trotz aller leidenschaftlichen Diskussion und trotz der vorhandenen persönlichen Differenzen zwischen einzelnen unserer Mitglieder, trotz der verschiedenen Anschauungen über einzelne Fragen, doch die Partei als solche, wie sie hier in ihren Delegierten vertreten ist, in fast allen Fragen eine einheitliche Stellung angenommen hat.

Parteigenossen! Wir haben diskutiert über unsere Theorie, über unser praktisches Programm. Trotz scharfer Gegensätze und trotz mancher Auffassungen, die in ihrer Konsequenz allerdings zu einer Aenderung unseres Programms hätten führen können, haben sich doch auch die Vertreter dieser Auffassung zu den Grundsatzen bekannnt, welche die Gesamtpartei vertritt, als überzeugte, ehrliche Socialdemokraten. (Lebhafter Beifall.) Mit diesem Resultat dürfen wir, meine ich, zufrieden sein, zerstreut es doch von vornherein schon die Legende, die unsere Gegner sonst zweifellos verbreiten würden, wir seien gespalten und gingen auseinander. Nein, Parteigenossen, das wollen wir doch vor aller Welt konstatieren: Mögen einzelne Parteigenossen Differenzen haben, scharfe Differenzen, die Partei als solche ist gebunden durch ihre Beschlüsse; durch die Entschlüsse, die sie getroffen, hat sie erklärt: wir sind, was wir waren, und wir bleiben, was wir sind! (Lebhafter Beifall.)

Parteigenossen! Die Fragen der Taktik sind in der viel diskutierten Schrift unter dem Motto behandelt: „Was die Partei ist, das wage sie zu scheitern!“ Sowohl, wir wollen scheitern, was wir sind, wir wollen scheitern, daß wir sind die alte Socialdemokratie, die in der Befreiung der bürgerlichen Gesellschaft, in der Befreiung der Ausbeutergesellschaft ihr Ziel erblickt; daß wir sind die alte Socialdemokratie, die auf dem Wege zu ihrem Ziel alles, was sie der bürgerlichen Gesellschaft abtrotzen kann, ihr nur deshalb abtrotzt, um sich kampffähiger, härter zu machen. Und wer jetzt noch behauptet, daß die socialdemokratische Partei geneigt ist, auch nur um ein Jota von ihren Grundideen abzugeben, wer behauptet, daß sie geneigt ist, mit bürgerlichen Parteien insofern in Beziehung zu treten, als wir anerkennen, daß die bürgerlichen Parteien und Kreise, sie mögen einen Namen haben, welchen sie wollen, durch ihre Ueberzeugungen, durch ihre Politik geeignet seien, uns in ihre Reihen hindüberzugehen, wer das behauptet, kennt unsere Verhandlungen nicht, kennt vor allem nicht den Geist, in dem sie geführt sind. (Bravo!) Parteigenossen! Es giebt ein Wort, das heißt: Durch Einigkeit zum Sieg! Ich andere es ein wenig und sage: Durch Einigkeit zum Ziel und zwar zum Endziel! (Bravo!) Und das Ergebnis der verflochtenen Woche kann uns nur zufrieden stellen. Denn wenn wir jetzt zurückgehen in unsere heimischen Kreise, wenn wir über uns ergehen lassen müssen die Plauder der Zeitungen in der gegnerischen Presse, wenn der und jener in der Partei vielleicht nicht so selbstvertrauensvoll sein wird, daß die Beschlüsse so aufzufassen sind, wie ich es eben vorgetragen habe, dann werden wir unsere Einigkeit beweisen nach wie vor, unsere Geschlossenheit gegen den Feind, gegen die heutige Gesellschaft. In dieser Ueberzeugung und im Gefühl des Stolzes auf dies Ergebnis sage ich: Die Panzer hoch! Hoch wie vor zum Kampf, zum Kampf für das Endziel, zum Kampf auch für die Forderungen der Gegenwart, zum Kampf mit einem Wort in der allen siegreichen Weise. (Bravo.) Das sollen wir thun, das wollen wir thun. Und ich schreie nicht einen einzigen in diesem Saale aus, von dem ich das nicht annehmen möchte. (Bravo!) Wir wollen uns trüben in diesem Bestreben, indem wir all das, was wir fühlen, all das, was wir wollen, zusammenfassen in unseren alten guten Schlußsatz: Die Socialdemokratie, sie lebe hoch, hoch, hoch!

Die Delegierten haben sich von ihren Plätzen erhoben, stimmen begeistert in diesen Ruf ein und singen den ersten Vers der Arbeitermarschallise.

Singer: Der Parteitag ist geschlossen.
Schluß 2 1/2 Uhr.

Partei-Nachrichten.

Totenliste der Partei. Die Genossen des Plauenischen Grundes haben den Verlust eines braven Kampfgenossen durch den Tod des Egarenarbeiters Max Grünert zu beklagen. Obwohl in den letzten Jahren an der Schwindsucht leidend, hat Grünert doch bis zuletzt seine Schuldigkeit als Parteigenosse voll und ganz gethan, wie er von Jugend auf der Sache des Proletariats gedient hat.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Der § 193, Wahrung berechtigter Interessen, wird Redactoren nach der Spruchpraxis des Reichsgerichts bekanntlich in der Regel verlagert. Dem Gen. Müller, Redacteur der „Münchener Post“, ist dieser Tage der § 193 vom Schwurgericht München in sehr verständiger Weise zugestanden worden. Müller sollte den Augsburger Fabrikbesitzer Wikel beleidigt haben. Die f. B. über die Ursachen der

und. Am Freitag aber sprach Veibel in seinem Schlusswort, so entschieden er auch manche Angriffe Kees und anderer Redner zurückwies, mild und versöhnlich.

Die Erörterungen über den Militarismus, die am Freitag nachmittags begannen, führten, nach manchen scharfen, auch unerquicklich persönlichen Auseinandersetzungen, zu der Feststellung, daß es in unserer Anschauung über den Militarismus keine Meinungsverschiedenheiten giebt. Dem Genossen Schippel wurde wegen seines Programms-Artikels die Mißbilligung des Parteitags ausgesprochen.

In der Sonabendigung wurde noch knapp und kräftig gegen die Fuchthausvorlage demonstriert. Alsdann ging es an die übrigen Anträge verschiedener Art. Bedeutend war die große Mehrheit und die große Entschiedenheit, womit der Parteitag den Disziplinbruch der Leipziger Genossen rügte. Angenommen wurde der Antrag der Berliner, der in den Angelegenheiten des „Vorwärts“ Vorstand und Pressekommmission gleiche Rechte einräumt und bei Meinungsverschiedenheiten die Controlleure hinzuzieht. Dagegen wurde der Antrag abgelehnt, der dem „Vorwärts“ eine einheitliche redaktionelle Stellungnahme vorschreiben wollte.

Auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags sollen die Verleumdungen gesetzt werden. Bei dem Antrag Luxemburg-Vieblucht, die Taktik bei den Landtagswahlen auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags zu setzen, fladert noch für einen Augenblick die Verleumdung auf. Seine Berlin sprach dagegen, weil durch die Annahme des Abjates 3 der Resolution Veibel die Frage entschieden sei. Die Linie 8 erklärte, daß es doch notwendig sei, über diese tatsächlichen Meinungsverschiedenheiten ins Klare zu gelangen. Der Parteitag beschloß mit geringer Mehrheit — die Festsetzung des Bureau wurde von einem Teil der Delegierten hinsichtlich ihrer Nichtigkeit angezweifelt — die Taktikfrage im nächsten Jahr zu behandeln. Als Ort des Parteitags wurde Mainz ausgerufen; Lübeck und Nürnberg unterlagen in der Konkurrenz.

Nachdem Vorstand und Controlleure gewählt, gab Singer eine Uebersicht über die Verhandlungen, als deren Ergebnis er die Einmütigkeit der Partei feststellte. Durch Einigkeit zum Ziel — das ist nach wie vor unsere Lösung, von der sich niemand ausschließt.

Mit einem Hoch auf die Socialdemokratie und dem mächtig emporklingenden Gesang der Arbeitermarschallise schloß der Parteitag.

Augsburger Kravalle in bürgerlichen Blättern gebrachten Nachrichten waren so tendenziös entworfen, daß die „Münch. Post“ einen eigenen Bericht erstatter nach Augsburg sandte, um an Ort und Stelle die Verhältnisse zu erforschen. In einem Bericht schilderte der Berichterstatter die Verhältnisse objektiv und schloß an den unverständlichen polizeilichen Maßnahmen und der Haltung des Stadtmagistrats eine scharfe Kritik. In dem Bericht war weiter wörtlich behauptet, daß die italienischen Streikbrecher am Neubau der Seilkabell-Spinnerei wiederholt die Arbeit niederlegen wollten, daran aber von dem Fabrikdirektor gewaltsam gehindert wurden.

Das Gericht erkannte auf Freisprechung; die Kosten wurden dem Privatkläger auferlegt. Interessant ist die Begründung, welche in Bezug auf die Jubiläum des § 193 vom Gerichtsvorstand gegeben wurde. Es ist allerdings richtig, so führte er aus, daß allgemeine politische Richtungen und deren Tendenzen noch nicht zu Erwägungen anderer berechtigten. Im gegebenen Falle handelte es sich aber um besondere Beziehungen der Interessen des Beklagten zu jenen, welche er in dem Artikel schämen will. Der ganze Artikel verfolgte die Absicht, die Angriffe zurückzuweisen, welche gegen die socialistische Partei als solche, insbesondere gegen die streikenden Maurer in Augsburg von anderen Zeitungen gemacht wurden, nämlich, daß gewissermaßen die Socialdemokraten die Arrangure der Unruhen und Kravalle in Augsburg gewesen seien. Wenn man nun in Erwägung zieht, daß der Beklagte Müller Redacteur einer hauptsächlich in Süddeutschland vertretenen socialdemokratischen Zeitung ist, daß er selbst hervorragender Anhänger dieser Partei ist, so war er mit Rücksicht auf diese besonderen Beziehungen allerdings berechtigt zu sagen, daß nicht die Socialdemokraten, sondern andere Elemente diese Unruhen veranlaßt haben. Hierfür führte er in dem Artikel einige Thatfachen an und schließlich auch den Namen, der den Grund der Klage bildet. Er hat also in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt und eine Verurteilung wäre nur dann möglich, wenn die Absicht der Verleumdung nachzuweisen wäre. Diese Absicht bestand aber bei Müller nicht, denn es wurde konstatiert, daß alle etwa beleidigenden Stellen in dem Artikel von Müller gestrichen worden sind.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Berliner Töpfer. Der Geist unter den streikenden Töpfern ist ein solcher, wie er bei allen früheren Bewegungen nicht vorhanden war. Dies erklärt sich durch die jahrelange unwürdige Behandlung seitens der Unternehmer und die wirklich traurigen Verhältnisse in dem Berufe. Es haben sich bis jetzt ca. 1000 Töpfer in die Streiklisten eingetragen lassen; die Zahl dürfte aber weit höher sein, weil ein Teil auf Unterjochung verzielt. Von diesen 1000 Mann sind 800 central und 200 total organisiert. Die materielle Unterjochung ist gesichert. Eine Anzahl Unternehmer haben zwar bereits unterschrieben, trotzdem wird aber der Generalstreik aufrecht erhalten, da nach den früheren Erfahrungen die Streikenden auf der Bewilligung seitens der Gesamtheit der Meister bestehen müssen. Am 18. Oktober haben die Innungsgemeiner eine erweiterte außer-ordentliche Generalversammlung abgehalten, in welcher sie sich mit dem Streik der Gesellschaft befaßten. Interessant waren die Ausführungen der einzelnen Redner, die sich zum Teil diametral gegenüber standen. Einer der Herren erklärte den Streik als „Modestartikel“, der nur dazu beitragen, die Gehilfen zum „Wassergange“ und zum „Saufen“ zu erziehen. Im allgemeinen war man aber der Ansicht, daß, nachdem die Gehilfen sich einigemale in friedlicher Absicht um Unterhandlung erinerte und immer wieder abgewiesen wurde, man selbst den Streik herausbeschworen habe. Einige einsichtige Unternehmer forderten denn auch auf, eine Kommission zu wählen, welche mit den Gehilfen unterhandeln und für die Zukunft ein besseres Verhältnis schaffen solle. Nach längerer Debatte wurde diese auch gewählt, bestehend aus fünf Innungsgliedern, drei der freien Vereinigung angehörend und einer außerhalb beider Organisationen stehend. Diese Kommission soll aber erst in 14 Tagen verhandeln, da man sich der angenehmen Lösung hingab, die Streikenden haben bis dahin keine Mittel mehr und es lasse sich dann besser unterhandeln. Bezüglich des Einwurfes, die Gehilfen seien nicht einig und haben zwei Organisationen, erklärte ein Vertreter, man solle sich nicht täuschen, bei ihm haben Gehilfen die Arbeit niedergelegt, die 20-25 Jahre da gearbeitet haben; dies zeige denn doch, daß im Punkte des Streiks Einigkeit herrsche. Fremdtüchtig führte ein Redner an, daß auch die Töpfergewerkschaft ein Recht haben, ihre Lage zu verbessern und einen entsprechenden Verdienst haben sollen.

Öffentlich fallen die Thaten den Reden entsprechend aus. Unerkennlich ist die Edele der Herren vor dem Einigungsamt, das doch immerhin eine Einrichtung ist, bei der auch Vertreter des Unternehmens mitwirken. Sie entspringt wohl aus dem Ehrsinne, selbst zu bestimmen und sich niemand zu fügen, und bei Gelegenheit den Tarif wieder zu brechen. Die Streikenden sehen dem mit Ruhe entgegen und werden nicht eher ruhen, bis andere Zustände geschaffen sind. Die Herren Unternehmer wollen Arbeitswillige von außerhalb heranziehen, wir fordern auf, den Jutuz streng fernzuhalten. Am Dienstagvormittag halten die Streikenden Versammlung ab. Siehe Annonce. Die Lohnkommission. Alle Arbeiterblätter werden zum Abdruck gebeten.

Die Differenzen in der vormals Vobelschen Profabrik sind dadurch beleuchtet, daß die neue Firma (H. L. Diehm) erklärte, daß sie wohl Lohn-Korderungen, aber keine Lohn-Reduktionen beabsichtigt habe; ebenso liege es dem Inhaber fern, Arbeiter wegen ihrer politischen Gesinnung zu mahnen. Die Kündigungskrist bleibt ebenfalls dieselbe. Bei allen Änderungen, die im Arbeitsverhältnis vorgenommen werden, soll der Wunsch der Arbeiter vorher zu Rate gezogen werden. Die Lohn-Kommission.

In die Unruh Berlins! Kollegen! Da der Streik der Unruh als beendet zu betrachten ist, wie aber alle Ursache haben, ein wachsamtes Auge auf diejenigen Arbeitgeber zu haben, die noch immer versuchen, an unseren Forderungen zu rütteln, so ist es Pflicht aller Kollegen, daß, bevor der Redner nicht unterschrieben ist, die Arbeit nicht aufgenommen wird. Denn wenn wir in diesem Punkt nachsichtig sind, bringen wir uns um die Früchte unseres diesjährigen Kampfs. Ferner müssen die Kollegen bestrebt sein, die Organisation immer mehr auszubauen und zu festigen, damit wir, falls die Unternehmer versuchen sollten, uns die Errungenschaften wieder zu entreißen, gerüstet dastehen. Jeder sei auf seinem Posten. Den Kollegen, die ihre Streikunterjochung bisher noch nicht abgehoben haben zur Kenntnis, daß dieselbe bis spätestens Montagabend abgehoben sein muß; später Kommando werden nicht mehr berücksichtigt. Die Lohnkommission.

Achtung, Eisenre! Bei nachfolgenden Firmen befinden sich die Kollegen wegen Nichtbewilligung des Reinstandtags im Streik: Spinn u. Sohn, Alt-Gei., Bronzewarenfabrik, Wasserthorstraße 9; P. D. Eby, Bronzewarenfabrik, Gartenstr. 158; Kolgob u. Sohn, Silberwarenfabrik, Köpferstr. 72; Bräuer (Inhaber Engel u. Hegewald), Bronzewarenfabrik, Lindenstr. 23; Sped. Bronzewarenfabrik, Dresdenerstr. 30; Geritz, Sebastianstr. 20, und Brodrecht, Stallfabrikstr. 6.

Streikarbeit wird angefertigt bei den Eisenre: Fischer, Bienerstr. 29; Grenlich, Adalbertstr. 75; Siebmann, Brünzgerstr. 18; Replaf, Brandstr. 15, und Georg Rahmuffen, Adalbertstr. 68. — Von all diesen Werstätten ist deshalb Jutuz strengstens fernzuhalten. Die Kommission.

Deutsches Reich.

Die Lohnbewegung der oberhessischen Bergleute meint weiter um sich zu greifen. Die „Beaca“, das Organ oberhessischer christlicher Arbeiter zur gegenseitigen Hilfe, veröffentlicht einen Aufruf, in welchem die Bergleute um Jutuz angefordert werden, dem Beispiele ihrer Kameraden anderer schlesischer Gebiete zu folgen und mit Forderungen an die Direktionen heran zu treten. Zu Sonntag sind Versammlungen geplant.

Der Streik der Porzellanarbeiter in Triefenfurt ist beendet. Die Forderungen der Arbeiter sind im wesentlichen bewilligt worden.

Die Kolberger Maurer wurden seitens der Unternehmer am Montag, den 2. Oktober d. J., ausgesperrt. Die Aussperrung endigte am Mittwoch, den 12. Oktober, mit vollständiger Anerkennung der Organisation der Maurer. Gleichzeitig wurde der Stundenlohn um 2 Pf. erhöht. Die getroffenen Vereinbarungen, worüber eine sechs-gliedrige, je zur Hälfte aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern, gewählte Kommission zu wachen hat, gelten bis zum 1. April 1901. Den Grund zu dieser Aussperrung, welche sämtliche am Orte beschäftigten Maurer betraf, suchten die Unternehmer in der Arbeitsniederlegung von 24 Maurern, welche am Kofernbau arbeiteten, und am Freitag, den 29. September d. J. eine Lohnerhöhung gemäß den jetzt getroffenen Vereinbarungen verlangten. Bemerkenswert ist, daß die streikenden Maurer in diesem Frühjahr den Arbeitgebern einen Lohnsturz, in welchen als Höchstlohn 40 Pfennig gefordert wurden, unterbreitet haben, eine Antwort auf denselben erfolgte seitens der Arbeitgeber nicht. Wenn jetzt ein Höchstlohn von 42 Pf. erzielt wurde, so ist es der strengen Organisation der Maurer einerseits, und dem unverantwortlichen Auftreten der Unternehmer andererseits zu verdanken. Den im Osten des Deutschen Reichs leider zum großen Teil noch indifferenten Maurern muß für die Zukunft die Errungenschaft der Kolberger Kollegen ein Ansporn zum weiteren Ausbau der beruflichen Organisation ein.

Am Leipziger Formerkreis. Wieder sind in einer Reihe von Orten Streiks ausgebrochen, weil den Formern die Anfertigung Leipziger Arbeit zugemutet wurde. Im Stahlwerk Krauthelm in Altendorf bei Chemnitz ist am 10. Oktober ein Streik ausgebrochen. Die Veranlassung hierzu war, daß man einem Stieber Leipziger Streikarbeit andot. Dieser weigerte sich, diese Arbeit anzufertigen. Die Mitarbeiter, 102 Mann, erklärten sich solidarisch, weigerten sich ebenfalls, derartige Arbeit zu machen und stellten auf Grund dessen die Arbeit ein.

Bei der Firma Stoden u. Schmidt in Rillve haben 54 Formner wegen Leipziger Arbeit gekündigt. Nur ein Formner hat nicht mit gekündigt.

Bei der Firma Kottenhoff u. Wehding in Gevelsberg haben 18 Formner gekündigt.

Als die Formner bei Dittmann, Wessel u. Co. in Mißpe die Kündigung wegen Leipziger Arbeit einreichten, sandte die Firma die Modelle sofort zurück. Es hatten sämtliche 27 Formner gekündigt.

Kommunales.

Die städtische Verkehrsdeputation hat gestern beschlossen, die neuen Straßenbahnlinien, die schon vor Jahr und Tag ausgeschrieben waren, zum großen Teil der Straßenbahngesellschaft zum Ausbau binnen Jahresfrist zu überlassen, nur soll die Linie Schillingstraße—Engelsufer—Mantelstr. durch die Mariannenstraße geführt und bei der Anlage der Linie Gesundbrunnen—Blögensee der Stadtgemeinde das Mitspracherecht gewährleistet werden. Zwei Linien, nämlich die geplante Verlängerung des Ostfingels über das Friedrich-Karl-Ufer nach Alt-Roabit (Vehrer Bahnhofs) und die Verbindungsstraße Wälderstraße—Watterloo-Ufer—Alexandrinchen—Dresdener Straße wurden abgelehnt. Voraussichtlich sollen diese in das von der Stadtgemeinde anzubauende Netz einbezogen werden. Endlich soll die Linie Hausaplag, Altonaer, Levetow-, Goytowschstraße, Alt-Roabit, Neußelstraße normal zur öffentlichen Ausfertigung gelangen. Die Verkehrsdeputation beschloß ferner, dem Magistrat zu empfehlen, daß der mit der Charlottenburger Straßenbahngesellschaft abgeschlossene Vertrag bis zum Jahre 1910 verlängert werde. Dabin lauten bekanntlich auch die mit anderen Straßenbahngesellschaften geschlossenen Verträge. Ueber diese Verträge dürfte wohl auch in der Stadtverordneten-Versammlung noch eine entsprechende Erörterung erfolgen.

In der Verwaltungssache des Magistrats wider die Stadtverordneten-Versammlung, betreffend die Entziehung des Wahlrechts der Sch Laf b u r s c h e n steht beim Bezirksauschuss der Termin am 7. November cr., 10 Uhr vormittags, und in der Klagesache bezüglich des Wahlrechts der durch Aufnahme in ein Krankenhaus Unterjochten am selben Tage um 10 1/2 Uhr vormittags an. Der Vertreter der Stadtverordneten-Versammlung ist der Justizrat Dr. Friedemann.

Lokales.

Am Dienstag, 21. Oktober finden in den sechs Berliner Wahlkreisen die Parteiversammlungen statt, in welchen die Vertrauenspersonen, sowie die Lokalkommission, die Pressekommision und die Agitationskommission über ihre Thätigkeit im verflochtenen Jahre Bericht erstatten. In diesen Versammlungen erfolgen ebenfalls die Neuwahlen der genannten Körperschaften; ferner wird dort über die Parteikonferenz der Provinz, sowie über den Parteitag in Hannover Bericht erstattet. Die Vertrauenspersonen.

Die Parteigenossen, welche bei der Flugblattverbreitung im 36. Kommunal-Wahlbezirk helfen wollen, werden erucht, sich Dienstagabend 7 1/2 Uhr bei Gustav Hermann, Putzmeisterstr. 45, zu melden.

Die Parteigenossen werden nochmals darauf hingewiesen, daß Aufnahmen in die Arbeiter-Bildungsschule sowohl im Schullokal, Kohlr. 3, Hofpartierre als auch in folgenden Zahlstellen stattfinden: Gottfried Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Warmingstraße 42; Schäfer, Rosenthalerstr. 57, und bei Krause, Müllerstraße 7a.

Freie Volkshöhne. Heute nachmittags, pünktlich 2 1/2 Uhr findet für die vierte Abteilung im Ostend-Theater die „Kauf“-Aufsührung statt. Pünktliches Erscheinen der Mitglieder ist unbedingt erforderlich. Kochjäger erhalten nur, soweit Raum vorhanden, die ausdangierten Sitzplätze. Die Generalversammlung findet am Donnerstag, den 26. Oktober, in Cohn's Hoftheater, Ventschstraße, statt. Tagesordnung: Geschäfts- und Kassenbericht, Bericht der Revisoren. (Siehe heutiges Inserat.) Der Vorstand, J. A.: G. Winkler.

Freisinn und Stadtverordnetenwahl. Zu dem Magistratsbeschuß, der die Vorahme der Stadtverordnetenwahl dritter Abteilung an einen Sonntag verhindert, bemerkt die „Vollst.-Ztg.“: „Der Magistrat kann dem Vorwurf nicht entgehen, daß er eine außerordentlich günstige Gelegenheit, sich des Vollrechtes, und nicht etwa seiner Erweiterung, nein, nur seiner Anwendung anzunehmen, hat entgehen lassen. Solche Beschlüsse sind dem Charakter unserer Zeit ganz angepaßt! Sie zeigen, daß unser Magistrat, der um das Friedhofportal kämpft, weil er nicht anders kann und weil er doch nicht erreicht, dort, wo er etwas erreichen konnte, der Reaktion dienl.“

Andere Blätter schweigen. Zum liberal-reaktionären Kartell bemerkt die „Verl. Ztg.“: „Was die Wahlen der 3. Abteilung anlangt, so können wir unseren Freunden nur raten, sich nicht auf Kandidaturen einzulassen, die nicht als entschieden freisinnig zu bezeichnen sind. Die Wahl eines Socialdemokraten in die Stadtverordneten-Versammlung ist unter allen Umständen der eines Halb-, Viertel- oder Achtliberalen vorzuziehen.“

Uns soll verlangen, ob die „entschieden Freisinnigen“, wenn es auf die Probe ankommt, diesen Rat befolgen werden.

Die Kerkzammer für Berlin und die Provinz Brandenburg trat gestern im hiesigen Provinzial-Ständehaus, Marktstraße 20/21, zu einer ordentlichen Sitzung zusammen. Möglichlich des ungläublichen Antrages der Kerkzammer vom 19. Januar 1898, welcher zum Zweck hatte, den im Ausland approbierten Kerkzen die Führung des Titels „Kerkz“ zu entziehen, hat der Oberpräsident unterm 26. April cr. geantwortet, daß nach dem Urteil des Ober-Verwaltungsgerichts vom 6. November 1896 dies

zur Zeit nicht anhängig ist. Oberpräsident von Westfalen
Holtweg sagte noch hinzu, daß trotz der Sympathien
des Oberpräsidenten mit diesem Antrage die Befreiung
zur Zeit eine solche Maßnahme nicht gestatte. Nachdem
der Vorsitzende dann einen kurzen Geschäftsbericht der ver-
flossenen Session gegeben hat, welcher auch die erfolgte Beratung der
Anfrage, Invalidenversicherung, Befreiung berührt, wird in die
Beratung des Ministerialentwurfes über die Vermeidung von
Fremdwörtern in Gutachten eingetreten. Der Vorsitzende be-
tont, daß es für die Krankenversicherungs-Vorstände und die Ver-
trauensleute der Unfallversicherung dringend wichtig ist, Gutachten in
deutschen Ausdrücken zu erhalten. Dies betont auch der Oberpräsident,
worauf die Kammer dies billigt. Die Aufforderung der Ärzte-
kammer an die Ärzte Deutschlands, eine Schrift über die Kur-
pfuscherei zum Wettbewerb einzurichten, welche entsprechend
ihrer populären Fassung unter den Behörden und dem Publikum
verbreitet werden könne, hat die Einbringung von 50 Schriften zur
Folge gehabt, unter denen die Schrift des Dr. Alexander
Wreslau mit dem Preise bedacht wurde. Ueber die Kurpfuscherei
ist ferner eine Enquete veranstaltet worden, deren Material
dem Minister unterbreitet werden wird. Auch soll der
Minister erneut auf die bereits in der Sitzung vom
21. Juni 1897 gefaßten Beschlüsse, welche die Gemeingefährlichkeit der
Kurpfuscherei betonen und Mittel zu deren Bekämpfung an die Hand
geben, hingewiesen werden. Es folgt dann die wichtige Beratung
über den Entwurf einer Standesordnung, welche durch das
Gesetz über die ärztlichen Ehrengerichte notwendig geworden ist. Nach
langer Debatte wurde die Beratung hierüber vertagt. Ein Redner meinte,
die vorliegende Standesordnung sei in der Ausdrucksweise verschwommen
und würde, wenn der Wortlaut eingehender sei, der Lächerlichkeit
verfallen. Zum Schluß wurde ein Antrag der dermatologischen
Gesellschaft, eine Eingabe an den Kultusminister bezüglich der An-
zeigepflicht bei Geschlechtskrankheiten seitens der
Ärztekammer zu unterstützen, von der Kammer angenommen.

**Ueber die Großthat eines modernen Majestätsbeleidigungs-
Denunzianten** berichtet die „Deutsche Tages-Zeitung“: Wegen
Majestätsbeleidigung verhaftet zu werden, diese Ueberrumpfung wäre
gestern Abend bald einem Kaufmann Z. in Moabit zu teil geworden.
Auf dem Radhauseweg begriffen, traf er am Kriminalgericht einen
Freund, der ihn zu einem Glase Bier in seinem Stammtisch einlud.
Untermweg unterhielten sich beide über Tagesfragen, welches Thema
sie auch noch am Bierisch fortsetzten. Da erschien ein junger
Mann in der Gaststube und nahm am Nebentische Platz,
um wieder gleich darauf das Lokal zu verlassen, ohne irgend etwas
bestellt zu haben. Nach einigen Minuten erschien er wieder, diesmal
indessen in Begleitung eines Schutzmannes. Ohne sich um-
zusehen, senkerte er mit dem Gefolge auf den Tisch der beiden
Freunde los und sagte, auf Z. zeigend, zu dem Schuttmann: „Das
ist der Mann, der über den Kaiser geschimpft hat.“
Der dieser That Beschuldigte sprang blühenell in die Höhe und
erklärte die Aussage für ganz gemeinen Schwindel. Der
Denunziant ließ sich aber nicht beirren und bekräftigte seine
Aussage mit der schwerwiegenden Behauptung: „Herr Wacht-
meister, was ich sage, ist wahr. Ich habe genau gehört,
daß dieser Mann zu dem Herrn da sagte: „Dieser
Kaiser ist ein ganz geriebener Junge, ein ganz
raffiniertes L...““ Dieser Erklärung folgte von beiden
Freunden trotz der kritischen Situation ein homerisches Ge-
lächter, und Z. sagte zu dem Schuttmann: „Ganz recht, Herr Wacht-
meister, das habe ich wirklich gesagt. Ich meinte aber nicht unsern
Kaiser Wilhelm, sondern den Herrn von Anker vom „Rub der
Harmlosen“. Wir hatten nämlich gerade von der Gerichts-
verhandlung gegen die Spieler-Gesellschaft gesprochen und die von
dem jungen Vengel da ausgezeichneten verständenen Worte bezogen
sich auf den Angeklagten v. Anker.“ Der Wirt und auch die
übrigen in der Nähe des Büffets sitzenden Gäste pflückten den Aus-
führungen bei, worauf sich der Schuttmann wieder empfaßt. Als
man sich dann nach dem Denunzianten umsah, um ihm wegen seiner
Handlung zu „danken“, war er nirgends zu finden; er hatte sich
schleunigst entfernt.

Zeit Beginn dieser Woche hat ein Aufschlag auf
Petroleum stattgefunden. Während noch im vorigen Monat ein
Liter Petroleum für 16 und Salondl für 18 Pfennige zu haben war,
kostet er jetzt 20 bis 21 Pf. und Salondl 22 bis 23 Pf. Für
die weniger bemittelte Bevölkerung, die gezwungen ist, während der
langen Winterabende beim Lampenlicht zu arbeiten, bedeutet diese
Preiserhöhung eine große Einbuße an dem täglichen Verdienst.
Man ist über diese neue Preissteigerung um so mehr ergrimmt, als
sie, wie die „Berl. Hg.“ schreibt, durch nichts motiviert werden kann,
sondern nur als die Folge der Ringbildung der Petroleumquellen-
besitzer betrachtet wird. Da auch die Preise für Kohlen und Holz
in die Höhe gehen, sehen gar viele dem kommenden Winter mit
Bangen entgegen.

Die Monatskarten für die Stadt- und Ringbahn zum Preise
von 4,50 M. für die 3. Klasse und 7 M. für die zweite berechtigten
jetzt auch zur Fahrt auf der Vorortsbahn Stettiner Bahnhof-Gesund-
brunnen.

Der Nachdienst im Fernsprech-Vertrieb soll, wie eine
Korrespondenz wissen will, in den nächsten Wochen eingeführt werden.
Ein Gespräch soll 20 Pf. kosten; Verbindungen mit den Vororten
oder nach auswärtig werden nicht beregelt.

Vös angeführt wurden am Freitagvormittag Weinbändler,
Restaurateure und andere Leute, die für wenig Geld einen guten
Wein zu kaufen gedachten. Der Gerichtsvollzieher Hantsch hatte an-
gezeigt, daß er am Freitagvormittag um 11 Uhr in dem Auktions-
lokal in der Reuen Schönhauserstr. 16, Weiß- und Rottweine,
Malaga, Sherry und Cognac zwangsweise öffentlich versteigern
werde. Im ganzen kamen 433 Flaschen unter den Hammer. Es
waren die feinsten Marken, alle Flaschen gut verkorkt und schön ge-
kapselt noch in der Originalverpackung in Stößen. Außer
den Weinbählern und Restaurateuren boten auch die
Stammhändler der Versteigerungshallen, und ein Teil
des Weines wurde an Ort und Stelle sofort weiter ver-
kauft. Jeder glaubte, ein gutes Geschäft gemacht zu
haben, und begab sich zufrieden auf den Heimweg. Als man aber
zu Hause an die Probe ging, da gab's eine arge Enttäuschung. Die
schönen Etiketts mit dem stolzen Namen und die Originalverpackung
waren nur trügerischer Schein. Der feurige Weißwein war klarer,
medizinischer Rotwein gefärbtes Wasser, desgleichen der Portwein,
Malaga und Sherry, der Kapwein gar denaturierter Spiritus mit
gefärbtem Wasser. Ob dieser Entdeckung gab es nun gestern in dem
Auktionslokal eine bedeutende Aufregung. Die Geprüelten kamen,
um zu erfahren, wer sie hingeleitet hatte, da aber der Gerichts-
vollzieher nicht zu treffen war, so konnte noch nicht festgestellt werden,
wer die Schwindelversteigerung veranlaßt hat.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Ein überaus frecher Raub
ist an einer Amerikanerin verübt worden. Die Dame trug ihre
wohlgefüllte Portemonnaie in der Hand. Ein Mann verfolgte
sie durch mehrere Straßen und betrat gleich nach ihr den
Flur eines Hauses der Potsdamerstraße, in welchem die
Dame Befragungen machen wollte. Zunächst machte er den
Versuch, sich das Portemonnaie mit einem Griff anzueignen; als
ihm dies nicht gelang, entwandt er daselbst der umschlingenden
Hand, nachdem er der Dame einen heftigen Faustschlag ins Gesicht
versetzt hatte. Der Thäter wird von mehreren Personen übereinstimmend
als ein ca. 29 Jahre alter, 1,70 Meter großer blond
Mensch ohne Bart geschildert, der schwarzen Anzug und Hut und
hellen Sommerüberzieher trug.

Einbruchdiebstahl. Im Hause Kaiserstr. 29 wurde gestern
vormittag zwischen 11 und 12 Uhr ein Einbruchdiebstahl ausgeführt.
Diebe drangen in die im Hinterhause, 1. Etage, belegene Wohnung
der städtischen Lehrerin Fräulein Woremann ein und stahlen 1000 M.
in Wertpapieren sowie Silbergerät und Schmucksachen im Werte von
3000 M.

Die Sammelliste für den Parteitag Nr. 2890, auf welcher
450 M. gezehnet sind, ist verloren gegangen. Es wird gebeten,
sie bei Wars, Kasanien-Allee 96, abzugeben.

Schwer verunglückt ist gestern nachmittag der 59 Jahre alte
Hellschiffe Josef Kranich aus der Zuerstr. 35. In der Palmierstra-
ßenbrücke von Zimmermann in der Kaiserin Auguste-Allee, in der er
eine Bestellung gemacht hatte, öffnete er eine Thür, an der eine
Treppe entfernt ist, stürzte kopfüber mehrere Meter tief hinab und
zog sich schwere innere und Kopfverletzungen zu. Ein Koppelcher
Rettungswagen brachte den Verunglückten nach Berlin in ein
Krankenhaus.

Großes Unheil hat gestern vormittag in der Dragonerstraße
ein Radfahrer angerichtet. Eine unbekannte, anscheinend schon über
60 Jahre alte Handelsfrau, die Schenklappen verkauft, schob einen
Kinderwagen, in den sie ihre Waren gepackt hat, durch die Dragoner-
straße vor sich her. Vor dem Hause Nr. 2 rannte ein Radfahrer,
der von der Ringstraße hergefahren kam, sie um. Unglücklicher-
weise kam zu derselben Zeit ein Mörkelwagen aus der entgegen-
gesetzten Richtung, von der Linienstraße her. Die alte Frau fiel
unter die Pferde und den schweren Lastwagen, deren Räder ihr
über die Brust hinweggingen. Schon nach fünf Minuten starb die
Unglückliche. Die Leiche wurde auf den Flur des Hauses Dragoner-
straße Nr. 2 geborgen, bis der Polizeiwagen sie nach dem Schau-
hausle abholte. Der Radfahrer und der Mörkelwagen wurden zur
Feststellung ihrer Persönlichkeit auf die Wache des 15. Meisters in
der alten Schönhauserstraße gebracht. Wer die getötete Frau ist,
ließ sich noch nicht ermitteln.

**Die wegen Verlegung des Ober-Verwaltungsgerichts
nach Schöneberg** zwischen dem Justizministerium und der Stadt
schwebenden Verhandlungen haben einen so günstigen Verlauf ge-
nommen, daß sie noch vor Ablauf dieses Jahres zum Abschluß
kommen werden. In der Hauptsache handelt es sich dabei nur noch
um die Lage des von der Stadt dem Justizfiskus zur kostenfreien
Uebereignung angebotenen Baugrundstücks.

Infolge eines Wasserrohrbruchs wurde gestern früh um
5 Uhr das Café Bauer, Linien der Linden, teilweise überschwemmt.
Da man befürchtete, das Café könnte noch vollständig unter Wasser
gesetzt werden, rief man die Feuerwehr herbei. Diese stellte das
Hauptrohr ab und benutzte die Wasserwerke. Das Wasser
wurde dann vom Personal des Cafés ausgepumpt.

Vermißt wird seit acht Tagen die 52 Jahre alte Frau Auguste
des Glasernmeisters Schüler aus der Lindenstr. 79. Die Frau ist seit
einem Jahre nervenleidend.

Strasfensperre. Das Tempelhofer Ufer zwischen der
Trebminer- und der Ludenwalderstraße wird behufs Herstellung einer
Zu- und Abflusleitung für das Kanalnetz der elektrischen Hochbahn
bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter gesperrt.

Im Turnverein Richte sind einige Änderungen zu verzeichnen.
Die 4. Männer-Abteilung, früher Stephanstr. 7, turnt jetzt Siemens-
straße 20. Auf dem Wedding hält die neueröffnete 9. Männer-
Abteilung in der Schul-Turnhalle Müllerstr. 158 ihre Turnübungen
ab. Die Turnstunden sind für beide Abteilungen Dienstags und
Freitags von 8—10 Uhr.

Im Circus Busch finden auch am heutigen Sonntag zwei Vor-
stellungen statt, deren erste um vier Uhr nachmittags beginnt. Bekanntlich
hat jeder Erwachsene das Recht, bei dieser Nachmittagsvorstellung auf sein
Billet ein Kind unter zehn Jahren frei mit einzuführen, während für weitere
Kinder auf allen Plätzen halbe Preise zu zahlen sind.

Der Circus A. Schumann wird vermutlich binnen einer Woche
seinen Einzug in Berlin halten, um im alten Reitschen Circus seine
Vorstellungen zu eröffnen.

Feuerbericht. In der Zwischenzeit erfolgten mehrere
Alarmierungen, die aber meistens auf blinden Dämm zurückzuführen
waren. Nach dem Café Bauer, Unter den Linden, wurde die
Wehr Sonnabend früh 5 1/2 Uhr gerufen, weil hier durch den Bruch
eines Wasserrohrs verschiedene Räume überschwemmt waren. Durch
Abstellung des Hauptrohrs konnte die Kalamität beseitigt werden.
Chausseestraße 39 war in einer Vergolderwerkstatt ein kleiner
Brand ausgebrochen. Möbel und Betten gingen Feldzeug-
meisterstraße 4 in Flammen auf. Karlgrafenstraße 1
war ein kleiner Zimmerbrand entstanden, der aber noch im Entstehen
erstickt werden konnte.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Die Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins
findet erst am 6. November statt. Die Genossen, die ihre Wohnung
gewechselt haben, werden ersucht, dies dem Kassierer E. Schulz,
Frankenstr. 7, mitzuteilen. Jeden Sonnabend, abends 8 Uhr, ist
bei E. Obst, Grünwaldstraße 110, Kassenabend, an dem Beiträge
sowie Anmeldungen zur Aufnahme in die politische Organisation
entgegengenommen werden. Alle Mitglieder, die das vorher-
gegangene Vierteljahr voll bezahlt haben, sind zum unentgeltlichen
Empfang der Broschüre „Das Protokoll des Hamnoerschen Parteitags“
berechtigt.

Pantow-Nieder-Schönhausen. Der hiesige Arbeiterverein
hält am Dienstagabend 8 1/2 Uhr bei Stör, Wälsenstr. 24, eine
außerordentliche Generalversammlung ab.

Reinickendorf. Heute, nachmittags 3 1/2 Uhr, findet bei Strecken-
bach, Weidmannslust, eine Vollsversammlung statt, in der
Genosse Kogke über den Parteitag in Hannover spricht. Ferner
steht die Gründung eines Wahlvereins auf der Tagesordnung.
Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Die Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahl-
vereins für Lichtenberg-Friedrichsberg findet am
Dienstagabend 9 Uhr bei Panten, Frankfurt Allee 174, statt. Es
wird über die Fortschritte der modernen Krankenpflege und das
Proletariat von Genossen Dr. med. Paul Bernstein gesprochen.
Der Vorstand.

Schmargendorf. Hiermit wird auf die am Dienstag statt-
findende Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins
im Wirtshaus Schmargendorf hingewiesen und um rege Beteiligung
ersucht.

Köpenick. Im Sozialdemokratischen Arbeiter-Verein hält
Dienstagabend 8 Uhr im Lokal von Stippel, Schönerlinderstr. 5,
Genosse Paay einen Vortrag. Gäste sind willkommen.

Higdorf. Auch in unserem Orte herrscht eine weit-
gehende Verstimmung über das selbstherrliche Ver-
fahren der Großen Berliner Straßenbahn-
Gesellschaft. Was sich die Gesellschaft leistet, verdient thätig-
sächlich die schärfste Kritik. So beachtet sie vielfach gar nicht den
mit der Stadtgemeinde abgeschlossenen Vertrag. Im Vertrage ist
der Sechsminuten-Verkehr zugesagt worden. Dieser wird aber thätig-
sächlich nur von 9 Uhr früh bis 9 Uhr abends durchgeführt. Zum
Schluß fahren die Wagen nur noch in Abständen von 12, ja
15 Minuten. Die um 12 Uhr 41 und 12 Uhr 53 Minuten von
Moabit abgehenden Wagen fahren statt bis zum Camer Wege nur
bis zum Rotbaue; es muß aber der volle Fahrpreis bezahlt werden.
Besonders Kergernis hat es erregt, daß die Gesellschaft seit dem
1. Oktober die letzten sieben Wagen der Linie Schönhauser Allee-
Priy, Rudowvertrage, nur noch bis zu der mitten in der Stadt be-
legenen Erststraße, wo die Gesellschaft ihren Bahnhof hat, ver-
kehren läßt.

**Mit den Vorarbeiten für die Anlegung der neuen
Straßen** in der Gegend des Rottbuser Damms wird in nächster
Zeit begonnen werden. Der Magistrat will die Pflasterung dieser
Straßen möglichst bis zum nächsten Herbst fertigstellen lassen, zu
welcher Zeit auch die Brücke über den Schiffahrtskanal im Zuge der
Grünauer- und Friedelstraße fertig werden dürfte.
Auf dem Rörnerschen Terrain sind schon wieder zwei Urnen
gefunden worden. Die eine enthielt verbrannte menschliche
Gebeinterte, die andere eiserne Schmuckstücke. Nach dem Urteile des

Lehrers Fischer stammen sie aus der Uebergangsperiode zwischen
der Bronze- und der Eisenzeit. Unter der sachmännischen Leitung
des Herren Geheimrat Friedel und Lehrer Fischer soll demnächst eine
größere Nachgrabung vorgenommen werden.

Die kaufmännische und gewerbliche Fortbil-
dungs-schule für Mädchen und Frauen ist jetzt ins Leben
getreten. Mehr als 120 Schülerinnen haben sich gemeldet. Der
Unterricht begann am Freitagabend mit Nähgeschulung und Puz.

Gerichts-Beitung.

In Küstrin wurde gestern ein Prozeß verhandelt, der auf das
Pensionswesen, das an höheren Lehranstalten zum Teil üblich ist,
ein großes Licht wirft. Zwei frühere Schüler des Gymnasiums zu
Königsberg in der Reumark hatten an das Provinzial-Schul-
kollegium ein Schreiben geschickt, worin sie gegen den Direktor der
Lehranstalt und gegen einige Lehrer schwere Beschuldigungen rich-
teten. Minder befähigte junge Leute, die anderswo nicht hätten
weiter kommen können, seien von ihren wohlhabenden Eltern nach
Königsberg bei einem der Professoren gegen sehr schweres Geld in
Pension gegeben worden und hätten es dann leicht zu Befreiungen
gebracht. Die Anschuldigungen wurden in der Verhandlung von
den vorgeladenen Zeugen zum großen Teil bestätigt. Trotzdem
verurteilte das Gericht die beiden Angeklagten wegen einiger be-
leidigender Ausdrücke zu je 50 M. Geldstrafe.

Alkoholkonsum eines Schankwirts. Die böse Suppe, die
sich, wie wir derzeit berichten, der Schankwirt Zanide aus
Moabit eingebracht hatte, beschäftigte gestern das Schönergericht
des Landgerichts I. Zanide stand im August ex. vor der dritten Straf-
kammer des Landgerichts I unter der Anklage des fahrlässigen
Meineids. Er hatte in einer Privatbeleidigungsklage eine Aeußerung
abgeschworen, die er nach der Befragung einwandfreier Zeugen
unbedingt gethan hatte. Die Strafkammer kam zu der Ansicht,
daß nicht fahrlässiger, sondern wissentlicher Meineid vorliege.
Zanide wurde sofort verurteilt und die Sache dem Sauer-
gericht überwiesen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Leopold Meyer,
bot einen umfangreichen Entlastungsbeweis dafür an, daß
der Angeklagte geistes- und gedächtnisschwach sei. Der Angeklagte
habe vor Jahren einen so heftigen Schlag auf den Kopf mit einem
Bierseidel erhalten, daß seine Geistesfähigkeit seitdem stark gelitten
habe. Starke Alkoholenen habe dies Leiden in hohem Maße ver-
stärkt. Der Angeklagte räume ein, daß er durchschnittlich täglich
40 kleine Glas Bier und 15—20 Cognacs zu sich genommen
habe. Eine Reihe von Stunden beschäftige, daß der Angeklagte
oft wirres Zeug zusammenpreche, daß er allen Ernstes zuweilen
behaupte, vom Kaiser zu Gast geladen und von ihm begrüßt worden zu
sein, daß er bei anderen Gelegenheiten mit demselben Ernst sich
rühme, mit dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe freundschaftlich
zu korrespondieren, kurz, daß er in seinen Erzählungen mitunter den
Eindruck eines Anzurechnungsunfähigen mache. Nachdem hierauf auch
der medizinische Sachverständige den Angeklagten für geisteschwach
erklärt hatte, verneinten die Geschworenen die beiden Schuldfragen
des wissentlichen und fahrlässigen Meineids, worauf die Frei-
sprechung des Angeklagten erfolgte.

Vermischtes.

Aus Breslau wird berichtet: Der „Schlesischen Zeitung“ zufolge
wurde zwischen dem Provinzialauschuß und den Vertretern der
Staatsregierung ein grundsätzliches Einverständnis über die Frage
des Hochwasserhuges erzielt. Danach wendet der Staat
90 Millionen Mark auf, die Provinzen Schlesien und zum kleinsten
Teil Brandenburg zusammen 7 1/2 Millionen. Die erste Rate der
Staatsleistung wird in den nächstjährigen Etat eingestellt. Mit den
Regulierungsarbeiten wird im nächsten Frühjahr bestimmt begonnen
werden.

Typhus beim Militär. Der „Breslauer General-Anzeiger“
meldet auf Grund authentischer Erkundigungen zu den Typhus-
erkrankungen beim 51. Infanterie-Regiment folgendes: Anfangs dieser
Woche sind bei der 10. Kompagnie des genannten Regiments
sechs Leute unter typhusverdächtigen Erscheinungen erkrankt. Der
Krankheitsverlauf ist jedoch ein normaler. Sterbefälle sind nicht
vorgekommen, so daß man mit Bestimmtheit annehmen darf,
daß nach den getroffenen Vorsichtsmaßnahmen der Verbreitung
der Seuche vorgebeugt ist. Die oben eingetrossenen Rekruten sind,
um eine Ansteckung zu vermeiden, teilweise in Wärgernmassenquartieren
in einer entfernten Kaserne untergebracht; die alten Leute der
Kompagnie sind vollständig isoliert und kommen im Dienst mit den
anderen Mannschaften nicht in Verührung. Man nimmt an, daß sich
die erkrankten Leute bei den Herbstübungen angesteckt haben.

Ein Deskrant. Die „Königsche Zeitung“ meldet aus Elber-
feld: Der Rotariatsgehilfe Fischer, welcher dem Rotar Rueter
17 000 Mark entwendete und flüchtig wurde, hatte sich in Batavia
dem deutschen Konsul gestellt, nachdem ihm bei einer Audepartie
eine Brieftasche mit 10 000 Mark ins Meer gefallen war. Gestern
abend wurde Fischer hier wieder eingeliefert.

München, 14. Oktober. Heute nachmittag stürzte infolge fuhr-
starker Untergrabungen des Hintergebäude eines Hauses an der
Gabelsbergerstraße ein. Hierbei wurden einem Baumeister beide
Hände abgeschlagen. Ein Arbeiter ist schwer, zwei sind leicht verletzt
worden. Nach Angabe des Politers sollen noch zwei Arbeiter unter
den Trümmern begraben liegen.

Aus dem Leben eines Groß-Schlächtermeisters. Der Groß-
schlächter Säubert in Budapest ist verschwunden und hat vermutlich
Selbstmord begangen. Man fand in seiner Wohnung Quittungen
über bezahlte Vordienstrengungen in der Höhe von 180 000 Gulden.

Madrid, 14. Oktober. Ein schreckliches Unwetter wüthete in der
Provinz Orense. Sieben Dörfer sind beinahe weggespült, die Ernten
sind zerstört, Tausende von Menschen befinden sich im größtem Elend.

Landmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Heute abend 8 Uhr
im oberen Saal von H. Henrichs Resthau, Alte Jakobstraße 75: Kaffee-
Kränzchen, Vortrag, Besprechung. Landleute sind willkommen.

Verein für soziales Genossenschaftswesen. Dienstag, 17. Oktober,
abends 8 1/2 Uhr, bei Frau, Kanaken 9, Tagesordnung: Die nächsten
Aufgaben des Vereins zur gegenwärtigen Lage der Genossenschafts-
bewegung.

**Freie Kranken- und Begräbnis-Kasse der Schuhmacher und
Bergelassenen Berlins.** (G. S. 27.) Montag, den 16. Oktober, abends
8 Uhr, Alte Jakobstr. 75: Generalversammlung.

Generalkonferenz der Weisensee. Dienstag, den 17. Oktober, abends
8 1/2 Uhr, im Palast, Ueberrstraße, Königshausen-See: Jahresversammlung,
Vortrag von Frau Haack-Berlin, Jahresbericht und Abrechnung des Ver-
trauensmannes und Neuwahl desselben.

Wetter-Prognose für Sonntag, den 15. Oktober 1899.
Nachts sehr kühl, am Tage etwas wärmer, viel Wind, zeitweise
wolkig bei mäßigen westlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

London, 14. Oktober. (W. Z. B.) Eine in den Abendblättern
veröffentlichte Depesche aus Vorkursi meldet, daß die Boeren unter
General Jan Rod heute Kewasale (im Natal) besetzt haben.

London, 14. Okt. (W. Z. B.) Einem amtlichen Telegramme
zufolge ist General White nach Ladysmith zurückgekehrt, nachdem es
ihm mißglückt war, die Boeren heranzuloden. Ein Gefecht hat nicht
stattgefunden.

Kapstadt, 14. Oktober. (Meldung des Reuterschen Bureau.)
Zwei Jagde mit Hühnlingen von Johannesburg und Bloemfontein
sind bei der Station Three Rivers in der Kapkolonie zusammen-
gestoßen, 8 Personen sind getötet, 7 verletzt.

Parteitag der deutschen Socialdemokratie.

Fünfter Verhandlungstag. Hannover, 13. Oktober. (Schluß.)

Nach Beendigung des Geher'schen Referats über die Militärfrage begründet:

Nitzsch-Magdeburg den Antrag 42. Die Angriffe auf unsere Militärforderung sei von der Person Schippels nicht zu trennen, daher müsse der Ausschluss Schippels aus der Partei erfolgen.

Blume macht von dem Wunsch Schippels Mitteilung, ihm als dem Angegriffenen, der Ursache der Disziplin, gewissermaßen als Störerelement eine unumschränkte Redezeit zu gewähren.

Zubeil-Berlin: Ich protestiere hiergegen energisch. Die Ansicht Schippels ist allgemein bekannt. Eventuell beantrage ich, ihm höchstens 30 Minuten zu gewähren. Seine steht auch schon auf. (Weiterleit.) Der wird dann auch unumschränkte Redezeit haben wollen.

Seine-Berlin: Ich bitte Sie, den Antrag Zubeil abzulehnen. Den Wunsch von Schippel zu erfüllen. (Webel: Selbstverständlich!) Es wäre eine Ungerechtigkeit sonder gleichen, wenn wir dem, der hier gewissermaßen der Angeklagte ist, das unbeschränkte und freie Recht zum Reden nicht geben wollten. Hier handelt es sich um eine seit vielen Monaten in der gesamten Parteipresse geschürte und rege gehaltene Aufregung gegen Schippel. Es ist eine Kapital-Anlage gegen ihn erhoben worden, und es geht einfach nicht, daß man ihm das Wort abschneidet. Jedem anderen, dem Ankläger, kann man eher das Wort abschneiden, aber es ist mit allen Grundätzen einer geordneten Rechtspflege unvereinbar, daß man es dem Angeklagten verweigert. (Sehr richtig!) Was mich betrifft, so kann Zubeil ganz ruhig sein, ich werde nicht die 30 Minuten ausbilden, ich bin mit 10 Minuten völlig zufrieden.

Unter Ablehnung des Antrags Zubeil beschließt der Parteitag, Schippel unbeschränkte Redefreiheit zu gewähren.

Schippel:

Parteigenossen! Sie müssen es mir schon verzeihen, daß ich noch den Mut habe, hier überhaupt noch vor Ihnen zu reden. Genosse Geher hat allerdings gesagt, er wolle nicht Regierichter sein. Der Form nach hat er das auch erfüllt, er hat aber eine Ausdrucksweise gewählt, ähnlich wie die der Genossin Zetkin. Auch sie hat sich ja darauf berufen, daß sie uns nicht aus der Partei hinauswerfen und auch keine andere dazu auffordern wollen, es aber unserm Takt überlassen, ob wir nicht selbst freiwillig gehen wollen. Das ist ungefähr der gleiche Unterschied, als ob man jemandem wirklich den Strick dreht, mit dem man ihn hängen will, oder ob man so gnädig ist, ihm die seidene Schnur zu schenken, damit er davon Gebrauch macht. (Weiterleit.) Ich habe nicht die Absicht, davon Gebrauch zu machen. Wäre ich innerlich mit der Partei fertig, verlassen Sie sich darauf, ich würde nicht fünf Minuten länger darin bleiben! Aber bisher hat man es nicht für das Zeichen eines schlechten Parteigenossen angesehen, daß er den Mut hat, gewisse Fragen immer wieder anzulegen, auch wenn er sicher ist, auf Widerpruch in der Partei zu stoßen. Wenn ich an der Partei nur äußerlich hänge, dann könnte ich ja irgendwo in aller Ruhe einen Platz einnehmen, dann bräuhete ich nicht hinauszugehen und den Widerspruch der Genossen herauszufordern. Wer so handelt, ist innerlich mit der Partei nicht fertig. Also verzeihen Sie mir, wenn ich heute als Parteigenosse weiter zu Ihnen spreche!

Nun hat Geher gesagt, ich hätte einen Ton angeschlagen, so hochfahrend, wie man ihn in parteigenösslichen Diskussionen nicht anschlagen sollte. Nun, wenn ich heute den Artikel schrieb, würde ich ihn im Ton gewiß anders schreiben. Legen Sie Wert darauf, daß ich den Ton zurücknehme, so bin jeder Zeit gern dazu bereit. Aber spielen Sie doch nicht die Regierichter über den Ton in der Partei. Ich glaube, ich bin ganz den Traditionen der Partei gefolgt, was frächtige Auslegungen anbelangt. (Webel: Aber Schmähungen und Beleidigungen!) Ich habe nicht die Partei geschmäht. Gewiß, ich habe einen Schriftsteller der Partei gemeint, er hat sich getroffen gefühlt, aber die Partei ist damit nicht beleidigt. (Webel bittet ums Wort.) Sehen Sie sich doch den Ton an, den Kautsky gegen mich angeschlagen hat. Da bin ich ein Feind der Demokratie, ein Feind des Proletariats, ein Viedermann mit allerlei faulernen Jweden, da habe ich untergeschlagen und gefalst. Wie könnte es auch anders sein? Ich bin ein „Fuchs in der Wolfshaut“ (Webel: Sehr richtig!), ein „Esel in der Löwenhaut“, (Webel: Das weniger!) Allerdings, Kautsky hat nur die Löwenhaut ausgefressen, das was darunter versteckt war, hat er nur angedeutet mit der ganzen Partikulärität, die wir an ihm schägen gelernt haben seit der Bernstein-Diskussion.

Noch eins. In einer Versammlung in Eimsbüttel hat Genosse Stubbe nach dem Bericht des „Hamburger Echo“ gesagt, ich hätte erst lange Artikel gegen die Militärfrage geschrieben und dann anonym in einer anderen Zeitschrift wieder eine andere Stellung eingenommen. Er könne das nur als Feigheit bezeichnen. Und Zubeil hat in einer Berliner Versammlung nach dem Bericht des „Vorwärts“ gesagt: „Es muß die Frage gestellt werden, ob jemand solche Artikel in gegnerischen Blättern unter einem Pseudonym obliegen darf. Warum hat er nicht den Mut gehabt, Schippel darunter zu setzen?“ (Sehr richtig!) Also zunächst: Wo ist das gegnerische Blatt, für das ich geschrieben habe? Das Blatt heißt „Socialistische Monatshefte“, schon der Name klingt nicht nach Gegnern. Es wird redigiert von Parteigenossen, und zu seinen Mitarbeitern gehören u. a. Wilhelm Liebknecht, Lehner, Kampfmeyer, Konrad Schmidt, Wolfgang Heine, Rosa Luxemburg, Ledebour, Ed. David, Gertraud David, v. Elm, Legien, Kollenbuhr, Kagenstein, Eichhorn, Schröder-Spandau, Dr. Winter. Das ist also das gegnerische Blatt, für welches ich geschrieben habe!

Nun wird mir vorgeworfen, ich habe pseudonym geschrieben. Wie kommt denn das? Ich hätte vorher eine Reihe leicht hingeworfener Skizzen geschrieben, die ich mit Hegrim gezeichnet hatte. Als mich nun die Redaktion drängte, eine neue Skizze zu schreiben, kam der Artikel „War Engels militäristisch?“ Ich glaubte, daß alle Leute wissen konnten, wer Hegrim ist, ebenso wie sie wissen, wer Parnis ist. (Widerpruch.) Genosse Diez sagte mir ganz offen, von der ersten Skizze an, habe jeder Mensch gewußt, daß niemand anders dahinter stecken könne, als Schippel und den fraktionsmitgliedern, die mich freuten, sagte ich ganz ruhig: Ja, wißt Ihr denn nicht, wer Hegrim ist? Das bin ich. Also, wer es erfahren wollte, hat es erfahren, irgend eine Geheimniskammer, eine Feigheit war nicht dahinter verborgen. Ich habe, wie ich bereits in der „Neuen Zeit“ schrieb, niemals auch nur das geringste Verlangen verspürt, meine Identität mit dem Verfasser der anspruchlosen Skizzen in den „Socialistischen Monatsheften“ irgendwie zu verschleiern. Daß die Dinge so liegen, können Sie auch daran sehen, daß die „Socialistischen Monatshefte“ bei Bading gedruckt werden, wo jeder Geher meine Handchrift kennt. Hätte ich meinen Namen verheimlichen wollen, so hätte ich doch das Manuskript nicht in diese Druckerei geschickt. Man beweise also, daß ich mich verheimlichen wollte, oder aber man lasse solche Verdächtigungen! Wir sind ja eine sehr revolutionäre Partei, aber in solchen Dingen sind wir doch nur ein großes Kaffeebrühen von zahllosen alten Tanten, aus der Küche wird ein Elefant gemacht, mit Wispern und Flüstern fängt es an, und schließlich kommt ein so braver und überzeugter Genosse wie Zubeil in Volksversammlungen und schreit in alle Welt hinaus, was für eine Feigheit es ist, was für einen Parteiverrat ich geübt habe. Aber über das, was in Volksversammlungen geübt wird, wo ja dieses geredet wird, darüber rege ich mich nicht auf.

Was mich verblüfft hat, ist, daß sofort einzelne Parteischriftsteller ähnlich wie im Falle Bernstein sich auf das gesunde Pressen gestützt haben, ohne daß sie vorher erst studiert und sich die technischen Ausdrücke angesehen hätten. Nein, dem demagogischen Eifer ist in diesem Falle auch die Unwissenheit vollständig gleichgelommen. Ich habe hier speziell Kautsky im Auge. Ich muß sagen: wenn ein Schriftsteller, der sich nicht genügt fühlt, sich erst mal über die Grundbegriffe dieser militäristischen Fragen klar zu werden, erst mal das ABC dieser Fragen zu lernen, sofort über einen herfällt und „Feind der Demokratie“, „Anhänger des Berufsheeres“ in die Welt hinaus schreit, so hat mich das doch schon mehr in Wollung gebracht. Volksversammlungen! Ach Gott, der Mann, der hinaus und reden muß, der kann eben nicht anders. (Unruhe. Zuruf: Ist der etwa weniger?) Nein, ich meine, der kann sich nicht so vorbereiten. Aber ein Schriftsteller, ein Redacteur einer wissenschaftlichen Revue, braucht sich doch nicht sofort mit demagogischem Eifer auf diese Fragen zu stürzen. Erst hat Kautsky mich als Anhänger der Berufsarmee hingestellt. Dann machte ich ihm klar, daß wir Berufsarmee schon seit 100 Jahren, seitdem wir keine Berufsoldaten besitzen, nicht mehr haben. Nun kam er mit den Berufsoldaten angewandelt. Da habe ich ihn gefragt: Wo ist denn die Masse der Soldaten heute noch Berufsoldaten? Nun ist er auch davon abgekommen, und so bin ich denn auf die Frage losgegangen: worum sich überhaupt der Streit dreht.

Was ist denn der Unterschied zwischen Militär und stehendem Heer? Ich verlange, daß man mich kritisiert, daß man mir dann nicht irgend eine allgemeine Rederei unterstellt, sondern daß man voraussetzt, daß ich die Benennung so gewählt habe, wie sie allgemein in der ganzen wissenschaftlichen Militärliteratur gang und gäbe ist. Wir haben heute kein Berufsheer mehr, wir haben die allgemeine Wehrpflicht, wir haben das Volk, das zeitweise in die Arme eintritt und nach zwei Jahren wieder austritt. Wir haben aber bei den stehenden Heeren — und darum nennt man sie stehende Heere — noch immer stehende Kadres, einen festen Stamm von Offizieren und Unteroffizieren, durch deren Schule, durch deren Drill der einzelne Soldat hindurchgeht. In der ganzen Literatur versteht man unter stehendem Heere das Heer mit stehenden Kadres, ob nun die Dienstzeit drei, zwei, ein Jahr oder sechs Monate dauert. Kautsky hat noch nicht einmal verstanden, daß man bei stehenden Kadres auch unter ein Jahr hinuntergehen kann. Ich konnte mir das erst gar nicht erklären, erst das Eberfelder Parteiorgan belehrte mich, daß sich Kautsky die Sache so vorstelle, daß man bei einer neunmonatlichen Dienstzeit einen ganzen Jahrgang aushebt und wenn diese neun Monate um sind, drei Monate lang keine Soldaten mehr hat. Wer die Sache kennt, der weiß, daß das einfach bedeutet, daß dann neun Hundstel eines Jahrganges fortwährend unter der Fahne ist. Also stehende Heere haben ständige Berufsoldaten, durch deren Schule die Volksmassen hindurchgehen. Bei der Militär aber gibt es gar keinen Berufsoldaten, auch keine Berufsoffiziere oder Unteroffiziere. Sobald die Lebung vorbei ist, geht der Offizier, geht der Soldat nach Hause.

Damit Sie mich nicht der Silbenstecherei zeihen, will ich Ihnen nur ein paar Urteile vorlesen, um Ihnen zu beweisen, daß diese Terminologie überall da, wo man die Kriegswissenschaft ernst behandelt, durchgeführt ist. Kautsky sagt: „Angenommen, die Bürger seien im Wehrdienst geübt, man könne sich darauf verlassen, daß sie auf den ersten Ruf zusammenkommen, die bürgerliche Einteilung in Provinzen, Kreise, Gemeinden, Quartiere sei außerdem derart, daß aus ihnen ohne weiteres entsprechende Truppenkörper hervorgehen, Divisionen, Brigaden, Bataillone, Kompagnien, und die bürgerlichen Magistrats, die Friedensbeamten, seien im stände, im Kriegsfall zugleich als Kriegsbefehlshaber, als Kriegsbeamte aufzutreten, so kann man im Frieden eines als Soldat außerhalb sichtbaren Heeres offenbar ganz entbehren. Bei dem ersten Kriegsruf formiert sich das Heer ohne weiteres. Das ist das Militärsystem.“ In allen Militärlexika, die ich durchgesehen habe, heißt es wörtlich übereinstimmend: „Militär ist eine Truppe, die keine Friedensstämme hat.“ Bei Reyeuhofser ist das Wesen der stehenden Heere die allgemeine Wehrpflicht und Berufsoldaten, der Gegensatz dazu ist bei ihm Militär. Bei Boguslawski heißt es, „das stehende Heer, d. h. die notwendigen Kadres von Berufsoldaten und die unter Waffen stehenden Wehrfähigen, Oberst Wille, der bekannte Führer des schweizerischen Militärs, spricht von „kurzer Ausbildungszeit und dem gänzlichen Fehlen permanenter beruflicher ausgebildeter Kadres bei jeder Milizarmee.“ In den stehenden Heeren ist Offizierien Beruf, der Militärschüler ist dies nur nebenbei, neben seinem eigentlichen Lebensberuf und vielfach neben der anderweitigen ausgedehnten Znanpruchnahme durch das öffentliche Leben.“ Das ist die Definition, die man überall findet und die ich selbstverständlich meinen Ausführungen zu Grunde gelegt habe. Und dem entspricht auch die Praxis. Warum haben wir denn in England den Unterschied zwischen Militär und stehendem Heer? Gibt es bei den einen Stadtriegel, bei den anderen Jüderdrot? Nein, der Unterschied ist so, wie ich ihn eben gekennzeichnet habe. Auch die Schweizer Militär hat keine festen Friedensformationen, und wo man sie noch hat, nennt man sie mit Recht einen Anhang zum stehenden Heer. Die Leute werden auf Tage und Wochen einberufen, bilden Kadres, und dann werden diese Kadres wieder aufgelöst. Es ist eigentlich etwas Indisch, daß man diese Dinge hier noch betonen muß, sie könnten jedem geläufig sein, der sich mit diesen Gegenständen beschäftigt hat. Wenn Kautsky, nachdem er eingesehen hat, daß auch die Milizarmee Berufsoffiziere und Unteroffiziere haben muß, mich ganz erstaunt fragt: Ja, wer hat denn jemals behauptet, daß bei der Militär keine stehenden Kadres sein müssen? — so konnte er mich ebenso gut fragen, wie ich dazu komme, ein Säuglein ein Lebewesen zu nennen, das lebendige Junge zur Welt bringt, und einen Vogel ein Lebewesen, das Eier legt und sie selber ausbrütet. Er hat eben nicht gewußt, um was es sich handelt. Aber dann muß ich mir doch verbitten, daß man mich als Feind des Proletariats hinstellt.

Auf die Frage, wie weit Engels für die Gegenwart nicht Anhänger des Militärsystems war, will ich hier nicht weiter eingehen. Ich wende mich nun zu dem Vorwurfe des Genossen Geher, ich hätte Engels falsch citiert. Er muß den Artikel in den „Socialistischen Monatsheften“ gar nicht weiter gelesen haben. Er lese nur einige Zeilen weiter: „Hier sind es also wieder die alten zwei Jahre, die als das zunächst Erreichbare ins Auge gefaßt werden. Weitere Herabsetzungen sind vorbehalten, sobald man sich von der Möglichkeit überzeugt haben wird. Das „Militärsystem“ wird hier zwar als Endziel flüchtig daneben genannt.“ (Zuruf: „Richtig!“) Wie kann man das falsch citieren und unterfalschen? Das mag der liebe Himmel und Freund Geher wissen. (Weiterleit.)

Auf die Militärfrage will ich selber nicht eingehen, ich will nur noch erwähnen: Engels erkennt ganz offen die Vorteile des stehenden Heeres vor jeder anderen Heeresformation für die auswärtige Politik an. Er sagt, daß die stehenden Kadres einen festen Zusammenhang, eine operationsfähige Armee lieferten, und das sei für einen Staat, der eingeleitet ist zwischen Frankreich im Westen und Rußland im Osten eine Notwendigkeit. In der That war das stehende Heer eine Waffe für die äußere Politik, für die Eroberungen des preussischen Staates, die auch wir eine Revolution nennen müssen. (Unruhe.) Viele der Gründe Engels' gelten auch noch heute. Sind wir nicht noch immer eingeleitet zwischen Frankreich im Westen und Rußland im Osten? Haben wir nicht von führenden Parteigenossen gehört, daß der Gegenstand seit dem deutsch-französischen Kriege nur immer gefährlicher geworden ist. Die Bedeutung des stehenden Heeres als Waffe der äußeren Politik kann nicht bestritten werden. Wenn wir die

Militär einführen, das heißt nur die vorhandene ansässige Bevölkerung mit Waffen versehen wollten, so müßten wir geradezu die Landflucht vom Osten nicht nur eindämmen, sondern den ganzen Osten mit einer dichteren Bevölkerung auf Kosten unserer Industriebezirke besiedeln, ähnlich wie wir heute beim stehenden Heer im Osten überall stärker besetzte Bataillone und Formationen haben. Entweder wir glauben an keine jemals hervorzubrechenden Gegensätze zwischen den Staaten, dann müßte nicht die Militär, sondern die vollständige Aufhebung jedes Heeres unsere Forderung sein. Oder wir glauben an mögliche Konflikte, dann haben wir als Vertreter der deutschen Arbeiterklasse die Pflicht, auch dafür zu sorgen, daß die deutschen Arbeiter obenaufl bleiben. (Unruhe.)

Und auch das müssen wir anerkennen, daß wir zwar in erster Linie den Frieden erstreben, politisch uns nur verteidigen wollen, im anderen Falle aber den Krieg über die Grenzen hinauszutragen, militärisch offensiv vorzugehen haben. (Hört! hört!) Unsere Verteidigung kann doch nicht darin bestehen, daß wir uns wie mit einer chinesischen Mauer umgeben und von oben herab dem Feinde Esel bohren und lange Kasen ziehen.

Doch das sind Fragen der auswärtigen Politik, die wir auf absehbare Zeit nicht zu lenken und zu leiten haben, der wir vielmehr, wenn auch nicht als unbeteiligte, so doch als tüchtige Zuschauer gegenüberstehen. Darum will ich auch auf diesem Gebiet nicht weiter blättern, sondern mich der Frage zuwenden, ob die Militär uns für die Kulturaufgaben so unendlich viel Ueberflüsse liefern würde, daß sie schon deshalb gefordert werden muß, daß wir sie schon fordern müssen, um die oppositionelle Masse zu stärken. Geht doch die Militär in dem Schreiben der Sektion Zürich 1899 an den Baseler Kongress „das bewaffnete Stimmrecht“. Durch die Militär sollen wir also das bewaffnete Stimmrecht erhalten und Millionen frei haben für die Kulturaufgaben.

Ich frage zunächst: Ist denn die Militär ein so billiges System? Webel hat in seiner Broschüre „Nicht stehendes Heer — Volkswehr“ berechnet, daß die Schweiz pro 1879 nicht ganz 23,2 Millionen Frank für ihre Militär ausgegeben hätte, und er schließt mit: Deutschland hat eine 17/2mal größere Bevölkerung, also würde die deutsche Militär 17/2 x 23,2 Millionen Frank = 405,75 Millionen Frank = 324,6 Mill. M. kosten. Dazu rechnet er jährlich 30 Mill. Mark für das Instruktionspersonal und 40 Mill. M. für die militärische Jugenderziehung. Das ergibt 385,2 Mill. M. für eine halbwegs leistungsfähige Militär. Ich will an den obeligen Zahlen keine Kritik üben, sondern nur darauf hinweisen, daß die Kantone 1897 noch 1,6 Millionen Frank für die Militär verordnet haben. In anderen Jahren haben sie aber bis 5 Millionen Frank veranschlagt. Auch diese Summen müssen mit 17/2 multipliziert werden, das ergibt ein Plus von 23—70 Millionen Frank, so daß für Deutschland 405—455 Millionen Mark herauskommen würden, während die deutschen Heeresausgaben 591 Millionen Mark betragen. Aber die Ersparnis, die hier vorhanden wäre, schrumpft auch zusammen, wenn man andere Jahre des schweizerischen Militärbudgets heranzieht, die nicht mit 23,2 Millionen Frank abgeschlossen wie 1897. 1893 gab die Schweiz 32 Millionen Frank, 30 Proz. mehr als 1897 aus, 1892 der Rendevaffnungen und Festungsbauten wegen 36,15 Millionen Frank, also 40 Proz. mehr aus. Nehmen wir diese Zahlen 17/2 mal, so kommen wir auf 317,5, die praeter propter den deutschen Ausgaben vollständig gleichkommen. Da sieht es auch bei der Militär mit den Kulturaufgaben windig aus. Ein billiges System ist das Militärsystem nicht, und unendliche Summen werden für Kulturaufgaben dadurch nicht frei. Das Schlagwort: die Militär ist billig, wird man daher fallen lassen müssen. Thesen sollen man sehen, und nicht die Augen davor verschließen. Das kommt auch in der Partei immer mehr zum Durchbruch. Auch Kautsky erkennt das an. So heißt es in seiner „Agrarfrage“: „Von der Durchführung der Volkswehr darf man eine außerordentliche direkte ökonomische Entlastung der Bevölkerung kaum erwarten. In dieser Beziehung ist ihr die Idee des ewigen Friedens entschieden überlegen. Die Idee der Volkswehr bedeutet ja keineswegs eine Verminderung der Bewehrung des Volkes, eher eine Vergrößerung, da sie jeden Wehrfähigen auch zur Wehrhaftigkeit heranziehen will. Welche Kosten das verursacht, daß ist eine Sache der technischen Entwicklung, die sich nicht absehen läßt, und die gerade auf dem militärischen Gebiet so lange ihre größten und verhängnisvollsten Triumphe feiern wird, so lange die Gegensätze unter den kapitalistischen Nationen untereinander fortauern.“

Wenn also Genossin Zetkin in einer Berliner Volksversammlung im Februar dieses Jahres nach einem Bericht des „Vorwärts“ meinte: „Es ist für Unterricht und Bildungszwecke kein Geld vorhanden, weil der Militarismus Millionen und wieder Millionen verschlingt. Die Frau muß den Forderungen für den Militarismus die Forderung entgegenzusetzen: her mit den Millionen für die Volkswehr. Nicht das Land, welches über die meisten Gewehre und Kanonen verfügt, sondern das Land, dessen Einwohner den höchsten Bildungsgrad aufweisen, steht an der Spitze der Kultur“ — so ist das zwar von prinzipiellen Standpunkt aus unanfechtbar, aber bei einigen Kopfrechnen hätte sie sich fragen müssen, daß die Militär hier recht wenig aus der Tasche herausbringt, weil sie eben auch recht reichthumsvoll Millionen verschlingt. Beim stehenden Heere ist eine bestimmte Friedenspräsenz vorhanden und es brauchen nicht alle ausgehoben zu werden. Bei der Militär aber müssen alle Wehrfähigen verwandt, Kanonen und Flinten für sie beschafft, Festungen und strategische Eisenbahnen für so viel mehr angelegt werden.

Ob wir die Jugendwehre nicht jahrgangsweise gruppieren und losenternen müssen, will ich beiseite lassen. Aber wir dürften dann die Dienstzeit niemals aufheben lassen, wenn wir das bewaffnete Stimmrecht gelten lassen wollen. Sollen die Gewehr nicht auch das bewaffnete Stimmrecht haben? Und vergessen Sie eins nicht: Die verlangen ja auch das Stimmrecht für die Frauen. (Webel: Die sollen auch Soldaten werden! — Weiterleit.) Gewiß! Das ist nicht eine Einbildung von mir; die Revolutionäre in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ fordern das ja. (Webedone: Wo?) Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ vom 23. Februar 1898 sagt im Leitartikel: „Warum sollten neben den Jünglingen nicht auch die Mädchen vom 15. und 16. Lebensjahre an sich in den Waffen üben?“ (Ledebour: Da bin ich nicht dagewesen! — Große Heiterkeit.) Ledebour scheint nie verantwortlich zu sein, wenn eine richtige Dummheit in der „Sächs. Arb.-Ztg.“ steht; es war also Parnis oder mein verehrtes Gegenüber, Frau Dr. Rosa Luxemburg. (Weiterleit.) Ich will nur noch auf die berühmte Entlastungstheorie mit einem Wort eingehen. Sie sehen auch hier wieder, mit welcher Metakritik fortwährend Parteibildungen geführt werden. Ich habe gesagt, daß wir heute unproduktive Ausgaben nicht mehr so einschlagen können, wie in früheren Gesellschaftsperioden, da die Gesellschaft nicht genug schaffen konnte, daß in der Zeit der Ueberproduktion selbstverständlich mehr unproduktive Ausgaben, Verschwendung, Luxus eine ganz andere Rolle spielen. Ich habe in der „Neuen Zeit“ gesagt: „Die großen Aufwendungen in allen modernen Gesellschaften zu unproduktiven, vor allem auch seitens des Staates zu militärischen Zwecken, sind keine Verschwendung, sondern eine Erleichterung des allgemeinen ökonomischen Drucks. Jede Gesellschaft der „Ueberproduktion“ wird nicht b e lastet, sondern e n t lastet, wenn die Produktion relativ geschwächt, die Konsumtion relativ vermehrt wird. Nur hat der kapitalistische „Staat“ an sich die Mittel der kapitalistischen Gesellschaft nicht zur Verfügung; sie aus ihren Tiefen durch Steuern herauszupumpen, mag schließlich über seine finanzielle Kraft und auch über die Geduld der Staatsbürger hinausgehen. Aber in dem Reichen und Reichen dieses Steuerpumpwerks erschöpfen sich nicht die allgemeinen ökonomischen Wirkungen dieser riesenhaften unproduktiven Ausgaben, die geradezu eine Lebensbedingung, reih ökonomisch, für die moderne Gesellschaft geworden sind. Kritisch macht uns das den Militarismus nicht unangenehm, sondern im so unangenehm. Nun kann ich von diesem Standpunkt aus auch nicht

In das Reichsgericht freiständige Geschäfte über den wirtschaftlichen
Ruin durch die unproduktiven Militärausgaben einstimmen.

Parteigenossen, was ist da für ein Spul in der Presse entstanden!
Ich habe ja nicht gesagt, daß wir die Verschwendung unterstützen
sollen, sondern ich habe die Tatsachen nur zu würdigen versucht.
Aber derjenige, der mich deswegen am heftigsten angriff, war
Kantelsh. Er hat meiner Intelligenz die in einer demokratischen
Gesellschaft denber niedrigste Einschätzung gegeben, ich stände
nämlich in meiner Intelligenz noch unter dem russischen
Jaren. Da finde ich aber in dem alten Erfurter Pro-
gramm Kantelshs auf Seite 101 eine Ausführung, die
sich vollkommen mit der meinigen deckt; da heißt es, ganz wie bei
mir: „Zunehmende Produktivkräfte müssen brach liegen, immer mehr
Produkte ungenutzt verschwendet werden, soll sie nicht außer Rand
und Band geraten.“ (Webel: Da muß man eine stehende Armee dafür
haben!) Nun, ich habe schon erklärt, daß mir niemals ein so ein-
fältiger Gedanke eingefallen ist. Ich habe immer gesagt, wenn man
Geld für die Arbeiter haben kann, dann soll es gehen; das ver-
steht sich bei mir, wenn ich auch von einigen nicht mehr als Vertreter
der Arbeiterinteressen angesehen werde, denn doch noch von selbst.

Was ist es nun, was mich scheidet von dem, was Geher aus-
geführt hat?

Ich habe gesagt, die Witz ist für mich immer das Endziel der
Entwicklung. Aber sie ist kein System, das man bei den heutigen
Staatsverhältnissen aus dem Boden stampfen kann und den Gegnern,
die über stehende Heere verfügen, als überlegen entgegenstellen kann,
sondern sie ist etwas, was sich aus den heutigen Armeen recht wohl
entwickeln kann, wenn wir im Staate eine kräftigere Ver-
tretung unserer Interessen haben; und da habe ich ausgeführt, daß
auch Engels diese Entwicklung als möglich ansah und vertret. Weiter
habe ich nichts betont, gefordert habe ich überhaupt nichts. Wird
die allgemeine Dienstzeit verkürzt, die allgemeine Wehrpflicht weiter
durchgeführt, so demokratisiert sich die Armee ganz von
allein, so hört sie auf, in dem schärfen Sinne wie heute Klassen-
werkzeug zu sein, so wird die Armee in unsere Hände allmählich
hineinübergeliefert. Wer will die Rekruten liefern, wer die Arbeiter für
die militärischen Fabriken und für die Kanonenfabrikation? Der ganze
Militarismus wird nicht mehr leben können ohne uns. Die heutige
Armee wird, wenn sie sich so weiter entwickelt, eine Arbeiterarmee
ganz von selbst, oder sie wird eine Armee, die man nicht mehr gegen
Arbeiter verwenden kann, nicht mehr verwenden kann zu auswärtigen
Kriegen, die die Arbeiterklasse nicht billigt. Und man mag über den
„inneren“ Kampf denken wie man will; wenn ein Krieg kommt, ist
die Armee doch das Volk in Waffen, und dann haben wir die Macht
und den Einfluß aus, die uns in der heutigen Gesellschaft überhaupt
möglich sind. Und ist das etwas Neues? Deswegen hat mich Geher
angegriffen! Ich bin erstaunt, daß man diese von autoritativer
Seite oftmals wiederholte Aeußerung mir als Verrat des Partei-
standpunktes anrechnet in der Weise, daß man mir nahe legt, ob ich
nicht meinen Antritt aus der Partei überlegen wolle.

Da heißt es in dem bayerischen Landtagshandbuch: „Wir ver-
langen eine andere Organisation des Heerwesens, durch welche die
Verteidigung ebenso, ja in erhöhtem Maße gesichert wird, ohne das
Volk derart zu belasten. Wir fordern darum die Umgestaltung des
heutigen Heeres in ein Volkshet, die vor allem durch
stufenweise, wesentliche Herabsetzung der Dienstzeit anzubahnen
ist. . . . Trotz aller Keuschheitsleiden, die anders zu beweisen scheinen,
ist das Heer im Zuge, sich innerlich mausfaltig zu demokratisieren.“
Das ist im Auftrage der bayerischen Genossen geschrieben worden.
Aber noch ganz andere Leute haben sich ganz ebenso erklärt. So schreibt
Friedrich Engels in der „Neuen Zeit“ 1892/93, 1. Band, Seite 583:

„Die Hauptstärke der deutschen Sozialdemokratie liegt keineswegs
in der Zahl ihrer Wähler. Bei uns wird man Wähler erst mit
25 Jahren, aber schon mit 20 Soldat. Und da gerade die junge Ge-
neration es ist, die unserer Partei ihre zahlreichsten Rekruten liefert,
so folgt daraus, daß die deutsche Armee mehr und mehr vom
Sozialismus angefaßt wird. Gegen 1900 wird die Armee in ihrer
Majorität sozialistisch sein. Das rührt heran mausfaltig wie ein
Schiffschiff.“ Die Berliner Regierung sieht es kommen, ebenso
gut wie wir, aber sie ist ohnmächtig. Die Armee entschließt sich.

Ich verweise noch auf eine andere Aeußerung, die deshalb sehr
interessant ist, weil sie mit der vorliegenden Resolution in direktem
Widerspruch steht. Webel äußert sich im „Mouvement socialiste“ vom
15. Mai 1899 folgendermaßen:

„Der Militarismus soll die Klassenherrschaft aufrecht erhalten.
Aber man kann die Zeit schon voraussehen, er wird dazu ganz
ungeeignet. Die Zahl der Armeen hat zur Voraus-
setzung die allgemeine Wehrpflicht, die man kaum mehr
aufheben kann. Die Stadt- und Landarbeiter, welche
die erdrückende Mehrheit der Soldaten ausmachen, sind
indes mehr und mehr der sozialistischen Idee verfallen. Die
Armee kann also immer weniger zur Aufrechterhaltung der
Klassenherrschaft dienen und eines Tages überhaupt nicht mehr.
Sie wird den Befehl, auf Vater und Mutter zu schießen, nicht mehr
ausführen, sie wird kein Machtmittel in der Hand eines Klassen-
regiments mehr sein (elle ne sera dès lors un instrument dans
la main d'un gouvernement de classe).“

Genau so wie in der Resolution — aber umgekehrt! (Hört!
hört!) Und, Parteigenossen, ich bitte Sie um alles in der Welt, sind
Ihren denn Ihre eigenen Beschlüsse auf Ihre eigenen Parteitage
unbekannt? Früher hat man gesagt: Kürzere Dienstzeit ist ein Ver-
brechen gegen das Volk. In dem Protokoll des Gothaer Kon-
gresses 1877 heißt es: „Das Parteiprogramm wollte Abschaffung
des Militarismus überhaupt, und wenn man also nicht
für die Volkswehr eintrete, sondern nur für Einschränkung
der Wehrpflicht unter dem heutigen System auf ein
Jahr, so verstoße man gegen das Programm.“ Und was
haben wir voriges Jahr in Stuttgart beschlossen? Es lag ein
Antrag vor, die Witz zu verlangen; dieser Antrag ist nicht einmal
so unterstützt worden, daß er zur Beratung kam. Dagegen ein
weiterer Antrag, der der Witz, wurde von David folgender-
maßen begründet: „Parteigenossen, lehnen Sie den Antrag
nicht etwa deswegen ab, weil er kein Militärantrag ist.
Wir müssen an die gegebenen Verhältnisse des heutigen Militarismus
anschließen, durch Verkürzung der Dienstzeit, die Witz wird dann
später schon folgen.“ Da erhob sich als Berichterstatter der Praktion
ein parlamentarischer erfahrener Genosse wie Burn und lebte die
Witz zurückstellung des Militärsystems folgendermaßen radikal ab:

„Datum halte ich es für nicht richtig, wenn Genosse Dr. David
gesagt hat: Die Witz ist es, wenn wir den Bauern sagen können,
wir wollen die Verkürzung der Dienstzeit auf ein Jahr. Das soll
leichter begreiflich sein, als die Forderung des Militärsystems. Ich
bin entgegengelegter Ansicht. Das ist keine grundsätzliche Agitation,
wenn wir nur die Erleichterung des Militarismus fordern.“
Und der Parteitag hat gemäß der Aufklärung beschlossen, die
ich in meinen Artikeln vertreten habe (hört! hört!) Und, Parteige-
nossen, ich habe keine Furcht; deswegen, weil ich den
Beschluss des vorigen Jahres vertreten habe, werden
Sie mich aus der Partei nicht hinausbefördern. Ja, Parteige-
nossen, es geht noch viel weiter. Diese ganz rabulistische
Kritik, diese rabulistische Querebene ist meines Wachstums doch
wohl auch mitunter wider besseres Wissen geschehen. (Uraufe.)
Kantelsh, der jetzt sagt, wir müssen grundsätzlich vorgehen, hat in
der Begründung seines Programmwerkes sich ähnlich geäußert
wie ich. Und darum dieser Witz, diese Aufregung über Prinzipien-
verrat, obwohl ich doch nur vielleicht konsequenter, vielleicht be-
wußter und klarer das vertreten habe, was in der Partei immer
und immer vertreten ist! Damit bin ich am Schluß. Ich
verlange nicht, daß Sie über den Witz, nicht an Ihre Stimmung, ich
verlange nicht, daß Sie über den Witz, wenn Sie damit nicht ein-
verstanden sind, schweigen und irgendwie diese Angelegenheiten als
kompensiert erachten durch die entgegenstehenden Angelegenheiten von
Kantelsh. Aber, wenn die Anschauungen, die ich vertreten habe,
immer und immer wieder verfochten sind, zum Teil von den hervor-
ragendsten Vertretern unserer Partei, selbst von denen, die geglaubt
haben, sie müßten die Feder gegen mich ergreifen, dann sind das
eben Anschauungen, über die man ruhig diskutieren darf, durch
deren Vertretung man sich nicht außerhalb der Partei stellt,
sondern es sind ernste Fragen, die man ernst erörtern

sollte. Und deshalb bitte ich Sie; Lieben Sie Toleranz! Lassen
Sie die Freiheit der Kritik hier walten, aber üben Sie kein Repet-
gericht. (Lebhafte Beifall und Pfiffe.)

Frau Dr. Luxemburg:

Die Rede Schippels, besonders im ersten Teil, war eine Ver-
gründung des Militarismus, wie sie ein Kriegsminister ganz gut
einer Militärvorlage beilegen könnte. (Heiterkeit.) Mir wurde hier
mehrfach vorgeworfen, ich wäre in einer so unerwartet milden Weise
aufgetreten, ich hätte mit einer so herzgewinnenden Milde gesprochen.
Das kommt daher, weil ich den allgemeinen theoretischen Auseinander-
setzungen in Bezug auf den Opportunismus nicht allzuviel praktische
Bedeutung beimeße. Praktisch ist für mich die Bekämpfung der
konkreten Ausfälle des Opportunismus, und als solchen betrachte
ich vor allem die Stellung Schippels zum Militarismus. Für mich
heißt es: Hic Rhodus, hic salta! Hier soll Schippel Rede und
Antwort stehen.

Genosse Geher hat gesagt, wenn wir auf unsere bisherige
prinzipielle Gegnerlichkeit gegen den Militarismus verzichten, so würde
das unsere Kampf sehr in die Länge ziehen. Nein, ich glaube,
wenn wir auf den Kampf gegen den Militarismus in der bis-
herigen Form verzichten, dann können wir überhaupt ein-
penden, dann hören wir überhaupt auf, eine sozialdemokratische
Partei zu sein. (Sehr wahr!) Der Militarismus ist der konkreteste
und wichtigste Ausdruck des kapitalistischen Klassenstaates, und wenn
wir den Militarismus nicht bekämpfen, dann ist unser Kampf gegen
den kapitalistischen Staat nichts als eine leere Phrase. (Beifall.)
Ich will hier nicht auf den Ton der Schippelschen Artikel und auch
nicht auf das Pseudonym eingehen. Ich glaube, er ist dafür schon
genügend durch den multiplen Druckfehlerleuten getroffen, denn wie
Sie bereits bemerkt haben werden, heißt es in dem Antrag
Rogner, der seinen Ausschluß verlangt, er habe sich gegen die Er-
ziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit schwer vergangen. (Heiter-
keit.) Es soll natürlich „Wehrhaftigkeit“ heißen. Ich will auch
nicht auf die technische Seite der Witzfrage eingehen. Schippel sagt,
Kantelsh verstehe in diesen Dingen nicht einmal das A. B. C. Als ich
das hörte, erschallt ich furchtbar, denn wie muß es um eine Partei
bestellt sein, deren theoretischer Vertreter von einer der wichtigsten
praktischen und theoretischen Fragen nicht einmal das A. B. C. versteht!
(Sehr gut!) Wenn eine so hohe Bildung nötig ist, um die Witz-
forderung zu begreifen, daß nicht einmal ein Kantelsh sich dazu
emporkühnen kann, wie soll dann die Masse der Proletariat dies
Postulat verteidigen! Wir brauchen uns auf technische Einzel-
heiten deshalb nicht einzulassen, weil uns keine konkrete Vor-
lage zur Einführung der Witz befehligt. Wenn wir eine
solche Vorlage haben, würden wir eine Kommissar-Kommission
wählen, die darüber zu beraten hätte. (Heiterkeit.) Heute gilt es für
uns, das Postulat in seiner allgemeinen Form aufzustellen und be-
sonders auf seine politische Seite Nachdruck zu legen. Mit dem
Argument, daß wir nur Verteidigungskriege zu führen brauchen,
hat Schippel nur die Notwendigkeit der Verhinderung des Militarismus
betont, denn bekanntlich weiß jeder Staat die Verantwortung für
einen Krieg von sich ab und behauptet immer, daß der Gegner
angefangen hat.

Schippel hat in seinen Artikeln ausdrücklich hervorgehoben, daß
der Militarismus eine wirtschaftliche Entlastung für uns sei, und
heute hat er nachzuweisen gesucht, daß die Witz jedenfalls keine
wirtschaftliche Entlastung wäre. Ich überlasse es anderen, die diese
Dinge näher kennen, zu antworten, aber selbst wenn die Witz
ebenso viel kosten würde wie der Militarismus, so könnten wir doch
richtig mit beiden Händen für die Witz stimmen, denn dann geben
wir wenigstens unsere Großen aus, und so verteidigen nicht nur
gegen den äußeren Feind, sondern auch gegen die inländischen
Unterdrücker. Bei dem Militarismus dagegen werden wir erwürgt
und unterdrückt. (Sehr gut.)

Schippel ist ja nicht der einzige; ich verweise nur auf die
Kuerische Aeußerung in Hamburg, auf Heine und auf Vollmar's letzte
Rede in München. Ich begreife nicht, wie jemand, der den Mi-
litarismus technisch für unentbehrlich und wirtschaftlich für eine Ent-
lastung hält, so unlogisch ist, gegen die Militärausgaben zu stimmen.
Da bleibt doch nur übrig, daß jene Genossen entweder früher oder
später die Militärausgaben bewilligen, oder aber, daß sie ihren
Standpunkt verlassen und für unsere Witz stimmen werden. Jetzt
allerdings lehnen sie die Militärausgaben noch ab, aber wenn
ihre Entlastungen erst mehr an Boden gewonnen haben, dann werden
sie schließlich auch für die Militärvorlagen stimmen. (Uraufe, Wider-
spruch und Zustimmung.)

Einige Genossen haben gefragt, ja, wo ist der Opportunismus,
von dem Sie so viel gesprochen habt? Nun Genossen, schaut nur
auf Schippel hin. Dort ist der Opportunismus in der trassiesten
Form zum Ausdruck gekommen. Dagegen müssen wir vorgehen.
Wir antworten Schippel mit denselben Worten, die er uns zu-
gerufen hat: „Hört mit dem Drei —
Ja brauch' ihn nicht!
Aus Wappe schmied' ich kein Schwert!“
(Beifall. Uraufe.)

Vandert-Apolda:

Ich hätte das Wort nicht ergriffen, wenn Geher nicht in seiner
Einkleitung meinen Antrag von vornherin erwähnt hätte. Ich habe
diesen Antrag durchaus nicht als Schildeknappe Schippels gestellt.
Ich bin nur der Ansicht, daß diese Debatte angefaßt der sehr
kurzen Zeit, die uns noch dafür zur Verfügung steht, nicht grund-
sätzlich zu Ende geführt werden kann. Was Geher ausgeführt hat,
ist niedergelegt in den Ausführungen Kantelshs und Schoenlants zum
Erfurter Programm. Am interessantesten waren mir die Aus-
führungen Schippels. Ich bin ein geschworener Feind des heutigen
Systems des Militarismus. Mir ist es aber vollständig gleich,
wie einmal ein anderes System sich gestaltet, wenn es
nur nicht völk- und kulturfeindlich wie das heutige, sondern völk-
freundlich ist und die Freiheit des Volkes schützt.

Folgender Antrag ist eingelaufen:

„Der Parteitag weist die vom Genossen Schippel in seinen
Ausführungen über den Militarismus geäußerte Auffassung mit aller
Entschiedenheit zurück, da er in ihr einen Verstoß gegen die Grund-
sätze der sozialdemokratischen Partei erblickt.“
Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Adolf Hoffmann, Ledebour.

Dr. Schoenlant:

Es fällt mir nicht ein, mich in militär-technische Einzelheiten
einzulassen. Es handelt sich bei der Frage: Witz oder stehendes
Heer einfach darum, was gelten soll, der Absolutismus oder das
Volk. Der Militarismus ist das Mittel gewesen, durch das der
Absolutismus zur Herrschaft gelangt ist; ohne Militarismus kein
Absolutismus. Wo das Bürgertum Energie gehabt hat,
wo es reif geworden ist in der politischen Entwicklung,
hat es den Kampf gegen den Absolutismus geführt durch
den Kampf gegen den Militarismus; sehen Sie nach
England. Brauchen wir denn den Absolutismus gegen einen äußeren
Feind, zur Vertretung vaterländischer Interessen? Halten Sie das
Volk dazu für unweil und unumgänglich? (Lebhafte Beifall.) Glauben
Sie, daß es nicht aus eigener Kraft, ohne Absolutismus und stehendes
Heer sich rüsten kann zur Rettung des Vaterlandes? Gewiß
ist die Witz in einem schlechten Auf gekommen in
der Militärvorlagezeit, weil die Fortschrittspartei sich darauf ber-
steifte, die Schweizer Witz einzuführen. In unserem Programm
steht ja „Volkswehr“. Was ist denn „Witz“? Die allgemeine
Volkswehrung durch den Willen des Volkes, nach den Beschlüssen
des Volkes, unter Kontrolle des Volkes. Und hier sehen wir, daß
diejenigen, die den Militarismus vertreten, nicht in der Absicht, aber
im Effekt als die Agenten der Kapitalistenklasse auftreten, die
den Militarismus braucht zur Erhaltung ihrer Macht und zum
Kampfe gegen das Proletariat. Da kommt die von Schippel, der
eine Art Entlastungstheorie aufgestellt hat, so eingehend behandelte
Kostenfrage weit weniger in Frage, als die Frage des Prinzips,
des Systems, und wir haben nichts anderes, wenn wir
die Partei des Proletariats bleiben wollen, als eine den
Militarismus absolut ablehnende Haltung ohne jedes Zu-
geständnis, auch nur in dem geringsten Punkte, denn der

Militarismus ist ein Hebel des persönlichen Regiments der herrschenden
Klassen gegen die moderne Entwicklung, gegen den Fortschritt
der Arbeiterklasse, die großen Tendenzen der Völkerverbrüderung, die
wir vertreten. Wir haben umso mehr Grund, den Militarismus mit
aller Energie wie bisher zu bekämpfen und uns nicht durch schöne
Worte bestechen zu lassen, weil es keine bürgerliche Partei mehr giebt,
die den Militarismus grundsätzlich bekämpft. Die Sozialdemokratie
ist die einzige Partei, die mit dem Schlagwort in den Kampf geht:
Kampf gegen den Militarismus vom Scheitel bis zur Sohle! Wenn
wir warten wollen, bis der Militarismus in die Volkswehr hinein-
wächst, dann können wir als wie Weiskopfen werden und dann wird
noch immer die herrschende Klasse das Heer nicht für das Volk,
sondern gegen das Volk verwenden. (Sehr richtig.)

Wir wollen festhalten am Programmpunkt 3, aber auch daran,
daß es nicht angeht, solche theoretische Spielereien zu machen, die
bloß den Gegnern eine Freude, der Bourgeoisie ein Entzücken sind.
(Beifall.) Wenn es in irgend einer Zeit unangebracht ist, sei es, daß
man nur als Pseudonym Rogner oder als Schippel kommt,
dann ist es die, wo die Klassenkämpfe eine solche Schärfe an-
genommen haben, wo die Annahme der Justizausvorlage nicht mehr
etwas Unwahrscheinliches ist, wo neue große Ausgaben für Militär
und Flotte kommen. Da heißt es, mit der alten Entschlossenheit und
Festigkeit auf der Schanze stehen. Fangen wir erst an, in solchen
Dingen theoretische Erörterungen zu machen, dann kommt das die
Ende nach; mit Erörterungen fängt man an und das andere folgt
dann, das ein Hemmnis werden wird für die siegreiche Ent-
wicklung des Proletariats. (Widerspruch und Beifall.)

Auer:

Roch und nach scheint ich zum schwarzen Mann für eine gewisse
Nichtung in der Partei zu werden. Es kann gar nichts mehr vor-
kommen, wobei mein Name nicht genannt wird. So werde ich auch
in diese Angelegenheit hineingezogen unter der Verschuldung, daß
ich die sozialdemokratische Partei, der bisher angezogenen ich selbst
die Ehre habe, welche Zugehörigkeit aber, wie es scheint, ein großer
Teil nicht mehr anerkennen will, von ihrem bisherigen Willen
gegen den Militarismus, von ihrer absoluten Feindschaft gegen diese
Institution abbringen will. Ich muß gestehen, sie ist mir sehr neu,
diese meine neue Schlichtigkeit, aber ich tröste mich mit jenem
oberbayerischen Bauern, der, als er das L. S. unter einer amtlichen
Bekanntmachung las, sich das überlegte: Laß Schwarz! (Heiterkeit.)
Geher verwies zum Beweis meiner unrationellen Entwicklung auf
eine Rede, die ich am 8. Februar 1898 in diesem Saale gehalten
habe, also nach dem Hamburger Parteitag. Ich sprach über den
bevorstehenden Wahlkampf und kam bei dieser Gelegenheit u. a. auch
auf die Kolonialpolitik und die damit verknüpfte Flottenvermehrung.
Nach dem ausführlichen Bericht des hiesigen Parteiorgans sagte ich:
Hier kommen wir auf einen Einwurf unserer Gegner, welche uns
sagen, daß die Sozialdemokraten eigentlich für die Flottenvermehrung
stimmen müßten, weil Tausende von Arbeitern dabei beschäftigt
werden könnten; aber wäre es da nicht vernünftiger, wenn schon
Geld und zwar Millionen verwendet werden sollen, angeblich um
die Arbeiter zu beschäftigen, dann solche Arbeiten zu verrichten, die
dem gesamten Volke zu gute kommen? Wie viel Schulhäuser könnten
nicht beispielsweise für die 300—400 Millionen gebaut werden, die für
den Neubau für Schiffe verlangt werden? ! Kommen doch in Deutsch-
land durchschnittlich 60 Kinder auf einen Lehrer — in Preußen noch
bedeutend mehr — aber nur 8 Soldaten auf einen Unteroffizier und
25 auf einen Offizier! Wenn das deutsche Volk so reich wäre,
hunderte von Millionen für Schiffe übrig zu haben, wie schön wäre
es nicht, wenn dafür in Ostelbien nicht mit Stroh gedeckte Schul-
häuser gebaut oder Lungenheilanstalten errichtet würden, wie es von
den Ärzten dringend gefordert wird.“

In dieser Art polemisierte ich weiter gegen die Flottenvermehrung
und sagte dann: „In Anbetracht dieser Wichtigkeit können wir nicht
von unserem absehbenden Standpunkt abgehen. Es kann Regierungen
geben, denen wir überhaupt nichts bewilligen können.“ Das Wort
„kann“ ist offenbar ein Irrtum des Berichterstatters. Ich habe im
Reichstage stets das Budget verweigert und werde es nie be-
willigen, so lange wir uns in der Opposition befinden.
Also, ich habe nach dem Bericht gesagt: „In Anbetracht dieser
Wichtigkeit können wir nicht von unserem ablehnenden Stand-
punkt abgehen. Es kann Regierungen geben, denen wir überhaupt
nichts bewilligen können, so lange wir nicht als gleichberechtigter
Faktor im öffentlichen und parlamentarischen Leben anerkannt werden.
Wird die Arbeiterklasse als gleichberechtigt an-
erkannt, so wachsen damit die Aufgaben dieser Klasse und die Ver-
antwortung, und es ist sehr wohl möglich, daß wir von dem Tage
an, wo man die Arbeiter als gleichberechtigten Faktor ansieht, auch
mit uns reden lassen über Flottenfragen. Zur Zeit müßten wir
prinzipiell jeden Mann und jeden Groschen ablehnen.“

Der Bericht giebt natürlich nicht alles wieder. Ich habe aus-
geführt, daß Veränderungen eintreten und daß wir gar nicht voraus-
sehen können, ob wir nicht einmal im Laufe der Zeit zur herrschenden
Partei werden. Ich habe weiter gesagt, daß wir nicht auf dem
Standpunkt stehen, daß überhaupt keine Schiffe nötig sind. Nein,
ich führte aus, daß wir sie dem heutigen System, der heutigen Re-
gierung nicht bewilligen können. Jeder von uns wird doch die Post
und die Eisenbahnen für absolut notwendige, unentbehrliche Institute
halten, und doch verweigern wir die Mittel dafür, eben weil wir der
Regierung, zu der wir kein Vertrauen haben, die Mittel zum Regiment
verweigern wollen. (Sehr richtig.) Dieser unter grundsätzlicher
Standpunkt müßte doch endlich einmal auch in die Köpfe derjenigen
hineingehen, die als Vertreter der alten Richtung jeden aus Kreuz
zu nageln suchen, der einmal eine Ansicht ausspricht, die sie zu
kapieren nicht in der Lage sind. Der Bericht verzerrt auch am Schluß
lang anhaltenden, stürmischen Beifall. Nun, wenn ich Dinge gesagt hätte,
deren sich die Partei zu schämen hätte, so wäre es doch eine Weileigung
für die Hannoverischen Genossen, wenn sie eine derartige Dummheit so
belohnt hätten. Es muß doch um das Material zur Begründung der
Geher'schen Angriffe sehr schlecht stehen, daß man zu solchen Hilfs-
mitteln greifen muß. (Beifall.)

Auf meine Hamburger „Stedentede“ will ich nicht eingehen.
Wer sich darüber informieren will, lese im Hamburger Protokoll
nach; er wird finden, daß alle Angriffe gegen mich resultieren können
aus mangelndem Verständnis oder aus mangelndem Willen, mir
Gerechtigkeit anzugehen zu lassen.

Ich bin genötigt, auch bei dieser Gelegenheit wieder auf das
Blatt der Frau Jettin einzugehen. Liebmacht hat in Hamburg
folgende Erklärung abgegeben: „Es scheint ja wirklich aber hier eine
Stimmung unter vielen Genossen zu sein, als ob sich
Schippel für die Bewilligung der Kanonen ausgesprochen
hätte, als hätte er gesagt, daß er oder die Praktion
dafür zu stimmen bereit gewesen sei. Das ist nicht der Fall.“
So spricht Liebmacht sofort im Anschluß an die Verhandlungen.
Unter dem frischen Eindruck derselben konstatiert er, dem doch ganz
gewiß eine besondere Freundschaft für Schippel nicht nachgesagt
werden kann: „Schippel hat nicht für Bewilligung der Kanonen
gesprochen.“ Und was lesen wir nun in dem bereits von mir er-
wähnten Artikel der „Gleichheit“: „In Hamburg besitzverordneten
Schippel und Auer die Bewilligung von Kanonen im Namen
der „nationalen Interessen.“ (Hört! hört!) Was soll man
gegenüber dieser Art der Polemik, gegenüber diesen fortgesetzten
Verdächtigungen eigentlich noch thun? Es ist hier wiederholt von
zwei Richtungen gesprochen worden. Nun Genossen! Ich weiß nicht,
ob das wahr ist. Wenn man aber bei der alten Richtung nur mehr
gut angegriffen ist, wenn man in solcher Weise mit der Wahrheit um-
geht, dann geschähe ich mit Stolz zur neuen Richtung! (Lebhafte Beifall.)
Die Debatte wird hierauf auf morgen vertagt, nachdem ein
von Stolten-Hamburg begründeter, von Adolff Hoffmann-
Berlin beämpfter Schlußantrag abgelehnt worden ist.

Rosa Luxemburg bemerkt persönlich, daß sie von dem von
Schippel eintreten Artikel der „Gleichheit“ heute zum
erstenmal gehört habe; unter ihrer Redaktion sei er nicht erschienen.

Heine giebt zu Protokoll, daß er an der namentlichen Schluß-
abstimmung über die Weiskopfsche Resolution infolge einer dringenden
Abhaltung nicht habe teilnehmen können; er würde sonst für dieselbe
gestimmt haben. (Schluß in der 2. Beschl.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, 15. Oktober.
Freie Volkshäuser. Abend:
Theater. 4. Abteilung (braune Karten): Faust. Anfang 7 1/2 Uhr.
Opernhaus. Der Wälschler, oder: Die Stimme der Natur. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Die Meisterfinger von Nürnberg.
Schauspielhaus. Spitter und Vollen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: König Lear.
Neues Opern-Theater (Krohn). Madame Sans-Gêne. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Geflohen.
Deutsches. Das Friedensfest. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 2 1/2 Uhr: Die verjüngte Witwe.
Montag: Das Friedensfest.
Besing. Mit ich wiederkam... Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Im weißen Rössl.
Montag: Mit ich wiederkam...
Berliner. Banmeister Solmes. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 2 1/2 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld.
Montag: Mit ich wiederkam.
Schiller. Die Händelische. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Romes und Julia. Montag: Die Großstadtluft.
Neues. Colombine. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Altolto.
Montag: Colombine.
S. Hen. Bar und Zimmermann. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Der Waffenschmied.
Montag: Linda von Chamounix.
Thalia. Der Plagymajor. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Residenz. Jagdfreuden. Vorher: Familien-Souper. Anf. 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Der Schlafmagen-Controleur.
Montag: Jagdfreuden. Familien-Souper.
Suisen. Molly Carré. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Sean, oder: Genie und Leidenschaft.
Montag: Molly Carré.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Der Vogelhändler.
Montag: Die Geisha.
Cicend. Weltuntergang. Anfang 8 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Victoria. Die weiße Henne. Anfang 7 1/2 Uhr.
Montag: Diefelbe Vorstellung.
Friedrich-Wilhelms-Theater. Der Klub der Harmlosen. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 4 Uhr: Der Trompeter von Säckingen.
Montag: Der Klub der Harmlosen.
Volkshäuser. Sean, oder: Genie und Leidenschaft. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Rund um Berlin. Im Reiche der Seceffion. Anfang 7 1/2 Uhr.
Nachm. 3 Uhr: Berlin ladet!
Montag: Rund um Berlin.
Apollo. Frau Luna. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.
Palast. Spezialitäten. Spezialitäten-Vorstellung. Anf. 8 1/2 Uhr.
Vollzug. Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
Urania. Invalidenstr. 57/58. Täglich abends von 5-10 Uhr: Sternwarte.
Taubenstr. 48/49. Im Theater: Der Sieg des Menschen über die Natur. Anfang 8 Uhr.

Abend - Carl Weij - Theater.
Gr. Frankfurterstraße 132.
Nachm. 2 1/2 Uhr: Freie Volkshäuser: Faust.
Abends 7 1/2 Uhr:
Der Weltuntergang.
Großes Ausstattungsstück mit Gesang in 3 Akten (14 Bildern) vom Dtr. Carl Weij u. Hof. Dir. Musik von M. Fall.
Im Tunnel: Freie-Konzert. Anf. 7 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Metropol-Theater.
Bahrenstr. 55/57.
Direktion: Richard Schulz.
Sonntag, den 15. Oktober etc.,
nachmittags 3 Uhr,
bei halben Kartenpreisen:
Berlin ladet!
und das gesamte Spezialitäten-Programm.
Abends 7 1/2 Uhr:
Sensationeller Erfolg!
Rund um Berlin.
Berliner Lokalrevue in 2 Akten von Julius Freund.
Musik von Julius Gündelshofer.
1. Bild: An der Chansonnettenede.
2. Bild: Im Ausstellungsparc.
Stürmisches Leben! Jubel! Beifall! erregen!
9 1/2 Uhr: Die Verändrung der Berliner Theater-Direktoren.
9 3/4 " Das ist Berlin, die Stadt der Lieder: Am schönen grünen Strand der Spree".
10 " Berliner Handpartien.
10 1/2 " "Der Ehe-Automat".
10 3/4 " Die lex Heinze.
10 5/8 " Die Kompensationen und die Kanalverlage!
10 7/8 " Das letzte Pferd.
10 9/16 " Das sind lauter Puppen sind Panoptikum.
10 11/16 " Die Friedens-Konferenz im Haag.
10 13/16 " 10 15/16 Uhr: Sensationell! Historisch! Sensationell!
Die Harmlosen in Mosbit!
10 17/16 Uhr: Zum Schluss: Mit fernablicher Ausstattung:
Im Reiche der Seceffion.
Großes Ballett.

Thalia-Theater.
Tel. Amt IVa 8440. Dresdenstr. 72/73.
Zum 36. Male:
Der Plagymajor.
Thomas, Tinscher, Helmerding, Junkermann.
Im 2. Akt: Gr. Musoffoy-Terszett.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Alcazar-Theater
Variété I. Rang.
Dresdenstr. 52-53. Annenstr. 42-43.
Auftreten von absolut
erklässigen Spezialitäten
Anfang:
Wochentags 8 Uhr. Sonntags 8 Uhr.
Entrée:
Wochentags 30 Pf. Sonntags 30 Pf.
23683*)
Die Direktion:
Richard Winkler.

Palast-Theater
früher
Feen-Palast, Burgstraße 22.
Das riesengroße
erklässige Sonntag-Programm.
Um 8 1/2 Uhr:
Großer Vollerfolg: Richard Winkler
und Wilhelm Fröbel in der urkomischen
Ausstattungs-Burleske
Susanne im Bade.
Um 10 Uhr: Die merkwürdigen
Welterfahrungen am sechsachen Luftred.
Drei Vasillen.
Dazu das gesamte erfolgreiche
Schauspiel- und Künstler-Personal.
Nach der Vorstellung um 11 Uhr:
Großer Tanz.
Anf. des Konzerts 8 Uhr, Vorstellung
7 Uhr. Kasseneröffnung 5 Uhr.
Entrée 50 Pf.
Billet-Vorverkauf vorm. 9. 11-1 Uhr.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger
Mensel.
Peters, Britton.
Steidl, Krone.
Rixmayer,
Schneider
und Schrader).

W. Noacks Theater,
Gruppenstraße 16.
Die schöne Ungarin.
Vollst. mit Gesang u. Tanz in 4 Akten
von Weiler und Rannschdt. Musik
von Steffen.
Jeden Sonntag, Dienstag und
Donnerstag nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Montag:
Tilly.
Auffpiel in 4 Akten v. Haunc. Stahl.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
- Im Theater abends 8 Uhr: -
"Der Sieg des Menschen über
die Natur".
Montag im Theater dasselbe.
Hörsaal: Herr G. Witt: Moderne
Sternwarten und Teleskope.
Invalidenstr. 57/58:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags 5-10 Uhr.

Berliner Aquarium
Unter den Linden 68a,
Eingang Schadowstr. 14.
Neu! Sonntag Eintrittspreis
50 Pf.
Reichhaltigste Ausstellung
der Welt an lebenden Seetieren,
Reptilien etc. 98/15

CASTANS
PANOPTICUM
165. Friedrichstrasse 165.
Neu! Die heulenden Neu!
und tanzenden
Derwische
! aus Ober-Aegypten!
Ohm Krüger * Dreyfus
Mercier * Zola.

Passage-Theater.
Anfang des
Konzerts
6 Uhr,
der
Vorstellung
7 Uhr.
Passage-
Panoptikum.
Neu!
Anatomisch.
Museum.

Victoria-Theater
C. Alexanderstr. 40. Fernh. VII 1711.
Direkt.: V. Bausenwein u. C. Emmorich.
Anfang 7 1/2 Uhr. Zum 36. Mal mit
vollständig neuer Ausstattung:
Revü! Die weiße Henne. Revü! (La poule blanche).
Bauderüste in 3 Akten von Deanequin
und Ward. Deutsch v. Volten-Bäcker.
Musik v. B. Roger. In Paris mit sensation.
Erfolge über 500 mal gegeben.

Apollo-Theater.
Abends 8 Uhr:
Frau Luna
mit dem sensationellen Luftballett:
„Grigolatis“.
Otto Reutler
The Barras
Chavita
Yumata Tlero
Blossoms
Francis Gerard
etc. etc. etc.
Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr.
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.
Vorkauf täglich im Theater und
beim „Kassierdank“, Unter den
Linden 69.

Maehrs Theater
Oranienstr. 24.
Stojen aus dem Süden.
Ausstattungs-Burleske.
Das
großartige Oktober-Programm.
Ella Messer, Kofim, Soubrette.
Mstr. Pauly, Contorsionist. Mstr.
Dobrick, Champion-Handhandlung.
Franziska Held, Soubrette. Gustav
Eulenburg, Ommant.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Vorverkaufstagen an Wochentagen gästig.
Cirkus Busch.
Sonntag, den 15. Oktober: Zwei
große Vorstellungen. Nachmittags
4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr. Nachm.
4 Uhr hat jeder Erwachsene ein Kind
unter 10 Jahren frei, weitere Kinder
auf allen Plätzen mit Ausnahme der
Galerie, abends jedoch volle Preise.
Nachm. 4 Uhr: Die Seelwien.
Stilles-Beitragen. Dressupierereien:
5 Jongle und 2 Elefanten auf dem
Spielplatz. Clown Niska mit seinem
singenden Pony und f. Ballspiel. Dogge.
Olympische Spiele. Unsere
Marine. Sports-Hill.
Morgen, abends 7 1/2 Uhr: Extra-
Abend.
Sensationell. 27500* Sensationell.
Dobricks Festsäle.
Schönhäuser Allee 161.
Neu eröffnet
mit glanzvoller Ausstattung.
Besetzung und Regeldien sind
noch für einige Tage zu vergeben.
Jeden Sonntag großer Ball.
Jeden Mittwoch gr. Tanzunterricht.
Haltestelle der Strassenbahnen.

Achtung! **Socialdemokratischer Wahlverein**
für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis
(Offen).
Am Sonntag, den 15. Oktober 1899, in Louis Kellers Festhale, Koppenstraße Nr. 29:
3. Stiftungs-Fest
bestehend in
Vokal- und Instrumental-Konzert
Auftreten der Gesellschaft Strzelewicz.
Anfang 4 Uhr. **Don 6 Uhr an TANZ.**

Turnverein „Fichte“.
(Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes.)
Sonnabend, den 4. November
Grosses Künstler-Konzert
zum Besten eines Fonds für verunglückte Turner des Vereins
im grossen Festsale der Aktienbrauerei Friedrichshain, fr. Lipps.
Mitwirkende:
Das Neue Berliner Sinfonie-Orchester unter Leitung des Musikdirektors Herrn Karl Zimmer.
Orgel: Herr Musikdirektor Kurz. Harfe: Hel. Wastler, sowie das Berliner Männer-Doppel-
Quartett „Harmonie“.
Entree 50 Pf.
Anfang präzise 8 1/2 Uhr.
Billets sind in allen mit Plakaten belegten Handlungen, sowie bei allen Turngenossen und
auf allen Turnplätzen zu haben.
Offene Kasse findet nicht statt.
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein
Das Komitee.

Sanssouci Fürstenhof, Köpnickestraße 137
nahe der Brücke.
Empfehle Säle zu Kränzchen und Versammlungen. Angenehmer Auf-
enthalt. Coullante Bedienung. 158b
M. Mörschel, Vereinshaus Jüdenstrasse 35/36.
Empfehle meinen großen Frühstücks-, Mittag- u. Abendtisch. Gut Wändener,
heller Lagerbier, f. Weine u. Franz. Billard. Vereinszimmer, 40-50 Pers. fassend,
noch einige Tage, frei. Jed. Freitag: fr. Blut- u. Leberwurst, gr. Wollfischschessen.
Graumanns Festsäle, früher Renz,
Raunynstraße 27. 195042*
Empfehle meine Säle, 900 Personen fassend (auch mit Bühne), zu allen
Festlichkeiten u. Versammlungen. Einige Sonnabende sind noch frei für Vereine.
Jeden Sonntag und Donnerstag: **Grosser Ball.**
Alle übrigen Tage steht mein Lokal zu Versammlungen zur Verfügung.
Märkischer Hof, Admiralstraße 18c.
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr. - Die Säle sind Sonnabends
und Sonntags zu allen Festlichkeiten und Versammlungen zu vergeben.
Mehrere große und kleine Vereinszimmer sind noch frei. Die Restaurations-
räume heben den geehrten Familien Sonntags u. wochentags zur Verfügung.
Vereinsbrauerei-Ausschank Rixdorf
herrlicher Garten und große Zöl.
Mittwochs und Sonntags
Gr. Frei-Konzert.
Deconomie: Martin Berndt
Borgzählige
Kaffe, Wurstpavillon,
Schleissand, Regeldamen u.
sonstige diverse Belustigungen.
Kaffeekeise von 2 Uhr ab geöffnet.
24170*) Pferdebahn vom Moritzplatz für 10 Pf. bis zur Brauerei

Hoffmanns Nord-
deutsche Säng.
Kottbuserstr. 4n.
Täglich außer Sonnabends
Anfang wochentags 8 Uhr.
Sonntags 6 1/2 Uhr.
Donnerstag und Sonntag
nach der Sotter:
Tanz-Kränzchen.
In Vorbereitung:
Die Ahnunglosen.

Alhambra
Wallner-Theater-Str. 15.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Gr. Extra-Ball, bei doppelt belegtem
Orchester. Anfang 5 Uhr.
180*)
A. Zametlat.

Kriegers Festsäle
Böttcherstraße 68
empfehle meine Säle für Privatfestlich-
keiten, Kränzchen, Vereinen und zu
Versammlungen. - Jeden Sonntag,
Dienstag u. Donnerstag: **Gr. Ball.**

Achtung! Vereine!
Englischer Garten
Alexanderstr. 27c.
Neu renoviert!
2 grosse Parkettalle sind noch einige
Sonnabende und Sonntage im Ok-
tober und November zu vergeben.
23002*)
C. Hoffmann.

Köllner Hof
Köllnerstr. 8.
Empfehle meine Säle an Vereine,
Sonnabends u. Sonntags. 24653*)

H. Grupes Tanz-Institut,
Annenstr. 16 (früher Hindenburg).
Sonntags-Rückst. der Monat 4 Pf.
Dienstagsabend-Rückst. p. Monat 4 Pf.
Säle und Vereinszimmer für Bev-
sammlungen u. Festlichkeiten. 23604*)

Gesellschaftshaus
Zwincmänderstr. 42.
Säle 150-500 Personen fassend zu
Versammlungen und Festlichkeiten zu
vergeben.
Hübner. 24160*)

Urania
Wrangelstrasse 10/11.
Jeden Sonntag: 24155*)
Grosser Ball.
Anf. 4 Uhr. Siehe Anschlagtafel.
Empfehle mein Lokal zu Fest-
lichkeiten und Versammlungen.

M. Krügers
Speise-Leinöl
frisch und garantiert
rein **nur aus**
solchen Flaschen
überall erhältlich. 238502
Engros-Lager
SO., Skalitzerstr. 105.
Nur Montag und Dienstag
verkaufe einzeln die Restbestände
meines Engros-Lagers:
Damen-Kostüme a 4,- -10 Pf.
Jadent-Kostüme a 5,- -24 Pf.
Wollcapen u. Regenmäntel a 6,- -18 Pf.
Moritz Kutsch, Taubstr. 23, II.

M. Mörschel, Vereinshaus Jüdenstrasse 35/36.
Empfehle meinen großen Frühstücks-, Mittag- u. Abendtisch. Gut Wändener,
heller Lagerbier, f. Weine u. Franz. Billard. Vereinszimmer, 40-50 Pers. fassend,
noch einige Tage, frei. Jed. Freitag: fr. Blut- u. Leberwurst, gr. Wollfischschessen.

Graumanns Festsäle, früher Renz,
Raunynstraße 27. 195042*
Empfehle meine Säle, 900 Personen fassend (auch mit Bühne), zu allen
Festlichkeiten u. Versammlungen. Einige Sonnabende sind noch frei für Vereine.
Jeden Sonntag und Donnerstag: **Grosser Ball.**
Alle übrigen Tage steht mein Lokal zu Versammlungen zur Verfügung.

Märkischer Hof, Admiralstraße 18c.
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr. - Die Säle sind Sonnabends
und Sonntags zu allen Festlichkeiten und Versammlungen zu vergeben.
Mehrere große und kleine Vereinszimmer sind noch frei. Die Restaurations-
räume heben den geehrten Familien Sonntags u. wochentags zur Verfügung.

Vereinsbrauerei-Ausschank Rixdorf
herrlicher Garten und große Zöl.
Mittwochs und Sonntags
Gr. Frei-Konzert.

Deconomie: Martin Berndt
Borgzählige
Kaffe, Wurstpavillon,
Schleissand, Regeldamen u.
sonstige diverse Belustigungen.
Kaffeekeise von 2 Uhr ab geöffnet.
24170*) Pferdebahn vom Moritzplatz für 10 Pf. bis zur Brauerei

Charlottenburg. Empfehle allen Freunden und Partei-
genossen mein neues Lokal **Bismarck-**
straße 34. Vereinszimmer, 120 Personen
fassend. 20770*)

H. Wernicke, früher „Bismarckshöhe“.

Ausnahmepreise!
Montag, Dienstag, Mittwoch.
Kleiderstoffe.
Roben von 6 Wtr. 1.75, 2.40, 3.00.
Pr. Bettdecken Wtr. 30 Pf. 25 Pf. 30 Pf.
Pr. federdicke Einletts 35 Pf. 45 Pf. 60 Pf.

Handtücher Tischtücher Servietten
1/10 Stk. 25 Pf. Stk. 40 Pf. Stk. 25 Pf.
Gardinen, Wtr. 10 Pf. 23 Pf. 27 Pf. 39 Pf. 45 Pf. 65 Pf.
Läufer, Wtr. 20 Pf. 32 Pf. 45 Pf. 60 Pf. bis 1.10.
Portieren, Wtr. 14 Pf. 30 Pf. 55 Pf. 85 Pf.
Bettvorleger, Stk. 40 Pf. 65 Pf. 95 Pf. 1.75.
Steppdecken 2.25, 2.95. Rein Wolle 3.65.
Bettdecken von 1.25, 1.45, 1.85, 2.00.
Weisse Damen-Banden Normal-Banden Herren-Beinkleider
1.25, 79 Pf. 65 Pf.
Ein Posten Regenschirme 1.45.
Damen-Hüte 25 Pf. 45 Pf. 85 Pf. 1.25.

J. Loewenberg,
Müllerstraße 163a, Ecke Burgsdorferstraße.
Bei Einkauf von 1 Wtr. an erbt jeder Käufer am
Montag und Dienstag einen praktischen Wirtschaftsgegenstand
als Zugabe.

WURZE ^{Deine} SUPPEN mit MAGGI

Wenige Tropfen genügen, um augenblicklich jede Suppe und jede schwache Bouillon überraschend gut und kräftig zu machen. Die Originalflaschen sind mit einem Würzsparett versehen. Zu haben in allen Delikatess- und Kolonialwaren-Geschäften. Flaschen zu 65 Pf. werden für 45 Pf., solche zu 1.10 für 70 Pf. nachgefüllt.

Kaufhaus Max Mannheim

89, Frankfurter Allee 89.

➔ Saison-Neuheiten in Kleiderstoffen, Wolle und Seide ➔

vom einfachsten bis zum elegantesten Genre.

Hauskleiderstoffe, Meter 27, 38, 45, 60 Pf. Reinwollene Cheviots, Meter 0,45, 0,75, 1,00 Mk. Reinwollene Crêpes und Amures, Meter 0,78, 1,25, 1,50 Mk.

Mein grosses Lager in Nouveautés befriedigt selbst den vornehmsten Geschmack.

Mohair-Karos, Mtr. 75 Pf. | Tuch- u. Angora-Karos, Mtr. 1,25 Pf. | Einfarbige u. melierte Damantuche Mtr. 1,45 M. | Effektvolle Mohair-Schleifenstoffe Mtr. 0,75 M.
Mohair-Frieses, " 85 | Seidenfrieses " 1,50 | Himalaja-Fantasie-Kleiderstoffe " 1,65 | Covert-Coatings und Zwirnstoffe " 1,50

Neuheiten in schwarz und gemustert Alpaca, doppeltbreit, Mtr. 0,75, 0,90, 1,00 Mk.

Seidenplüsch, Mtr. 0,77, 1,00 Mk. Echt Lindener Zephir-Sammet, schwarz und coul. in allen Farben, Mtr. 0,65, 0,75, 1,25 Mk.

Seid. Mervellieux, schwarz und coul. in allen Farben Mtr. 70 Pf. | Ein Posten englischer Kleiderstoffe anstatt 1,00 Mk., 42 Pf.
Ein Posten reins. Amures und Damasses mit Webefehlern 75 | Ein Posten Wintervelours anstatt 60 Pf., 27 Pf.

Zur Ball-Saison:

Reinwollene Crêpes, doppeltbreit in allen Farben Mtr. 45, 60, 75 Pf. | Reinwollener Cachemir, doppeltbreit 85, 95, 105 Pf.
Seidene Façonnés, doppeltbreit in allen Farben Mtr. 1,15, 1,25, 1,50 Mk. | Seiden-Alpaca, doppeltbreit Mtr. 1,15, 1,25, 1,50 "

Neuheiten in Unterröcken, Wolle und Seide.

Semelline auf der Sohle

Nützlichste Erfindung des 19. Jahrhunderts.
4fache Haltbarkeit der Sohlen!
Schutz gegen kalte und nasse Füsse!
Glänzend bewährt!

Original-Papiere, Nachbestellungen, Anerkennungen von Civil- und Militärbehörden liegen bei mir zur Einsicht aus. Ueber General-Vertretung anderer Städte und Exporteure etc. erteile Anskunft. Sämtliche Depots werden veröffentlicht. Beschreibung und Danksagungen in jedem Geschäft, wo Plakat sichtbar, zu haben.

1 Tube reicht zum Einreiben für 2 Paar Sohlen auf ein Jahr.

Eugen Fass, Repräsentant für Norddeutschland, Fasanenstrasse 48.
Generalvertreter und Lager für Berlin bei Herrn S. Wallach,
SW., Hagelsbergerstr. 36. T-A IX, 6193.

Möbel,
Spiegel u. Polsterwaren
reell zu soliden Preisen, empfiehlt
H. Strelow, Tischlermeister
Rixdorf, Richardstr. 116,
am Denkmäl.

Teilzahlung monatlich 10 M.
liefert elegante
Herrngarderobe
u. Raff. Tomporowski, Schneiderstr.
Reanderstr. 10. II. an der Künsterstr.
(Auch bar Kassja billige Preise.) *

Möbel auf Teilzahlung.
J. Kellermann,
Prinzenstr. 97,
parterre, Eingang vom Flur. *

En gros. **Cigarren.** Versand.

Konkurrenzlos billig, reellste Fabrikate!
Für die Reellität der Fabrikate sprechen zahlreiche Anerkennungen!
Unstreitig vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

No. 3.		100 Stück Mk. 2,25.
No. 5.		100 St. Mk. 2,50.
Nanki Poo		100 St. Mk. 3,00
No. 8.		100 Stück. Mk. 3,50.

Zerner empfehlen folgende Marken aus durchweg geschmackvoll zusammengestellten hochfeinen Gewächsen in normalen modernsten Farben:

Sumatra.	St. Felix Brasil.	Havanna u. Mexiko.
Amoroso . . . 100 St. Mk. 3.-	Brillante . . . 100 St. Mk. 3,25	Perla Meicana 100 St. Mk. 5.-
Cuba 3,50	St. Felix Brasil . . . 4,50	Mexicanos 5,50
Alvarez 3,75	St. Felix in Orig. Kisten	Walküre 6,50
Elvira 4,50	250 St. enthaltend franco. 12,50	Milena 8.-

Bedingungen: Versand u. Verkauf nicht unter 100 Stück von einer Marke - 300 St. portofrei unter Nachnahme. - Nichtkonvenientes erbiten, auch angebrochen, auf unsere Kosten gegen Rückhaltung des gezahlten Betrages zurück; - daher keinerlei Risiko für den Besteller. Im Falle der Rücksendung dürfen aus jeder Kiste 4 St. probeweise unentgeltlich geraucht sein. - Bei Entnahme von 500 St. gewähren 3 Prozent, bei 1000 Stück 6 Prozent Rabatt, wenn sich Besteller auf diese Zeitung bezieht.

Czollek & Geballe, Engros-Lager, **Berlin C. Spandauer Brücke 9,**
3. Haus vom Hufeisen Markt.

Preisliste franco.

Central-Leihhaus, Jägerstr. 72, Ecke Kanonierstr.

Grösstes Etablissement seiner Art in Berlin. Täglicher Verkauf von eleganten, modernen Herbst- und Winter-Paletots und Anzügen von Mk. 10, 12, 15, 20, 25-30 Prima. Knaben- und Jünglings-Anzüge, Kammgarn-Salon-Anzüge, Hochzeits-Anzüge, Alles fabelhaft billig. Goldene und silberne Herren- und Damen-Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren, Teppiche, Herren- und Damen-Stiefel. Tausende eleganter Herren-Garderoben sind jetzt zur Winter-Saison zum billigsten Verkauf gestellt und sind Bauch-Sachen, selbst für die korpulentesten Herren passend, in grosser Auswahl vorhanden. Auch sind die bekannten Monatssachen (in den feinsten Werkstätten teils auf Seide nach Mass bestellt) vorrätig. Geh- und Reisepelze für Herren. - Mäntel. - Joppen. - Schlafrocke. Winter-Damen-Mäntel, Capes u. Jacketts, auch Herren-Gummimäntel neuester Façons, zu spottbilligen Preisen. Poliz. conc. Leihhaus.

Auch Sonntags geöffnet von 7-10, 12-2.

Parteitag der deutschen Socialdemokratie.

Sechster Verhandlungstag. Hannover, den 14. Oktober. Vormittagssitzung.

9 1/4 Uhr. Den Vorsitz führt Blume. Die Diskussion über Punkt 6 der Tagesordnung wird fortgesetzt. Ein von Adolf Hoffmann, Berlin und Frau Zeitlin, Stuttgart gestellter Antrag, der Parteitag möge Schippel die Mitgliedschaft ausprechen, weil er durch seinen Hegrim-Artikel die Partei schwer beleidigt und in ihrem Ansehen geschädigt habe, findet nicht genügende Unterstützung.

Zubeil-Berlin:

Parteilgenossen! Schippel sagte gestern, es sei jedem, der Lust dazu gehabt habe, ein Leichtsames gewesen, zu erfahren, wer hinter dem Pseudonym Hegrim zu suchen wäre. Nun, nach meiner Kenntnis haben selbst ein paar Dutzend meiner engsten Fraktionskollegen nicht gewagt, daß der launische Schippel sich bis zu einem solchen „Hegrimischen“ Menschen durchzumanieren konnte. (Weiterkeit.) Keiner von uns hat gewagt, daß hinter diesem Pseudonym unser Kollege Schippel stehe. Da ist doch Heine ganz anders verfahren; er ist öffentlich aufgetreten und hat das, was er ausgesprochen, mit seinem Namen gedeckt. (Sehr richtig!) Aber daß ein Genosse, der eine Vertrauensstellung in der Partei einnimmt, anderen Genossen pseudonym in den Rücken fällt, das habe ich in unserer Partei glücklicherweise noch nicht erlebt, und ich habe doch auch schon lange Jahre in unseren Reihen gekämpft. Dem Genossen Heine ist ja in Stuttgart der Text gelesen worden, über ihn will ich mich also nicht mehr aufhalten. Was aber Schippel betrifft, so kann ich nur sagen: Ich habe im vorigen Jahre, als uns die Flottenvorlage unterbreitet wurde, mit dem bekannten Pastor Raumann angehöret, und dieser hat alles das, was Schippel gestern ausgesprochen hat, noch weit besser ausgeführt. (Sehr gut!) So gut, so gründlich wie Pastor Raumann, hat Schippel gar nicht gesprochen. Ich behaupte: Wenn Schippel nicht unter einem Pseudonym geschrieben hätte, so hätte er überhaupt nicht schreiben können. (Sehr richtig!) Und kommt denn bei der Frage „Militarismus oder stehendes Heer“ nur der Geldpunkt in Betracht? Weich Schippel denn nicht, daß das Geld erst in letzter Linie hier für uns bestimmend ist? Wer als junger Mann ins Heer eintritt, hinter wen sich einmal die Reserventhore geschlossen haben, der findet mit eisernem Griffel eingeschrieben: Du hast jeden Befehl aus der Stelle ohne Widerrede, ohne eine Miene zu zeigen, zu erfüllen. (Sehr richtig!) Wir müssen die Blüte der Nation schützen, sie muß der Produktion erhalten bleiben. Wir haben stets zur Genüge bewiesen, daß wir nicht ausschließlich nach den Kosten fragen. Ist Weibel nicht stets für die Beseitigung der Auswüchse des Militarismus eingetreten? (Sehr richtig.) Hat er nicht das warme Abendrot stets für die Soldaten gefordert, das doch auch Geld kostet? Es ist Pflicht eines Socialdemokraten, dafür zu sorgen, daß die jungen Leute, die ins Heer treten, dagegen geschützt werden, daß sie nicht zuviel Schaden an Leib und Seele leiden. (Weisfall.)

Wir können nicht begreifen, wie Schippel dazu kommen konnte, einen derartigen Artikel zu schreiben. Wir haben ja den Genossen Schippel kennen gelernt. Einst war er, der Radiale, unsere Hoffnung (Weiterkeit), dann war er der geistige Inspirator der Bewegung der Unabhängigen. (Sehr richtig!) Parteilgenossen! Wer sich soweit durchgemauert hat, der mauert sich noch weiter. Raumann und Konjorten haben denn auch schon ihre heißste Freunde an ihrem Zukunftsgegenseiten Schippel! (Weiterkeit.)

Wolfgang Heine:

Parteilgenossen! Ich will Ihnen nicht einen langen Vortrag über das Militärowesen halten, denn ich selber verstehe von der Sache nichts. Ich habe ja meine Militärzeit gedient, bin aber in meiner unteren Charge nicht in der Lage gewesen, so tief in die Geheimnisse der Kriegswissenschaft und der Heeresleitung einzudringen, um mir aus eigener Erfahrung ein praktisches Urteil zu bilden. Ich habe zweitens auch diesen Sommer nicht Gelegenheit gehabt, die Schriften unserer Kriegstheoretiker Schippel und Kaunitz zu lesen; diese müssen also die Sache unter sich ausmachen.

Gestern habe ich mich mit Erläuterungen auch auf dem Armenländerbänken gefunden; beinahe wäre ich schon vorher abgereist gewesen. Nun könnte ich mich ja vielleicht auf den Standpunkt stellen, die ganze Sache ist voriges Jahr in Stuttgart schon abgehandelt und abgeurteilt worden nach allen Regeln der Kunst. Als Nachgebittener sind mir ja da die Damen Luxemburg und Zeitlin entgegengetreten und haben das Schwert der Justiz geschwungen und, wie wenigstens Frau Zeitlin in der „Gleichheit“ behauptet hat, haben sie auch einen vollen unbestrittenen Sieg errungen. (Weiterkeit.) Ich glaube, diese Diskussion in Stuttgart, der ich mit den Damen ausgesetzt war, wäre doch Strafe genug für mich gewesen. (Weiterkeit.) Aber wie lange soll die Geschichte weiter gehen? (Sehr wahr!) Schließlich kann ich ja dem Referenten dankbar sein, daß ich Gelegenheit erhalten habe, noch einmal der Legendenbildung entgegen zu treten, gegen die ich mich schon in Stuttgart verwahren mußte. Trotz aller Erklärungen ist man in gewissen Organen und Versammlungen dabei geblieben: Der Heine hat Kanonen gegen Volksrechte geben wollen! Das ist richtig, aber es ist verschwiegen worden, daß ich hinzugefügt habe: Dieser Regierung und unter den heutigen Umständen nie einen Mann und einen Groschen und daß wahrscheinlich auch für die nächsten Generationen nicht diese Lage eintreten werde. Und da dies verschwiegen wurde, da was natürlich in der Partei der kleinste Daß klug genug, über dieses dumme Luder von einem Reichstags-Abgeordneten seine Witze zu machen, dem nicht einmal weis, daß man Kanonen auch gegen das Volk gebrauchen könne. Da haben wir immer diese Kloutale gehabt: Heine-Schippel, Schippel-Kuer, Verstein-Heine usw. (Weiterkeit.) mit Varianten, die mich an das Lied erinnern: Wenn der Wops mit der Wurst über den Himmel springt! (Weiterkeit.) Nur bin ich ja als Jüngster und Unerfahrenster in gute Gesellschaft geraten.

Der Referent ist durch lokale Verlesung dessen, was ich gesagt habe, der Legendenbildung entgegen getreten. Bei der Stelle: Kanonen gegen Volksrechte, rief jemand: Hör! hör! Warum hat denn dieser Herr mit dem großen Stimmorgan nicht hör! hör! gerufen, als ich dann die Zulage machte, auf die es ankam, daß man nichts bewilligen dürfe, was unjähren Ziele, der Fortbildung des heutigen Armeesystems zur Vollbewaffnung und zur Militärentgegenwirken würde, und alle meine weiteren Ausführungen, die, ich denke, deutlich genug waren, so z. B., daß ich nur eine solche Kompensationspolitik für zulässig erklärte, bei der es ausgeschlossen ist, daß sie zum Verrat der Prinzipien und Ideale wird. Da war er still, da hat er nicht hör! hör! gerufen (hör! hör!) und in dieser einseitigen Betonung der einen Stelle sehe ich wieder den Versuch dieses guten Freundes, die Legendenbildung fortzuführen.

Auf die Frage der Kompensationspolitik gehe ich nicht ein, die hat mit der heutigen Debatte gar nichts zu thun. Kompensationspolitik können wir auf allen Gebieten treiben, thun es auch; wir haben gestern eine Resolution angenommen, die das sanktioniert. (Sehr gut.)

Nun hat Frau Rosa Luxemburg gesagt — ach, ich will diesen Punkt streichen; es lohnt sich nicht!

Es ist die Frage aufgeworfen: wenn die Frage akademisch ist, weshalb hast Du sie erörtert? (Sehr richtig!) Ich gebe durchaus zu, es war eine völlig unnötige Erörterung in jener Versammlung

(hört, hört!), und ich selber würde ein Tadelvotum gegen mich beantragen, wenn ich sie mutwillig oder auch nur aus Ungehörigkeit angeregt hätte. Aber auch darüber giebt meine Rede Auskunft: Ich habe mich nur dagegen wenden wollen, daß man grundsätzlich eine solche Politik für unzulässig erklärt und bei jeder Anwendung einer solchen Möglichkeit über Prinzipienverrat frei. Und da muß ich Ihnen erzählen, wie ich zu der Sache gekommen bin.

Nun bot mir die Kandidatur im dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis an; es kamen einige Delegierte der Genossen und schlugen sie mir vor. Ich hatte zwei Tage vorher in den Zeitungen die Rede gelesen, die in einer Versammlung dieses Wahlkreises aus Anlaß der Hamburger Diskussion in einer höchst unangemessenen Form Kuer angriff. Ich kannte die Verhältnisse im dritten Wahlkreis nicht und glaube, der betreffende Herr drückte die Stimmung der Genossen aus; und als die Genossen zu mir kamen, da sagte ich: „Nein, ich bin nicht Euer Mann. Das und das hat in den Zeitungen gestanden, und ich muß Euch sagen, daß ich vollständig Kuer zustimme. Außerdem ist dieser persönlich gebärgte Ton mir so zuwider, daß ich glaube, wie werden uns nicht miteinander vertragen.“ Ich habe Ihnen aber auch gesagt, warum ich dem Kuerischen Standpunkt nahe stehe. Und Vertrauen gegen Vertrauen, habe ich Ihnen unter vier Augen meine Meinung über einige Punkte gesagt, damit wir uns gegenseitig kennen lernen. Deswegen wird mich kein Mensch tadeln. Es vergangen Monate, ich erfuhr, daß man von meiner Kandidatur absehe, und keiner war froher als ich; denn ich hatte solche Erörterungen, die zu gar nichts führen. Dann wurde mir mitgeteilt, daß ich kandidieren solle. Kein Mensch hatte mir gesagt, daß plötzlich der Versuch gemacht worden sei, einen Gewissenshärter der Partei mir entgegenzustellen und meiner Kandidatur ein Vein zu stellen. Hätte ich das gewußt, dann hätte ich gesagt: bitte, wenn ihr nicht einig seid, dann danke ich dafür!

Nun wurde die Frage an mich gerichtet, wie ich zum Militarismus stehe. Was hatte diese Frage für einen Zweck? Der Fraktionsgenosse, der sie stellte, kannte meine Stellung. Er fragte also nicht aus Mißbegier, sondern um mir ein Vein zu stellen (Zurück: und selbst gewählt zu werden!) — nein, bitte, es war nicht mein Gegenkandidat Ledebour, und ich weiß auch nicht, ob er die Hand mit im Spiele hatte. Nun will ich den Genossen — und darauf bitte ich ganz genau zu achten — durchaus nicht das Recht bestreiten, solche Fragen an die Kandidaten zu stellen; wo können wir hin, wenn wir sie nicht auf Herz und Nieren prüfen wollten. Aber das muß ich doch sagen: wer die Frage unter solchen Umständen und an solchem Orte stellte, übernimmt dann auch die Verantwortung für die Folgen. (Sehr richtig!) Denn daß, wenn gefragt wird, auch beantwortet werden muß, ist selbstverständlich. Also, wenn viele durchaus unnütze Diskussion in die Wege geleitet ist, trage nicht ich die Schuld. Der Fragesteller hat sein Recht ausgeübt; aber wenn das für die Partei schädlich ist, weshalb schweig er nicht? Ich hätte ja allerdings erklären können: auf eine solche Frage antworte ich nicht, die Diskussion ist schädlich, deshalb ziehe ich die Kandidatur zurück! Das wäre rücksichtslos gegen die Mehrheit der Genossen des Wahlkreises gewesen, die mich aufgestellt hatten, und dann, in welches Licht wäre ich gekommen! Da mußten doch die Leute sagen: was muß der Heine für Ansichten haben, daß er es nicht wagt, sie laut werden zu lassen! (Sehr richtig!) Und darüber brauche ich nicht erst zu reden: Lügen oder Vertuschen oder Verschleiern ist bei mir vollkommen ausgeschlossen, was ich gesagt habe, habe ich gesagt und dazu bekeme ich mich! (Weisfall.) Und wenn in der Zeitung vor mir gestanden hat: Das ist immer die Manier, hinterher zu rufen, man sei mißverstanden worden — nein, ich bin nicht mißverstanden worden; wogegen ich mich verwahrt habe, sind geistliche Verdrehungen und Unterstellungen, wie sie von gewisser Seite erfolgt sind, und dagegen verwalte ich mich auch heute.

Ich habe also meine Meinung gesagt, und die Genossen des dritten Wahlkreises haben mich nicht mißverstanden; mit ungeheurer Majorität wurde meine Kandidatur beschlossen. Mir wäre es ganz lieb gewesen, wenn es nicht der Fall gewesen wäre. Ich hatte noch an dem Abend Ledebour versprochen: wenn Sie aufgestellt werden, bin ich der eifrigste, der für Ihre Kandidatur wirkt; er versprach es mir auch. (Große Heiterkeit.)

Ich relativiere folgendes: Entstanden ist diese ganze Erörterung dadurch, daß ich unter vier Augen zu den Genossen, die mir ihr Vertrauen schenken, vertrauliche Äußerungen gethan habe, die entsprungen sind dem Grimm über die Intoleranz und die Hege, die hier in der Partei bei jeder Gelegenheit getrieben wird, wenn einer einmal etwas sagt, was ihm wider die Ehre ist, in specie der Empörung über die Hege gegen Kuer. Als dann die Erklärung kam, da wußte ich, daß ich sofort eine ebensolche Hege gegen mich einsetzte. Aber ich habe mir gesagt: es giebt Leute, die bedürfen der Enttäuschung als einer notwendigen Motion für ihre Verdammung und ihr persönliches Wohlfinden. (Weiterkeit.) Aber von den Vertretern der Gesamtpartei verlange und erwarte ich, daß sie dafür sorgen, daß diese Hege jetzt endlich zur Ruhe kommt (Lebhafte Zustimmung) und daß sie mich beneuteln nach meinen Leistungen für die Partei, zu denen ich ja bisher wenig Gelegenheit gehabt habe. Ich verlange ja keine Resolution; aber geben Sie dem endlich einmal Ausdruck, daß diese Art und Weise, wie diese geist- und gedankenlose Hege immer weiter geht, rein aus Freude am Standal, ein Ende nimmt; lagen Sie es mit der nötigen Deutlichkeit. Es ist Sache der Gesamtpartei, denen, die es angeht, die Wege zu weisen. (Lebhafte Weisfall.)

Ledebour:

Parteilgenossen! In meinem großen Bedauern hat Genosse Heine genau so wie vorher diejenigen, die mit ihm sind, abermals den Ton der persönlichen Insinuation und Beleidigung angeschlagen. (Unruhe.) Ich konstatiere zunächst, daß er um das Doppelte die Redezeit überschritten hat. Ich bin gleichfalls zu längeren Ausführungen genötigt. Heine hat den Eindruck hervorzurufen verstanden, als hätte ich ihm einen schönen Streich gespielt und Knüttel zwischen die Beine geworfen. Ich habe in jener Versammlung des dritten Wahlkreises erklärt, daß ich jeden Kandidaten unterstützen würde, der hier aufgestellt werde. Es war noch ein dritter Kandidat, Börner, vorhanden. Und ein Anhänger Börners, nicht ein Freund von mir, hat die betr. Frage an Heine gestellt. Heine aber auch hier wieder die verdrehte Insinuation ausgesprochen und so geredet, daß es herausklang, als ob ich die Hand im Spiel hätte. Ich habe mein Versprechen gehalten. Ich habe in der ersten Wählerversammlung das Referat übernommen, und der Vertrauensmann des dritten Wahlkreises hat mir selber erklärt, er hätte nicht geglaubt, daß ich das Referat übernehmen würde. Ich habe in diesem Referat jedwede Verächtung der Frage vermieden und nicht im geringsten irgend eine Meinungsdivergenz zwischen uns betont. Heine selber hat in der Diskussion ausdrücklich erklärt, er sei mit allem einverstanden, was ich gesagt habe. (Hört! hört!) Hier aber sagt er in einer ironischen Wendung, ich hätte mein Versprechen nicht gehalten. Es ist schlimm genug, daß man sich gegen solche verdrehten Insinuationen wehren muß. (Oh! Oh!) Wenn jener Parteilgenosse im dritten Wahlkreis die Frage an Heine gerichtet hat, so war es sein gutes Recht. (Unruhe. Auf: Zur Sache! Zur Sache!) Heine hat das hier vorgebrocht: soll es mir da unterbunden werden, darauf einzugehen? Die Parteilgenossen müssen wissen, wie der Kandidat über alle wichtigen Fragen denkt. (Sehr richtig!) Es ist eine direkte Verleumdung des Verhältnisses, in dem der Kandidat den Wählern gegenüber steht, wenn Heine sich beschwert fühlt, daß solche Fragen an ihn gestellt worden sind. Ich muß das Urteil darüber der Versammlung überlassen. (Unruhe.) Eine solche niedrige Art und Weise, wie Heine hier polemisiert hat, wie er von „Wops“ und „Spundapf“ geredet hat, hat noch niemand auf einem Parteitag vorgebracht. (Große Unruhe.) Schippel hat gestern hier die

„Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ und einen Artikel daraus erwähnt. Ich muß mich schuldig bekennen, daß ich mich auch einen Augenblick habe täuschen lassen und geglaubt habe, Schippel habe wirklich den Beweis geliefert, den er liefern wollte. Er hatte darauf hingewiesen, daß das allgemeine Stimmrecht als Korrelat die allgemeine Wehrpflicht fordere. Daraus schließt er dann, daß auch die Frauen zur Landesverteidigung verpflichtet sein müßten. Dann erregte er damit die Heiterkeit, daß er zum Beweise dafür, daß solche Schlussfolgerungen wirklich gezogen sind, aus der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ — er sprach von unserem revolutionären Organ — eine Stelle anführte, die angeblich das beweisen sollte. Da dieses Citat aus einer Zeit stammt, wo ich noch nicht Redacteur der Zeitung war, und ich deshalb die Stelle nicht kannte, ließ ich mich dazu verleiten, zu glauben, daß sie wirklich das beweise, was Schippel damit beweisen wollte, daß nämlich darin die Anregung enthalten sei, auch die Frauen zur Landesverteidigung zu verpflichten. Da wäre natürlich ein lustiger und ich verwarfte mich durch einen Zwischenruf dagegen, solche Ansichten zu teilen. Nach Einsicht in das Citat sah ich, daß es ganz etwas anderes sagte, nämlich weiter nichts, als daß sich auch junge Mädchen in den Waffen bilden könnten. Das ist ganz etwas anderes als Ihnen die Landesverteidigungs-Pflicht aufzuerlegen. (Sehr richtig!)

Ich komme nun zu anderen Ausführungen Schippels. Seine ganze Taktik war, den Glauben zu erwecken, daß das, was er ausgesprochen hatte, tatsächlich den augenblicklichen Anschauungen der Partei entspreche. Nichts ist unrichtiger als gerade das. (Sehr richtig!) Er hat in seiner Rede vielmehr den Beweis geliefert, wie vollständig er abgewichen ist von den Anschauungen und Empfindungen der Partei. (Sehr richtig.) Als er von Angriffskriegen sprach, da geriet er bei der Schilderung der Gefahren, die dem deutschen Volk drohen, in eine so warme Begeisterung, daß ich unwillkürlich erinert wurde an die Septemberflugblätter. Es fehlte nur noch der Hofan, der die letzte Stab aus dem Stall herausgeführt, und der Juubel, der das Kind aufspießt. (Sehr richtig. Unruhe.) Das war die Stimmung, die die Schippelsche Rede beherrschte. Als Beweis dafür, wie es mit Angriffskriegen steht, weise ich auf Transvaal hin. Niemand wird im Zweifel sein, daß es seit Menschengedenken keinen brutaleren und empörenderen Angriffskrieg gegeben hat, als dieser Krieg der Engländer gegen die Boeren. (Sehr richtig!) Taktisch genommen, handelt es sich aber um einen Angriffskrieg der Boeren gegen die Engländer; die Boeren haben auch den Krieg erklärt, während sie in Wirklichkeit die „Ingegriffenen“ sind. Weiter aber wird dort unten der Beweis geliefert, daß auch ein Militärheer zum Angriffskriege übergehen kann. Und im Boerenkriege wird sich ja auch zeigen, wie sich Militärtruppen zu schlagen verstehen. Schippel suchte zu beweisen, daß seine Anschauungen immer schon in der Partei vertreten worden seien. Da laßt im ihm einen Gegenzeugen aufweisen, Richard Fischer, der im zweiten Wahlkreise gesagt hat: Jawohl, was Schippel gesagt hat, sind neue Ideen, woran sich die Partei ebenso gewöhnen wird, wie an die Beteiligung bei den preussischen Landtagswahlen.

Rebel:

Zu seiner Rede hat Hege Schippel dahin apostrophiert, daß er sagte: Wenn ich — Hege — in einer so beleidigenden und herabsetzenden Weise mich über die Gesamtpartei ausgesprochen hätte, wie Sie es in Ihrem Artikel in den „Soz. Mon.“ gethan, so würde ich — Hege — mich fragen, ob ich noch ferner einer solchen Partei angehören könnte. Darauf hat Schippel erklärt, es sei unklar, daß er die Partei angegriffen habe, er habe nur einen Schriftsteller der Partei angegriffen. Insofern Schippel behauptet, er habe die Partei nicht angegriffen, ist diese Erklärung eine Unwahrheit. Ich erlaube mir, Ihnen kurz den betreffenden Satz vorzulesen, weil auch das charakteristisch ist für die Kampfesweise Schippels in einem Moment, wo er wahrhaftig alles andere ihm sollte, als mit ebener Stirn hier anzutreten. Es heißt in dem Artikel: „In ihrer allgemeinen Auffassung des Militarismus“ — ich spreche nicht von parlamentarischer und agitatorischer Verläumdung konkreter militärischer Forderungen — hat die Socialdemokratie noch immer sehr viel Ähnlichkeit mit jenen sonderbaren Schwärmern, die mit einem Male entdedt haben, daß an Stelle des wilden, verdohten Fleischgenusses der Vergangenheit in Zukunft die zahme vegetabilische Vereinarung den Menschen nicht bloß körperlich erhalten, sondern auch in jeder Beziehung veredeln müsse — oder die alle medizinischen Greuel und Scheuöl in endlos rieselndem Wasser zu erlüssen trachten, die im Jankpfaus den Nain der Wölfer sehen, und denen selbst Vaccinus und Gambrius nur gismüderliche Scheusale sind. Hier wie dort dieselbe verblüffende Kritikallosigkeit, aber auch derselbe heilige Eifer, halbwahre und halbverdante Schlagworte sofort zu einem System aufzubauen, das alle Wahrheit ausschließt und alles Heil bringt, und gegen das nur unverbesserliche Barbaren und Schwachköpfe ankämpfen können.“ So lange ich denken kann, ist niemals von einem innerhalb einer Partei stehenden Manne eine solche Schamähnung und Beleidigung gegen die Gesamtpartei in einer bestimmten Frage ausgesprochen. (Sehr wahr!) Allerdings, wie die Partei darüber denkt, was sie thun will, das ist ihre Sache.

Weiter hat Schippel auch gegen einen Parteilgenossen einen Angriff gerichtet. Er schreibt: „Hier wie dort derselbe Glaube an die grabierenden Hälle“, mit denen alles Wissen und Können der Gegner ein für allemal vor dem höchsten Richterstuhl der Vernunft und der Geschichte zermalmend verurteilt ist. Selbst der Ton, in dem die neue Auflage des alten Bürgerkadetten-Ideals vom militärischen Fachmann spricht, könne gewöhnlich kaum überboten werden durch die Mischung von gnädiger moralischer Herablassung und vernichtender geistiger Heberlegenheit, mit der der rosig verklärte Wasserapostel das finstere Scheuöl von ärztlichem Fachmann in die Wollschlaucht hinabschleudert.“ Dieser Artikel ist pseudonym erschienen, Schippel hat nicht gewagt, seinen Namen darunter zu setzen, und Zubeil hat mit Recht betont, daß er unter seinem Namen den Artikel garnicht hätte schreiben können, weil er gewiß war, daß derselbe einen Sturm der Entrüstung hervorzurufen würde. Die Sache ist in der Fraktion zur Sprache gekommen, Schippel hat zugegeben, daß ich mit dem Parteilgenossen gemeint war, aber er hat in der Offenheit kein Wort der Entschuldigung gesagt, um diese schändlichen und erbärmlichen Verleumdungen gegen mich zurückzunehmen. Mehr noch! Gestern, als ich Hege auf diese Art der gemeinen Kundredeweise angesprochen, da ist er — was er doch thun müßte, wenn er auch nur einen Funken Moral im Leib hätte — nicht dazu übergegangen, sich wegen der Form zu entschuldigen, sondern er hat gesagt: Es ist wahr, daß ich in diesem Ton geschrieben habe, aber da gehört ja bei und zum täglichen Brod, das ist bei uns Gewohnheit. Eine solche Behauptung, die abermals wieder eine schwere Verleumdung der Partei ist, ist mir noch niemals vorgekommen. Nachdem ich Ihnen gesagt haben werde, was das für ein Mann ist, der mich in so herabwürdigender Weise angreift, werden Sie es verständlich finden, daß ich für einen solchen Menschen nichts als die tiefste Verachtung empfinde. (Unruhe.) Schippel sagt, jeder Fraktionskollege habe gewußt, wer hinter der Pseudonymität stehe. Zubeil hat schon nachgewiesen, daß das unrichtig ist. Ich selbst hatte einen anderen Berliner Fraktionskollegen, der ebenfalls hier in die Debatte gezogen ist, in Verdacht, der Mitemitter zu sein. Ich habe Kaunitz gegenüber einen Verdacht geäußert. Der aber sagte: da ist der ganze Form des Artikels nach völlig ausgeschlossen. Am nächsten Tage kam dann Kaunitz und sagte: Jetzt weiß ich, Wehring hat mich darauf aufmerksam gemacht, daß es Schippel ist. Selbst die „Soziale Praxis“ hat erklärt, dies sei der schwerste und unerhörteste Angriff, der jemals innerhalb der Partei gegen die Partei laut geworden sei. Nun, die moralische Beurteilung eines solchen Mannes, der so verfährt wie Schippel, überlasse ich mich der Offenheit.

Schippel hat, wie Geher nachgewiesen, insofern eine Fälschung begangen, als er die entscheidenden Stellen von Engels unterdrückt. Jeder andere, dem ein so schwerer Vorwurf gemacht wird, hätte nachzuweisen versucht, daß man ihm unrecht tut. Schippel hat im Gegenteil nach der Natur des Intenfalls es vorgezogen, möglichst viel trübes Wasser darum zu machen. Um um die Sache herumzukommen, hat er uns erzählt, was für tiefe Studien er gemacht habe, den Vortritt der Fälschung aber hat er nicht zurückgewiesen. Kautsky hat in der „Neuen Zeit“ so konfident nachgewiesen, daß Schippel auch an anderer Stelle den toten Engels zu dessen Schaden mißbraucht habe, daß ich überhaupt nicht begreife, wie Schippel noch Kautsky gegenüber treten kann, ohne rot zu werden. (Unruhe.) In diesem Jahre ist Schippel dreimal nachgewiesen, daß er tendenziöserweise falsch zitiert. In Stuttgart hat er uns erzählt, daß Engels Anhänger des Schutzolls war. Kautsky hat ihm nachgewiesen, daß das gerade Gegenteil der Fall ist. Die zweite Fälschung betraf er in der Milizfrage, und die dritte Beziehung gegenüber in der Frage des Koalitionsrechts. Er führte, um Meinung zu wiederlegen, Citate aus dessen Parteigeschichte auf, und Mehring bewies, daß die Citate gefälscht waren. Es war nötig, dies einmal zur Charakterisierung der Kampfweise von Schippel anzuführen. Und die 13jährige Jugendlosigkeit Schippels zur Partei giebt noch mehr als ein Beispiel dafür.

Nun zu den häufigsten Ausführungen. Nachdem Heine heute wiederholt in der nachdrücklichsten Weise erklärt hat, daß er auf dem Boden unserer Demokratie steht, daß er die Miliz für notwendig, die Jugendbildung zur Wehrpflicht für vortrefflich hält und daß im übrigen die neuer Zeit gepflanzten Erörterungen mehr auf Ungeheuerlichkeit als auf böser Absicht bestanden haben, da wäre es doch im höchsten Grade loyal, wollte man auch nur noch ein Wort gegen Heine in Bezug auf seine prinzipielle Haltung zur Militärfrage sagen. (Sehr richtig.) Selbst bei den verbissenen Gegnern herrscht heute kein Zweifel mehr darüber, daß er auf dem Boden unserer Demokratie steht. Anders mit Schippel. Er hat ja gestern in einer mich überraschenden Deutlichkeit selbst erklärt, daß er nicht auf dem Boden von Punkt 3 des Programms steht, er hat das Milizsystem als eine Art Vogel-schönheit dargestellt, als etwas Unausführbares. Er hat nachzuweisen gesucht, daß Milizheere zur Verteidigung des Vaterlandes nicht ausreichen; da wir aber auch das Vaterland verteidigen wollen, so hätte er ganz logisch folgern müssen: Wenn von unserem Standpunkt aus die Verteidigung des Vaterlandes nur noch in der Form der stehenden Heere stattfinden kann, so müssen wir logisch für alle Militär-forderungen stimmen, die mit dem Hinweis darauf begründet werden, daß die Verteidigung des Vaterlandes es möglich macht. Das ist doch so logisch wie etwas.

Ich bin leider bei der Kürze der Zeit außer Stande, auf die falsche Darstellung Schippels über das Milizsystem einzugehen. Niemand in der Partei hat doch bisher die Absicht gehabt, das schweizerische Milizsystem zu acceptieren. Aber das Wesen der Miliz haben wir anerkannt. Wir fordern das Milizsystem vom Klassen-kampfstandpunkt, vom demokratischen Standpunkt aus. (Sehr richtig.) Es wäre, wenn wir ein wirklich demokratisches Heerwesen hätten, in Deutschland ganz unmöglich, daß eine Unsturzvorlage, eine Zuchttaubvorlage, Wahlentzückungen, Staatsstreichdrohungen kämen. (Sehr richtig.) Das Volk mit der Waffe in der Hand wäre sein eigener Herr, und wollte man es wagen, ihm seine angeborenen Rechte zu nehmen, so würde es mit der in seiner Hand befindlichen Waffe die Antwort geben. Dann wäre es nicht möglich, daß, wie es in der Resolution heißt, „das stehende Heerwesen nach seiner ganzen Entwicklung und Organisation das vornehmste Machtmittel zur Aufrechterhaltung und Befestigung der Klassenherrschaft ist; eine Hauptstütze für alle völkische und arbeitser-feindlichen Bestrebungen; eine Einrichtung, die nur durch die schweren, stets wachsenden und ungerecht verteilten Opfer an Gut und Blut möglich ist, welche die herrschende Gesellschaft besonders den arbeitenden Massen auferlegt.“

Dieser einzig richtige demokratisch-socialistische Standpunkt, den wir als Klassenpartei dem Milizsystem gegenüber einnehmen müssen, hat in den ganzen Ausführungen und in der Rede Schippels keine Rolle gespielt, und er hat ihn mit vollem Recht beiseite gelassen, weil er nur mit Versteigerung dieses Gesichtspunktes dafür eintreten konnte, daß einzig und allein auf dem Boden der bestehenden Heeres-verfassung die Durchführung der Verteidigung des Vaterlandes möglich ist. Wir sollen an unsere Feinde die unsinnige Zustimmung stellen, die Armees in dem Sinne zu reformieren, daß sie aus einem Werkzeug für sie ein Werkzeug gegen sie werden soll! (Lade des Präsidenten. Die Redezeit ist abgelaufen.) Also nach diesen Ausführungen ist in Bezug auf Schippels Stellung zu Punkt 3 des Programms kein Zweifel mehr möglich. (Weißall.)

Es liegen sechs Anträge auf Schluß der Debatte vor. Adolf Hoffmann-Berlin bittet, den Schluß der Debatte abzulehnen, damit noch Kautsky zu Worte komme. Er selbst habe Kautsky seinen Platz in der Redeliste eingeräumt. Die Debatte wird geschlossen.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Wurm-Berlin: Schippel hat gesagt, ich hätte auf dem vorigen Parteitag als Referent mit meinen Ausführungen Unglück gehabt, insofern, als ich für das Milizsystem eintrat und der Antrag David im Gegensatz dazu zur Annahme gelangte. Das ist unrichtig. Der Antrag ist nicht angenommen, sondern der Fraktion als Material überwiesen worden. Sie wissen ja, was für ein bedeutender Unterschied dazwischen ist, ob ein Antrag angenommen oder der Fraktion als Material überwiesen wird.

Kautsky: Schippel hat gestern die Miene des gekränkten Wiedermanns angenommen, der von mir in der abschaulichsten Weise angegriffen ist. Er hat sich über meinen Ton ihm gegenüber und auch darüber beschwert, daß ich, der Ignorant, in einer Frage, von der ich gar nichts verstehe, gegen ihn, der die Sachen gründlich studiert hat, das Wort ergreifen habe. Wedel hat ja bereits darauf hingewiesen, wie recht ich hatte, in der Polemik gegen Schippel die schärfsten Töne anzuzuschlagen, die überhaupt angewendet sind. Schippel hat sich über den Ton beschwert. Aber wenn ich friedlich meines Weges gehe und ein Vögelchen attackiert mich und ich erwidere den Schlag, ist dann mein Schlag ebenso zu betrachten, wie der des Angreifers? Nein, der Schlag des Angreifers ist ein Unbuntreich, und mein Schlag ist eine notwendige und gerechte Abwehr. (Sehr richtig.) Daß Schippel ohne jede Ver-anlassung uns attackiert, daß er die Genossen als einen Haufen von Karren hingestellt, sie diskreditiert hat, daß er dahinter nur hinterlistige versteckte Angriffe verborgen hat gegen den Genossen, der im Reichstage bei allen Kämpfen gegen den Militarismus im Vordergrund steht, und daß er dabei in Fälschungen griff, das hat schon Wedel nachgewiesen. Wenn ich das Wort in dieser Frage ergreife, so konnte ich nur die Töne wählen, die ich gewählt habe. Aber hatte ich denn überhaupt das Recht, zu antworten? Schippel sagt ja, ich verstehe nichts davon, ich kann nicht einmal das Abc. Nun, ich muß allerdings zu meiner Schande gestehen, daß ich nicht aus einer Redetenankunft oder Offizierschule stamme und daß ich noch nicht einen systematischen Militärcursus absolviert habe. Aber ich habe das Glück gehabt, jahrelang im intimsten Verkehr mit Friedrich Engels zu stehen, von dem ja gerade Schippel behauptet, daß er eine Autorität in kriegswissenschaftlichen Fragen gewesen ist. Engels hat wenig über diese Frage geschrieben, aber in Privatgesprächen liebte er es, gerade darüber zu sprechen. Ich habe seine Ansichten über diesen Punkt gründlich kennen gelernt. Wenn es also notwendig ist, daß man einen kriegswissenschaftlichen Kursus absolviert hat, so kann ich auf den Kursus verweisen, den ich bei Engels durchgemacht habe. Schippel hat auch durch ein Citat nachzuweisen gesucht, was für ein Ignorant ich sei. Er sagt, ich hätte erklärt, die Miliz fange bei der einjährigen Dienstzeit an. Das habe nicht ich erklärt, sondern Friedrich Engels. Wenn also der, der das behauptet hat, ein Ignorant ist, so war Friedrich Engels ein Ignorant.

Derselbe Schippel, der mich der Ignoranz beschuldigt hat, hat das „Volkerverammlung-Schlagwort“: „Jeder Mann besitzt seine Waffe“ als Lächerlichkeit hingestellt. Dieser große Kriegsgelehrte

weicht also nicht, daß das in der Schweiz schon längst durch-gesührt ist, und zwar in einer Weise, deren Wirksamkeit von niemandem mehr bestritten wird. Schippel hat also hier etwas behauptet, was geradezu lächerlich ist. Ich gebe zu, daß ich nicht das Recht gehabt hätte, in einer kriegswissenschaftlichen Frage das Wort zu ergreifen. Aber handelte es sich denn in jenem Artikel von Schippel um eine kriegswissenschaftliche Frage? Nein, der Artikel handelte davon, ob Engels milizgläubig war, und darüber zu urteilen bin ich mindestens so kompetent wie Schippel. Wenn denn- noch Schippel behauptet, ich sei so leichtfertig, über Dinge zu sprechen, von denen ich nichts verstehe, so gehört dazu eine geradezu eiserne Stirn. Ich habe in meinen Artikeln die schärfsten Töne angeschlagen, aber ich hatte alles vollkommen aufrecht.

Stube-Eimsbüttel:

Schippel ist auf meine Rede in Eimsbüttel zu sprechen ge- kommen und hat dieselbe entstellt wiedergegeben. Ich habe da nichts von einem „gegnerischen Blatt“ gesagt. (Schippel: Habe ich auch nicht behauptet.)

David:

Sowohl die Darstellung Schippels als die Wurma über das Schicksal meines Antrages sind unrichtig. Der Antrag ist der Fraktion zur Erwägung überwiesen. Damit hat der Parteitag an- erkannt, daß ein berechtigter Kern darin liegt. Daß ihn der Vor- stand auch erwogen hat, geht ja aus dem Bericht des Vorstandes hervor.

Frau Zeitin:

So energisch ich neulich den Vorwurf zurückgewiesen habe, als hätte ich den Ausschluß von Genossen bestritten, so bereit bin ich, eingestanden, daß ich in dem Satz, den Kuer gegen mich zitiert hat, unredlich gehandelt habe. In der Fassung sind meine Gedanken nicht richtig wiedergegeben. Ich war infolge eines Augenleidens ge- zwungen, zu diktieren, daran bin ich nicht gewöhnt, und so ist mir der Kapitus unterlaufen. Hätte Kuer in der ihm eigenen Art mit geschrieben: „Du hast da eine Fieselei oder eine Verhöhnung geübt“, so wäre ich die erste gewesen, die die Behauptung zurückgenommen hätte, da ich keineswegs das feige, hinterlistige Frauenzimmer bin. Meine Auffassung war die, daß der von Schippel und Kuer in Hamburg eingenommene Standpunkt die Konsequenz nach sich ziehen müßte, für die Ver- willigung von Kanonen einzutreten. Das wollte ich sagen. Schippel hat mir weiter vorgeworfen, ich solle doch endlich lernen, ernste Fragen ernst zu behandeln. Nun, meiner Ansicht nach ist Schippel die ungeeignete Persönlichkeit, so etwas auszusprechen. Ich erinnere nur an seine Schwelung in der Kcarfrage in Breslau, die ich nicht ernst genommen habe. (Weißall.)

Kuer: Nach der Erklärung der Genossin Zeitin haben meine Angriffe ihren Untergrund verloren. Ich kann nur bedauern, daß es auch in diesem Jahre durch die bekannten „Mißverständnisse“ wieder zu solchen Auseinandersetzungen gekommen ist.

Schippel-Berlin:

Parteienossen! Da sind wir ja nun wieder glücklich bei den Vögelchen und Duden angelangt: es liegt mir aber fern, den Spuren Kautskys darin auch nur erörtern zu folgen. Ich will mich lieber auf einige möglichst kurze, thatsächliche Bemerkungen be- schränken. Fälschungen, Entstellungen und Lügen sind mir aufge- rufen worden. Wie das so kommt, dafür ist Genosse Stube ein klassisches Beispiel. Ich habe nur vorgelesen, was er nach dem Ver- rath des „Hamburger Echo“ gesagt hat. Trotzdem bezieht er Be- merkungen, die ich Zubeil gegenüber gesagt habe, auf sich und sagt mich der Fälschung an. Auch Genosse Kautsky hat behauptet, ich hätte gefälscht. Es handelt sich um folgendes Citat aus Engels: „Internationale zweijährige Dienst- zeit... allmähliche weitere Herabsetzung — sage zunächst auf acht- zehn Monate, zwei Sommer und ein Winter — dann ein Jahr — dann...? Hier fängt der Zukunftsstaat an, das unverfälschte Milizsystem, und davon wollen wir weiter reden, wenn die Sache erst wirklich in Gang gebracht ist.“ Zwischen den einzelnen Zeilen dieses Satzes sind Punkte. Dadurch wird in der Mathematik eine Periode angegeben, die sich fortzieht. Demgemäß habe ich die Stelle aufgefaßt. Ich gebe zu, daß diese Auffassung irrig sein kann, aber man darf mir doch nicht unterstellen, daß ich fälsche, daß ich etwas sage, was ich nicht meinen und glauben kann. Auch Wurm hat die Änderung einer Fälschung gemacht. Ich habe aber nach der „Neuen Zeit“ zitiert, daß der Mainzer Antrag in Stuttgart der Fraktion überwiesen worden sei. Thatsächlich hat sich der Parteitag auf den Standpunkt des Antrages gestellt.

Nun zu Wedel. Ich kann nur bedauern, daß wir wieder so weit gekommen sind. Diesmal hat er nicht mit der materialistischen Gesichtsauffassung gegen mich gearbeitet, sondern mit der Ethik und Moral. Es handelt sich bei uns beiden um Leistung und Gegenleistung. Ich will ihm darauf nur erwidern, daß die Stelle in meinem Artikel, die sich auf ihn bezog, nicht von dem Gefühl besonderer Achtung eingegeben war. (Unruhe.) Ich habe das nicht auf seine Person bezogen, sondern auf seine Kennerungen. Er sagt dann weiter, ich hätte die Ansicht Engels über den Schutzoll gefälscht. Ich weiß wirklich nicht, was daran falsch ist, ich habe die Stelle ja von Anfang bis zu Ende in Stuttgart vorgelesen. Daß Engels heute noch für Amerika den Schutzoll predigen würde, habe ich nie gesagt, sondern nur, daß sich derselbe Standpunkt auf Deutschland anwenden lasse. Dann soll ich Mehring gefälscht haben. Worum sich das bezieht, weiß ich überhaupt nicht, zwischen Fälschung und anderer Auffassung besteht doch ein Unterschied. Mehring hat übrigens selbst zugegeben, daß ich loyal verfahren bin. Es wäre zu einem Streit in dieser Schärfe überhaupt nicht gekommen, wenn wir uns nicht all- mählich daran gewöhnt hätten, die Bebel'sche Auffassung über Militärfragen als Auffassung der Partei zu betrachten. Bebel's Schrift „Volkweh oder stehendes Heer“ wird ja überall als Parteischrift aufgefaßt, es findet sich in der ganzen Schrift keine Stelle, die darauf schließen läßt, daß es sich nur um eine persönliche Ansicht handelt. Die Schrift ist als Parteischrift hinausgegangen, und da habe ich allerdings das Bedürfnis gehabt, zu sagen: es giebt auch noch andere Auffassungen in der Partei. Wenn Wedel schließlich sagt, ich hätte nichts zurück- genommen, so stimmt das nicht, denn ich habe ja, wie Sie sich er- innern werden, zugegeben, daß ich im Ton über die Stränge ge- schlagen bin. Aber wenn man mir nun noch in einem ganz andern Ton erwidert, so möchte ich fast bedauern, daß ich meinen Ton zurückgenommen habe.

Kautsky: Ich will nur Schippel gegenüber bemerken, daß mein Vorwurf der Fälschung sich nicht auf jene Stelle bezog, die er vor- gelesen hat. Ich habe nur sagen wollen, daß ich das nicht gesagt habe, sondern Engels.

Wedel:

Ich habe geglaubt, daß Schippel sich verpflichtet fühlen würde, wenigstens noch in letzter Stunde einen Versuch zu machen, sich wegen der Reichsbedingungen zu entschuldigen, die er gegen mich geschleubert hat, ohne daß er dazu gereizt war. Er aber häuft auf eine Beleidigung eine andere. In England sagt man zu Leuten, die es fertig bringen, in dieser Weise öffentlich auf- zutreten, sie leiden an Moral insanity. Ich bin der gleichen Anschauung jetzt in Bezug auf Schippel, und damit ist für jeden, der die Bedeutung des Wortes kennt, das Urteil ge- sprochen. Schippel sagt, der Angriff wäre dadurch erfolgt, daß ich es liebe, meine persönlichen Anschauungen über Militärfragen als die der Partei hinzustellen und daß in meinen Schriften mit keinem Wort gesagt ist, daß es sich da um meine persön- liche Meinung handelt. Nun, Schippel ist doch selbst Schrift- steller, er muß wissen, daß man garnicht nötig hat, zu sagen, daß das, was man schreibt, seine eigenen Anschauungen sind, weil sich das von selbst versteht. Nur wenn man sagen will, die Ansicht ist Parteiansticht, muß das ausgesprochen werden. Und das steht in meiner Schrift nicht. Ist Schippel, wozu er das Recht hat, mit den Anschauungen nicht einverstanden, die ich bloßer im Reichstage als offizieller Vertreter der Partei über Militarismus geäußert habe, so steht ihm das Recht zu, seine abweichende

Meinung zum Ausdruck zu bringen, sei es, daß er uns in objektiver Form eines Besseren belehrt, sei es, daß er in der Fraktionslösung fordert, daß ein anderer zum Redner bestimmt wird. Das wäre korrekt, das wäre loyal gehandelt. Aber unter dem Deckmantel der Persönlichkeit in der letzten, gemeinsten Weise einen Ehrenmann anzugreifen, ist eine Schmach, ist eine Schande für den, der es thut. (Weißall und Unruhe.)

Hiermit sind die persönlichen Bemerkungen erledigt. Das Schlusswort hat

Geher:

Kuer weiß so gut wie ich, daß, wenn ich seine Kennerungen nicht angeführt hätte, man mich wahrscheinlich der Feigheit geziehen und gelogt hätte: „Du Kuer wagst er sich nicht heran! Es war Pflicht der Objektivität, auch von ihm zu sprechen. Und wenn er sagt: Laß schwagen! so sage ich, dies Gefühl der Zurückgebliebenheit ist bei Kuer nicht echt, sonst hätte er sich nicht mit solcher Schärfe gegen einen Referenten gewandt, der nur loyal seine Pflicht gethan hat. Wenn er sagt, solche Dummheiten habe er nicht geredet, gut, dann sage ich: Laß es korrigieren, dann hast Du keine Ursache, Dich zu beschämen. Schippel eine leidene Schurke zu senden, auf den Gedanken bin ich nicht gekommen; ich würde mir sagen müssen, daß er davon doch keinen Gebrauch machen würde (Weiter- leit). Die Kennerungen, um die es sich bei Heine usw. handelte, sind thatsächlich gefallen. Es steht fest, Sie haben gesagt: dieser Regierung keinen Mann und keinen Groschen! Wir aber sagen: diesem Schytem keinen Mann und keinen Groschen! (Weißall.) Heine: Sage ich ja auch! Dann sind wir ja einig; es kommt immer und immer an Mißverständnisse hinaus! Daß Schippel Engels falsch zitiert hat, dabei bleibe ich. Für den ein- schärfsten Menschenverstand steht fest, daß insbesondere ein wissen- schaftlich gebildeter Mann nicht so eitern darf, daß er an der Stelle, wo die sechs entscheidenden Worte kommen, abschneidet. Wenn ich ehrlich bin, zitierte ich vollständig. (Lebhafte Zustimmung.) Schippel: Es ist auch vollständig zitiert! In der „Neuen Zeit“ erklärt er, an keiner andern Stelle als in der Vorrede habe Engels von der Miliz gesprochen. Das ist nicht wahr; auf Seite 7 thut das Engels auch, und Schippel zitiert auch diese Stelle, läßt aber die Worte von der Miliz weg! (Hört! hört!) Es ist nicht wahr, daß Schippel nicht gegen die Partei sich gewandt hat; im ersten Absatz hat er es gethan; und in dem Augenblicke, wo ich frage, wie es möglich ist, daß einer, der die Partei so beleidigt hat, in der Partei noch bleiben kann, da redet er hier von einem Kaffeekränzchen! Darum habe ich ihn angegriffen und nicht aus persönlichen Gründen; jedermann weiß, daß ich das nicht thue, und ich frage, ob ich getiern gegen jemand anders persönlich geworden bin.

Es steht fest: Es sind Kennerungen gefallen, die in der Partei Mißbilligung hervorgezogen haben. Dem stellen wir jetzt klipp und klar und fest entgegen: Wir bleiben bei unserem allen Programm- punkt! Nehmen Sie meine Resolution einstimmig an! (Lebhafte Weißall.)

Kuer (persönlich): Wie ist auch nicht im Traum eingefallen, zu sagen, der Referent habe die von ihm zitierte Stelle meiner Rede falsch wiedergegeben. Ich habe ausdrücklich gesagt: Der Bericht ist, abgesehen von einigen stillistischen Änderungen, durchaus korrekt. Ich siehe auch heute zu meiner Rede und habe nur aus- geführt, daß die Schlussfolgerungen des Referenten durchaus falsch sind, daß er nicht verstanden hat, was ich gesagt habe.

Schippel:

Auch Geher hat es nicht verschmäht, mir eine Fälschung vorzu- werfen. Umgekehrt, Geher hat falsch zitiert. Er behauptet, ich hätte die Worte: „mit dem Milizsystem als Endziel“ unterschlagen. Aber wenige Zeilen dahinter sage ich im Text: „Das Milizsystem wird hier als Endziel daneben genannt.“ (Weißall: Daneben!)

Die Resolution Geher wird angenommen, der Antrag 41 wird gegen 4 Stimmen, der Antrag 42 mit Mehrheit abgelehnt. Angenommen wird die von Luxemburg, Hoffmann, Ledebour und Zeitin beantragte Resolution.

Singer macht Mitteilung von einer Anregung, ohne Mittags- pause die Verhandlungen des Parteitags zu Ende zu führen. Er empfiehlt die Ablehnung dieses Vorschlages, da es im Interesse der Partei liegt, ohne Hast und Treiberei auch den Rest der Tages- ordnung zu erledigen.

Es wird entsprechend dem Vorschlage Singers beschlossen, mit 14-stündiger Mittagspause zu tagen.

Singer: Der Genosse Bliegen aus Holland wünscht sich zu verabschieden.

Bliegen:

Genossen, Sie brauchen nicht zu fürchten, daß ich den vielen guten und wenigen schlechten Reden, die ich gehört habe, noch eine hin- zufügen will. Nur einige Abschiedsworte. Ich habe Ihren Ver- handlungen aufmerksam beigewohnt, ich habe hier viel Herzlichkeit und Freundlichkeit erfahren, und ich will nur hoffen, daß sich das nicht auf meine Person beschränkt, sondern auch den Genossen in Holland gilt. Dann werden wir bei all' unseren Kämpfen stets gern daran denken, daß wir an Ihnen Kampfgenosse haben, die bereit sind, mit uns einzutreten für das Wohl der Socialdemokratie, für das Wohl der Arbeiterklasse aller Länder. (Weißall.)

Es folgt das Referat von Segitz-Kärnberg über die Zuchttaubvorlage. Hierzu liegt außer der von ihm beantragten Resolution der Antrag 71 vor.

Segitz:

Die Zuchttaubvorlage bietet keine Veranlassung zu theoretischen Auseinandersetzungen über die Taktik. Gegenüber der Zuchttaub- vorlage dürfte keine Meinungsverschiedenheit bestehen. (Sehr richtig.) Unsere grundsätzliche Stellung zu diesem Gesetzentwurf haben wir auf dem Stuttgarter Parteitag festgelegt. Die Aufnahme, welche der Gesetzentwurf im Reichstag gefunden hat, ist durch die Verhandlungen des Reichstags den bestenfalls Wohlwollen betimmt geworden. Aus diesen Gründen und in Rücksicht auf die Arbeiten, die der Parteitag noch zu erledigen hat, handle ich wohl im Einverständnis mit den Parteigenossen, wenn ich auf meinen Vortrag verzichte. Der Reichstag hat das Gesetz entgegen unserem Antrage in der verordneten Session nicht definitiv verabschiedet. Die bürgerlichen Parteien hatten nicht den Mut, sofort in die zweite und dritte Lesung einzutreten. Da- durch ist in weiten Arbeiterkreisen eine Verunsicherung entstanden worden, die in den Verhältnissen nicht begründet liegt. Die Zuchttaub- vorlage ist keineswegs beseligt, die Situation hat sich so gestaltet, daß viel mehr zu beschränken ist, daß, wenn auch der Gesetzentwurf nicht in der vorliegenden Fassung zur Annahme gelangt, doch soviel verbleibt, was hinreichend, die gewerkschaftliche Organisation schwer zu schädigen. Deshalb müssen alle Arbeiter ohne Unterschied der Parteistellung ihre ganze Kraft einsetzen, um den bürgerlichen Parteien den Rachen zu steifen und diese zur Ablehnung des Gesetzentwurfs zu veranlassen. Der Kampf gegen die Zuchttaub- vorlage scheint mir in der nächsten Zeit die wichtigste Aufgabe der Partei zu sein. Wenn in den Auseinander- setzungen auf dem Parteitag aus einzelnen Kennerungen geschlossen werden könnte, daß wir nicht mit voller Sympathie der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter gegenüberstehen, so wird der Kampf gegen die Zuchttaubvorlage das Gegen- teil beweisen. (Bravo.) Deshalb wollen wir unsere ganze Kraft einsetzen, um den Kampf gegen die Zuchttaubvorlage weiter zu führen. Dazu verpflichtet Sie die vorgelegte Resolution. (Leb- hafter Weißall.)

Den Antrag 71 (abgedruckt in Nr. 240 des „Vorwärts“) be- gründet

Mily Bram-Berlin:

Parteienossen! Wir haben hier eine ganze Reihe theoretischer Erörterungen gehört, die nicht nur den Beweis dafür liefern, daß die socialdemokratische Partei wie keine andere auf einem wissen- schaftlichen Boden steht und die wissenschaftlichen Erörterungen zu führen weiß. Wir haben aber auch manchmal den Eindruck gewonnen, als wären wir mehr auf einem wissenschaftlichen Kongress als dem

Parteitag einer Kampfpartei. Ich möchte es beinahe bedauern, daß dieser Punkt unserer Tagesordnung so weit in den Hintergrund gerückt ist; denn ich meine, daß wir gerade in diesem Punkte die allgemeine Einigung finden, die uns notwendig ist und die wir nach außen hin immer zu beweisen haben. Gegenüber gewissen Auffassungen über die Begründung der gewerkschaftlichen Bewegung, die vielfach Platz gegriffen haben, wäre auch sofort der Beweis geliefert worden, daß dem nicht so ist. Unser Protest gegen die Justizhausvorlage wird hauptsächlich darauf begründet, daß sie die gewerkschaftlichen Organisationen, diese Massenkampf-Organisationen der Arbeiter, unterbindet und vielleicht sogar unmöglich zu machen im Stande sein würde. Wir sind aber, so scheint es mir, nicht in der Lage, uns in die Studierstube zurückzuziehen. Gegenüber der Erklärung der bürgerlichen Gesellschaft und als solche jede in die Justizhausvorlage an (lebhaft Zustimmung) — müssen wir gemein aufstehen, denn sie ruft uns zu den Waffen, alle, ohne Unterschied des Geschlechts, ohne Unterschied in Bezug auf einzelne theoretische Auffassungen. Wenn ich hier mit besonderer Energie gegen die Justizhausvorlage protestiere, so geschieht es nicht nur als Parteigenosse, sondern auch als Frau. Die Justizhausvorlage würde, wenn sie in irgend einer Weise zur Annahme gelangen könnte, der Frauen- und Arbeiterbewegung vollständig die Hände binden. Ich brauche Ihnen hier nicht auseinanderzusetzen, wie demütigt die deutschen Frauen sind, und wie sie es gar erst sein würden, wenn man ihnen auch die gewerkschaftliche Organisation unmöglich machte. Schippel hat den ziemlich verbrauchten Witz der Gegner der Frauenemanzipation wiederholt, das Wahlrecht schließe auch die Dienstboten ein. Ich erkläre, daß wir sozialdemokratischen Frauen die Pflicht, Dienst zu thun, anerkennen (Beifall), und zwar auf einem Gebiete, wo es viel nötiger und allerdings auch viel schwerer ist, im Kampfe zu stehen, als draußen auf dem Schlachtfeld, wo man die Kräfte totschlägt: Wir wollen stehen zu denselben Föhnen, und wir alle, Genossen, und besonders auch wir Frauen sind bereit, einzustehen für unsere Sache und vor allem gegen die Justizhausvorlage zu protestieren. (Beifall.)

Nach der letzten Verfassung hat die weibliche Arbeit um 25 Proz. zugenommen, die männliche Arbeit nur um 28 Proz. Hier erfolgt eine Reserve-Armee, die uns sehr gefährlich werden könnte, wenn wir nicht dafür sorgen, daß sie ausgefüllt und organisiert wird, daß sie mitkämpft den allgemeinen Kampf der Arbeiter. Ich kann mir sehr wohl vorstellen, daß eine Zeit kommen könnte, wo die bürgerliche Gesellschaft zu dem Ausweg greift, den Frauen das Wahlrecht zu geben, weil sie für die bürgerliche Gesellschaft eintreten sollen. Wenn dieser Augenblick eintritt, würden wir es sein, die es auf das tiefste bedauern müßten, wenn wir nicht energisch für die Auffassung der Frauen eingetreten sind. Ich bin eine entschiedene Gegnerin jener sogenannten gesonderten Frauenbewegung innerhalb der Partei. Wir gehören alle zusammen und wir sollten uns hüten, irgend einen Unterschied des Geschlechts unter uns gelten zu lassen, wo es sich um den gemeinsamen Kampf handelt. (Beifall.) Um diesen Kampf gegen die Justizhausvorlage zu unterstützen, haben wir unseren Antrag eingebracht, der nur ein kleines Mittel sein soll, die Frauen anzuklären für den Kampf. Ich erwarte keine einstimmige Annahme. In der Richtung ist es vielleicht auch gut, daß dieser Punkt der Tagesordnung am Schluß unserer Verhandlungen steht. Soviel auch in der bürgerlichen Presse darüber geredet wird, daß Uneinigkeit, Zänkereien bei uns entstanden seien — wo es sich um Thesen handelt, wo es sich um den Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft handelt, sind wir alle einig und vergessen alle abweichenden Meinungen. Das ist das Wichtigste und darum sollen wir, wenn wir auseinander gehen, alles vergessen, was uns trennt, und nur an das denken, was uns einigt: der Kampf gegen die bürgerliche Gesellschaft, der gemeinsame Kampf der Arbeiter und Arbeiterinnen, die zusammenstehen, Hand in Hand, damit wir das Endziel erreichen, über das unter uns, scheint mir, keinerlei Zweifel bestehen kann. (Lebhafter Beifall.)

EWALD-Berlin beantragt Schluß der Debatte. Im Kampf gegen die Justizhausvorlage sind wir alle einig, da bedarf es keiner Erörterung. (Beifall.)

Einstimmig wird die Debatte geschlossen, und einstimmig sowohl die Resolution wie der Antrag 71 angenommen.

Dolfgang Heine:

Wir brauchen zur Vorbereitung des Kampfes gegen die Justizhausvorlage noch einiges Material. Wir sind von den Genossen nicht so reichlich mit der Einsendung von Material bedacht worden, wie wir es eigentlich erwartet hätten. Wir wissen, daß die Materialien existieren, und in welchem Maße, geht aus dem Legierten Bunde und den täglichen Zeitungsberichten hervor. Es liegt uns aber daran, auch die Sachen, die noch nicht an uns gelangt sind, zu erhalten. Vor allem sind in den letzten Wochen wieder eine ganze Reihe von Anträgen auf Grund des § 153 der Gewerbe-Ordnung wegen Expression erhoben und zum Teil verhandelt worden. Es ist für uns von großer Wichtigkeit, diese Sachen, und zwar die kompletten Protokolle, auch jetzt zu erhalten und sobald etwas Neues kommt, darum bitte ich die Genossen am Orte, die Vertrauensmänner und Führer, das nicht aus dem Auge zu lassen; sowie ein Protokoll statufindet, uns Anträge und Urteile selbst zu schicken oder durch den Rechtsanwaltschaft zu lassen, und zwar entweder an das Arbeitersekretariat in Nürnberg zu Händen von Segitz, oder an den Parteivorstand oder an mich.

Punkt 10 der Tagesordnung umfaßt die „Anträge zum Programm und zur Organisation“.

Es sind dies die Anträge 5, 8, 11 und 9, der inzwischen durch den Antrag 72 ersetzt worden ist.

Darvon findet nur der Antrag 72 (s. Nr. 240 des „Vorw.“) genügende Unterstützung.

EWALD-Berlin

Begründet den Antrag. Bisher lautete § 17a des Organisationsstatuts, daß bei allen Aufstellungen, überhaupt bei allen Vorkommnissen beim Centralorgan der Personennamen Mitteilung zu machen sei, der Parteivorstand aber selbständig zu verfügen habe. Nun liegt die Sache so, daß unser Centralorgan 53 000 Abonnenten hat, von denen sich 20 000 in Berlin und Umgegend und nur 3000 außerhalb befinden. Sie werden mir zugestehen, daß wir da auch ein gewisses Recht auf Mitwirkung beim Centralorgan haben. Daher brauchen wir, glaube ich, nicht viel Worte zu machen, um Ihnen die Annahme dieses Antrages zu empfehlen. Ich erwarte von Ihrem Verantwortungsgefühl, daß Sie ihn, wie er vorliegt, annehmen. (Beifall.)

Vader-Magdeburg:

Ich ersuche um Ablehnung des Antrages, da er überflüssig ist. Die Klagen über den „Vorwärts“, die auf früheren Parteitagungen erhoben wurden, sind jetzt verstummt, die Berliner Genossen haben bereits einen genügenden Einfluß auf die internen Verhältnisse des „Vorwärts“ und § 17a bedeutet schon jetzt nichts anderes.

Knappe-Stettin:

Die Berliner haben ebenso ein Recht darauf, Einfluß auf ihre Blatt zu gewinnen, wie jeder Ort in der Provinz. Nehmen Sie ohne weiteres den Antrag an. Das Mißtrauen gegen die Berliner, sie könnten ihren Einfluß gegen das Interesse der Partei geltend machen, wird durch ihre ganze bisherige Haltung widerlegt. (Beifall.)

Antrag 72 wird angenommen.

Der letzte Punkt der Tagesordnung betrifft die sonstigen Anträge. Zur Beratung gelangt der Antrag 6^a), wozu noch folgende Resolution vorliegt:

***) 6. Parteigenossen des 6. sächsischen Reichstags-Wahlkreises:** „Der Parteitag wolle zu dem disciplinirten Verhalten verschiedener Wahlkreise gegenüber den Reichstagen der letzten sächsischen Landeskonferenz, Beteiligung an den Landtagswahlen betreffend, Stellung nehmen.“

Resolution.

Ohne zu der Frage der Beteiligung an den Landtagswahlen in Sachen selbst Stellung zu nehmen, spricht der Parteitag denjenigen Genossen in Sachen, die wiederholt den auf Beteiligung lautenden Beschlüssen der Landesversammlung der sächsischen Parteigenossen entgegenhandelt, scharfe Mißbilligung aus.

Der Parteitag erwartet, daß sich die Genossen in Zukunft den Beschlüssen der selbstgegebenen Organisation anfügen. Eichhorn, Lorenz, Reichner, Krause, O. Größlich, Endermann, Baudert, Englein, Käppler, Kleis, Seifert, Braune, Dreslauer, Schumann, Finkler, Meising, Aug. Fleischer, W. Kaufschubach, A. Wünschmann, F. Hofmann, P. Reichhaus, Stolle, Geyer, Stein, R. Witttrich.

Eichhorn-Dresden

Begründet die Resolution. Wir verlangen nichts weiter, als daß Beschlüsse der Landesversammlungen auch von allen Genossen befolgt werden. Wenn das Verhalten führt, das hat zum Jammer der Partei und zum Gaudium der Gegner die letzte Wahl gezeigt. (Sehr wahr!) Es ist vorgekommen, daß in demselben Kreise einige Städte sich beteiligt haben, andere nicht! Das verberbliche Beispiel Leipzig hat in Weiden Nachahmung gefunden, wo man mit einer Stimme Mehrheit die Wahlbeteiligung ablehnte. Das sind die Folgen des disciplinirten Verhaltens der Leipziger Parteigenossen. (Hört! hört!) Selbst wenn die Wahlbeteiligung ein Fehler ist, so hat, wenn die Partei sie beschloffen hat, die Partei den Fehler gemacht und die Genossen haben sich zu fügen. Ein Jammerbild war die Wahlbeteiligung von 18 bis 30 Prozent. Schaffen Sie Rembrandt, Parteigenossen, sorgen Sie, daß in Sachen wieder Ordnung wird. (Lebhafter Beifall.)

Grenz-Leipzig:

Ich stehe auf der Anklagebank. Sie können mich beurteilen, aber nur nach gründlicher Information, und die kann in kurzer Weise nicht erfolgen. Wir drehen den Spieß um; ich erhebe die Gegenklage, daß die sächsische Landtagsfraktion und das damalige Central-Agitationskomitee den nicht schönen Zustand verschuldet haben. Die jämmerliche Wahlbeteiligung war ja auch in Kreisen, in denen nach Kräften für die Wahlbeteiligung agitiert wurde. Wir sind daran nicht schuld (Lebhafter Widerspruch), wir haben niemand gehindert, sich zu beteiligen. Man konnte eben den Beschluß nicht durchführen; bei den gegenwärtigen Umständen geben die Arbeiter eben nicht zur Wahl, in einem Umfange, daß dabei etwas herauskommt. Die Massenversammlung in Stötteritz, in der Liebnicht sprach, hat in der nachdrücklichsten Form den Protest gegen das Verhalten der Landtagsfraktion beschloffen. Mit dieser Resolution würden Sie nicht beilegen, sondern verschärfen. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Wenn ich nicht weiter reden darf, dann werden wir verurteilt, ohne gehört zu werden. (Lebhafter Widerspruch.)

Singer: In dieser Behauptung hat der Genosse kein Recht. Er hört zu reden auf, weil die von ihm selbst mitbeschlossene Geschäftsordnung ihm keine weitere Redezeit gewährt.

Lorenz-Chemnitz:

Wir beantragen die Resolution nicht aus Freude, den Leipziguern einen Dornzettel zu verabfolgen. Die Töne haben wir schon mehrfach bei den Landesversammlungen gehört, und einmal sind wir auch daran hineingefallen. Die Leipziger Genossen haben die Beschlüsse derselben jedes Jahr benutzt durchbrochen; das ist ein Verstoß gegen die einfachsten Grundzüge der Demokratie. (Sehr wahr!) Unsere Partei ist doch auch eine demokratische Partei; wer zu ihr gehören will, muß sich selbstverständlich den Beschlüssen ihrer offiziellen Organe fügen. (Beifall.) Der Landtagsfraktion haben die Leipziger den gemalten Rat gegeben, ihre Mandate niederzulegen; dann wäre unter dem neuen Wahlsystem gewählt worden und wir wären 15 Mandate zur Freude unserer Gegner quitt gewesen.

Wünschmann-Döbeln:

Die Leipziger haben allerdings die Genossen der anderen Kreise nicht aufgefordert, sich der Wahl zu enthalten; aber böse Reizspiele verdienen gute Sitten. Dieser Demoralisierung muß gesteuert werden. (Beifall.) In einer Leipziger Versammlung ist ja das geflügelte Wort von den zurückgebliebenen Wahlkreisen geäußert worden; nun von diesen könnten die „fortgeschrittenen“ Wahlkreise etwas lernen, nämlich Wahrung des demokratischen Prinzips. (Lebhafter Beifall.)

Die Debatte wird gegen den Widerspruch von Lipinski-Leipzig geschlossen und die Resolution Eichhorn mit großer Mehrheit angenommen. Dadurch ist Antrag 6 erledigt, Antrag 7 hat bereits durch die gestrige Resolution Webel seine Erledigung gefunden.

Es folgen die Anträge betreffend die Presse. Es sind dies die Anträge 12, 13, 14, 15, 16, 17 und 18, die 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27 nicht ausreichende Unterstützung finden.

Schubert-Schöneberg

(Spricht zu Antrag 12.) Man beklagt sich sehr darüber, daß der „Vorwärts“ im Gegensatz zu den übrigen Parteiblättern zu den einzelnen Fragen zu wenig Stellung nimmt, so in Bezug auf die bayerischen Landtagswahlen und auch in Bezug auf das Verhalten der französischen Socialdemokraten. Er beschränkt sich auf die referierende Wiedergabe der Versicherungen der anderen Organe. Auch eine Polemik, die zwischen Auer und Liebnicht geipelt hat, hat der „Vorwärts“ mit keinem Wort erwähnt. Der Antrag soll dem für die Zukunft ein Ende machen.

Liebnicht:

Wenn Sie den Verhandlungen auf dem Parteitag aufmerksam gefolgt sind, dann finden Sie, daß in Bezug auf taktische Fragen Meinungsverschiedenheiten bestehen. Diese Meinungsverschiedenheiten sind auch in der Redaktion des „Vorwärts“ vorhanden. Wenn man vom „Vorwärts“ verlangt, daß er redaktionell Stellung nehmen soll, so verlangt man bei der jetzigen Organisation Unmögliches. Anfangs haben die Meinungsverschiedenheiten zu keinen Meinungen geführt, aber nach und nach kam es zu einer Versündigung dahin, daß die verschiedenen Ansichten, die in der Redaktion vorhanden sind, zu Worte kommen, und zwar nach der französischen Praxis in der Art, daß mit Namen dafür eingetreten wird. Ich habe nicht wie Schwann, der die Volanté hat, seine Redacteurs und Mitarbeiter bedingungslos und unkontrollierbar zu wählen, die Möglichkeit, eine einheitliche Redaktion zu betheiligen. Da der „Vorwärts“ kein Volantéblatt, sondern ein Centralorgan ist, müssen in seiner Redaktion auch die verschiedenen Strömungen, die in der Partei vorhanden sind, vertreten sein. (Beifall.)

Der Streit zwischen Auer und mir war eine rein persönliche Meinungsverschiedenheit und brauchte deshalb nicht im „Vorwärts“ gebracht zu werden, ebenso wie Dugende anderer solcher Sachen. Es handelte sich um die Behauptung, ich hätte Vernstein verunglimpft; ich habe es in einem süddeutschen Blatte sachlich richtig gestellt.

Der Antrag 12 wird abgelehnt.

Privatdepesche des „Vorwärts“.

Singer:

Es sind inzwischen noch zwei Anträge eingegangen. Der erste bezieht sich ebenfalls auf die Verhandlung „Vorwärts“, er lautet:

Die Buchhandlung „Vorwärts“ ist anzutreffen, bei der Auswahl des Inhalts der „Freien Stunden“ vorsichtiger zu verfahren, damit es nicht wieder vorkommt, daß Romane, wie „Die Töchter des Südens“ Aufnahme finden.“

***) 12. Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Weeslow-Storkow:** „Der „Vorwärts“ als Centralorgan der sozialdemokratischen Partei hat zu allen aktuellen politischen Tagesfragen, sowie zu allen die eigene Partei betreffenden Angelegenheiten Stellung zu nehmen.“

Ich kann das Gefühl der Verwunderung nicht unterdrücken, daß ein Antrag, der schon in der Vorlage steht, nochmals eingereicht wird. (Sehr wahr!) Der Antrag erübrigt sich also.

Der zweite Antrag lautet:

Der Parteivorstand wird beauftragt, die Herausgabe einer Broschüre vorzubereiten, die zu einem billigen Preise abgegeben, den Titel: „Wer ist der Staat?“ zu führen hat. In derselben soll klargelegt werden, daß das gesamte Volk und nicht eine einzelne Klasse den Staat bildet. Des weiteren soll in derselben die Legende, die die Soldaten und Beamten des Königs Hof tragen, auf ihren wahren Wert zurückgeführt werden.“

Dieser Antrag wird nicht unterstützt, ist also hinfällig.

Zum Antrag 13^a) bemerkt **Grünwald-Jena:** Ich habe diesen Antrag nicht gestellt, sondern den Antrag 14^a), den ich infolge dessen zurückgezogen habe; ich glaube, daß man diesen Antrag nicht unterstützen kann, wenn man nicht zugleich die andere sehr wichtige Frage in Rücksicht zieht, wie der „Vorwärts“ finanziell fundamementiert ist; damit komme ich zu der Frage, die mich zu meinem eigenen Antrage veranlaßt hat, der leider nicht unterstützt wurde; ich kann diesen Antrag nun nicht mehr begründen und auch nicht alle Argumente, die ich für ihn in postea hatte, vorbringen.

Singer: Ich bitte, nicht nur nicht alle Argumente, sondern überhaupt keine Argumente dafür vorzubringen. (Heiterkeit.)

Grünwald: Ich habe ausdrücklich erklärt, die Frage des zweimaligen Erscheinens des „Vorwärts“ könne nur diskutiert werden, wenn man zugleich die finanzielle Frage in Betracht zieht. Ich möchte Ihnen empfehlen, da der Antrag zurückgezogen ist, wenigstens die Frage einer eigenen Druckerei in Erwägung zu nehmen.

Singer: Ich bitte, nicht auf diesen Antrag zurückzukommen.

Grünwald: weil dadurch erst, so fährt ich fort. . .

Singer: Wenn Sie die Absicht haben, meinen Anordnungen nicht zu folgen, werde ich Ihnen das Wort entziehen.

Grünwald: Nein, das liegt mir absolut fern.

Singer: Sie kommen also auf den Antrag nicht zurück.

Grünwald: Ich komme nicht darauf zurück (Heiterkeit) und erkläre nur, daß man an ein zweimaliges Erscheinen des „Vorwärts“ nicht denken kann, wenn man nicht den Ueberflugh, den Dabing heute einheimst, der Partei zuführt.

Täterow-Berlin: Der Antrag ist in Berlin in einer öffentlichen Versammlung angenommen. Die Antragsteller sind sich vollständig darüber klar, daß er nicht so mir nichts, da nichts angenommen werden kann, ohne daß vorher genaue rechnerische Unterlagen vorhanden sind. Diese Grundlagen sind nicht vorhanden, so betrachten wir denn den Antrag nur als eine Anregung, und ich bin überzeugt, es werden sich Mittel und Wege finden lassen, die Anregung in eine praktische Gestalt zu bringen. Ich ziehe deshalb den Antrag zurück. (Beifall.)

Die Anträge 21 und 22^a) werden gemeinsam behandelt.

Schubert-Schöneberg: In dem Bericht des Parteivorstandes ist in § 2 auf „In freien Stunden“ gesagt: „Auch der Versuch, mit einem ausgeprochenen Charakter eines Kolportage-Romans tragenden Werke die Kolportage-Buchhandlungen mehr zu interessieren, erbrachte von neuem den Beweis, wie schwer und langsam nur unsere Parteigeschäfte den gegen sie geschlossenen Wall von Vorurteilen und Parteigegegnen durchbrechen können.“ Nun, wenn ein Roman, wie die „Töchter des Südens“ kolportiert wird, dann kann die Zeitschrift unmöglich eine bessere Verbreitung finden. Ein Roman in dem auf jeder dritten und vierten Seite von Gift und Justizhaus gesprochen wird, kann die Arbeiter nicht füttern und ethisch erziehen. Wollen wir Erfolg haben, wollen wir, daß die Zeitschrift prosperiert, so muß in der Auswahl der Romane mit größerer Vorsicht vorgegangen werden. (Zustimmung.)

Fischer-Berlin: Es kann mir natürlich nicht einfallen, den Roman „Töchter des Südens“ besonders loben zu wollen. Ich muß aber doch darauf hinweisen, daß der Redner Kolportageromane mit Scandroman identifiziert hat, was nicht angängig ist. Ich will über die Sache ganz kurz hinweggehen, indem ich erkläre: wenn ein Mißgriff vorgekommen ist, so ist ja der nächste Roman schon der Beweis dafür, daß der Mißgriff nach Möglichkeit wieder ausgeglichen ist.

Sindermann-Dresden: Auch ich wundere mich, daß ein Roman wie „Töchter des Südens“ aufgenommen werden konnte; er erinnert mehr an Judianer- und Häubergeschichten, als an einen Roman zur Hebung der Bildung des Proletariats. Es freut mich, daß Fischer seinen Fehler eingesehen hat.

Die Anträge 21 und 22 werden angenommen.

Zur Begründung des Antrages 23^a) bemerkt **Osikamp-Essen:** Der Zweck der Jugendliteratur soll darin bestehen, daß dem Volkentumult entgegengearbeitet wird. So ist unser Antrag zu verstehen.

Wannsch: Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Die Parteileitung ist dieser Frage wiederholt näher getreten, und wenn sie die Möglichkeit gehabt hätte, das Projekt durchzuführen, so wäre es längst geschehen.

Der Antrag wird abgelehnt.

Antrag 25^a) begründet **Rosenow-Dortmund:** Der Antrag ist nicht neu, er ist schon wiederholt gestellt und entspringt einem dringenden Bedürfnis. Es giebt Wahlkreise, deren Vertreter, weil keine Lokale vorhanden sind, keine Versammlung abhalten können. So ist es z. B. im 20. sächsischen Wahlkreise der Fall. In diesen Kreisen empfiehlt sich die Agitation durch Flugblätter, die billiger ist als die Kosten für Versammlungen unter freiem Himmel. Ob ein einheitliches Flugblatt für ganz Deutschland oder verschiedene für die verschiedenen Landesstellen angebracht sind, kann dem Parteivorstand überlassen bleiben. Die Kosten werden nicht allzu groß sein.

Wannsch: Ich glaube, es liegt dem Redner im wesentlichen daran, daß die Flugblätter unentgeltlich abgegeben werden, das wird aber auch schon durch die bisherige Praxis erreicht. Die Verhältnisse in den verschiedenen Wahlkreisen sind verschieden, es kann nicht schablonisiert werden. Gaben die Kreise keine Mittel zur Herausgabe von Flugblättern, so können sie sich an die Parteileitung wenden. Wir haben bisher noch keinen Antrag unberücksichtigt gelassen, der sich auf die Förderung der Agitation bezieht. Lehnen Sie den Antrag ab.

Der Antrag wird abgelehnt.

***) 13. Parteigenossen des ersten Berliner Reichstags-Wahlkreises:** „Das Centralorgan, der „Vorwärts“, soll zweimal täglich, morgens und abends, erscheinen.“

***) 14. Parteigenosse Max Grünwald in Jena:** „Mit der Drucklegung des „Vorwärts“ in einer eigenen Druckerei wird zugleich die Einrichtung eines täglich zweimaligen (morgens und abends) Erscheinens des „Vorwärts“ verbunden; die hierdurch notwendig werdende Abdomments-Erhöhung soll möglichst 4 M. pro Quartal nicht übersteigen.“

***) 21. Parteigenossen des Wahlkreises Teltow-Weeslow-Storkow usw.:** „Die Unterhaltungsschrift „Freie Stunden“ ist in Text und Illustration einer allgemeinen Verbesserung zu unterwerfen.“

***) 22. Parteigenossen im 5. sächsischen Wahlkreise, Dresden-Alstadt:** „Der Verlag der „Freien Stunden“ ist anzutreffen, in der Wahl der darin aufzunehmenden Romane mehr Vorsicht walten zu lassen, damit in Zukunft Romane von so zweifelhaftem Wert, wie der kürzlich erschienene: „Die Töchter des Südens“ vermieden werden.“

***) 23. Parteigenossen in Essen:** „Der Parteivorstand wird beauftragt, möglichst bald die Herausgabe einer zweckentsprechenden Jugendliteratur zu betheiligen.“

***) 25. Die Parteigenossen des 20. sächsischen Reichstagswahlkreises beantragen:** „Der Parteivorstand hat nach Schluß einer jeden Legislaturperiode des Reichstages einen Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage in Flugblättern zur unentgeltlichen Verbreitung herauszugeben.“

Auf die Agitation beziehen sich die Anträge 29, 30, 31, 32, 33, 34, 74 und 75, davon werden die Anträge 29, 33 und 53 nicht unterstützt. Die Anträge 30, 31 und 32 werden in der Diskussion mit einander verbunden.

Zur Begründung der Anträge 30 und 31 erhält

Rahenstein-Mannheim

Das Wort. Den Antrag 32 vertrete ich nicht; er fordert absolute Abstimmung und das verlange ich nicht. Wir sind eine Arbeiter- und eine Kampfpartei. Wollen wir die Lage der Arbeiter verbessern, dann müssen wir auch ihre Einsicht und die Bedingungen ihrer Gesundheit haben. Das ist unsere Aufgabe als Arbeiter- und Kampfpartei. Als Kampfpartei aber müssen wir klare und bewusste Kämpfer heranzubilden trachten. Die Parteipresse beschäftigt sich soviel mit gemeinnützigen Dingen, da kann sie auch die Alkohol-Frage mehr behandeln. Wir geben zu, daß die unangünstigen sozialen Verhältnisse den Alkoholismus begünstigen. Das ökonomische Moment ist aber nicht das einzige. Die Corpsstudenten werden doch wahrlich nicht durch elende Wohnung und mangelhafte Nahrung zum Saufen veranlaßt. (Sehr richtig.) Das gilt aber doch auch bei uns. Es sind Arbeiter in besserer Lebenshaltung wie die Bauarbeiter, die Hofenarbeiter, die dem Alkoholismus nicht genügend widerstehen. Redner erinnert an die Gefahren des Alkoholismus für die Jugend. Dem Kinde auch nur einen Tropfen Alkohol zu geben, ist geradezu ein Verbrechen. (Sehr richtig.) Der Arbeiter soll das Geld, das er durch Einschränkung des Alkoholkonsums erspart, für bessere Nahrung ausgeben, für Bücher und Redner nimmt einen Schluck Wasser, Jurule: Prost! Große Heiterkeit, na, es wird mir ja auch nachgesagt, daß ich bei der Begründung eines Antrages einmal fünf Maß Bier getrunken habe. (Heiterkeit.) Neben der Festschreibung haben wir also auch eine Saule. (Große Heiterkeit.) Die Sache selber ist ernst genug, so daß wir sie nicht von der komischen Seite betrachten sollten. Dieser ersten Sache haben wir unsere ernsteste Aufmerksamkeit zu widmen. (Lebhafte Beifall.)

Keil-Stuttgart

Es wird Sie vielleicht wundern, daß ich als Vertreter des Stuttgarter Vorortes Degerloch (große Heiterkeit), wo wir im vorigen Jahre bei dem von den Stuttgarter Genossen veranstalteten Winterfest den Zukunftsstaat etabliert hatten (große Heiterkeit), den Antrag erhalten habe, den Anti-Alkoholtraktat zu begründen. Der Antrag 31 ist durchaus vorsichtig formuliert, so daß ihm wohl zugestimmt werden darf. Redner erinnert an das Beispiel der belgischen Genossen und an einen Artikel des Dr. Grotjahn in der „Neuen Zeit“. Sie brauchen nicht deshalb gegen den Antrag zu stimmen, weil Sie befürchten könnten, daß dann künftighin eine so schöne Feiertage, wie die in Degerloch, unmöglich wäre. Eine so edle Verwendung kann nicht unter den Alkoholmißbrauch fallen. (Heiterkeit und Beifall.)

Waser-Hamburg

bittet, die Anträge 30 und 32 abzulehnen, wohl aber Antrag 31 anzunehmen. Würde der Parteitag heute keine Stellung nehmen, so würden die Gutsentwerfer einfach erklären: Seht Ihr, die Socialdemokraten können trinken, wie sie wollen.

Webel

Ich bitte Sie, alle drei Anträge abzulehnen. Ich fürchte durch diesen Vorschlag nicht in den Verdacht zu geraten, die Unmöglichkeit zu empfehlen. Wenn die Parteigenossen in Bezug auf den Alkoholverbrauch meinen persönlichen Beispiel folgen wollten, dann würden die Wirte sehr schlechte Geschäfte machen. (Sehr richtig.) Aber nach meiner Ansicht haben wir als Partei die Alkoholfrage nicht zu erörtern. (Lebhafte Zustimmung.) Was die Gutsentwerfer dazu sagen, kann uns sehr gleichgültig sein. Wir dürfen die Parteithätigkeit nicht in Mitleidenschaft verwickeln. (Lebhafte Beifall.)

Die drei Anträge werden hierauf abgelehnt; bei Antrag 31 ist die Minorität am stärksten.

Auf Anregung von Keil-Degerloch wird beschlossen, ohne Mittagspause weiter zu tagen.

Antrag 74 begründet

Frau Zieg-Hamburg

Es hieße Wasser in die Leine nach Hannover tragen, wolle ich viele Worte machen. Würde es in unserem lieben deutschen Vaterlande uns Frauen möglich sein, uns den Organisationen der Männer anzuschließen, so würde es nicht nötig sein, diesen in Gotha angenommenen Antrag aufs neue in Erinnerung zu bringen; da das aber leider noch nicht der Fall ist, selbst nicht in unseren Republikanismen Hamburg, Bremen und Lübeck, so bitte ich Sie, dem Antrag zuzustimmen, aber auch thätig dafür einzutreten und dafür zu sorgen, daß er nicht wieder in Vergessenheit gerät. (Beifall.)

Der Antrag wird angenommen.

Antrag 75 begründet

Frau Jekin

Der Antrag fordert nur, daß wir energisch für diejenigen Reformen zu Gunsten der Arbeiterinnen eintreten, die schon lange in unserem Programm stehen, und das in nächster Zeit. Wie Ihnen bekannt sein wird, veranstaltet die Reichsregierung gegenwärtig eine Enquete über die Fabrikarbeit verheirateter Frauen. Veranlaßt ist dieselbe hauptsächlich durch die vom Centrum wiederholt erhobene Forderung, die verheirateten Frauen durch gesetzliches Verbot von der Fabrikarbeit auszuschließen. Wir haben um die Fälligkeit dieser Forderung gegenüber das zu verlangen, was wir im Interesse der Arbeiterinnen für notwendig halten. Die Agitation, die wir entfalten wollen, liegt wesentlich im Interesse der Gesamtpartei, denn wir erreichen dadurch, daß wir die Arbeiterfrage-Gesetze des Centrum auf einem bestimmten Gebiete ad absurdum führen. Nicht kann das Centrum zeigen, ob es ihm mit dem Arbeiterschutze auch wirklich ernst ist. Wir müssen die Massen darüber aufklären, daß die Forderung des Verbots der Fabrikarbeit verheirateter Frauen vom Centrum gestellt ist, obgleich diese Forderung nicht auf Verwirklichung rechnen kann. Nicht um Sonderbestrebungen zu fördern, stellen wir den Antrag, sondern um auch bezüglich einer kleinen Forderung eine Dreiecke zu legen in die Masse der Hindernisse und Schwierigkeiten, die sich unserem Kampfe entgegenstellen. Die Verwirklichung eines anscheinend kleinen Teils unseres Programms wird wesentlich dazu beitragen, die Arbeiterinnen zu besseren Kämpferinnen zu machen für unser Endziel. (Beifall.)

Der Antrag wird angenommen.

29. Parteigenossen Harris-Simbach: „Der Parteitag möge geeignete Genossen zur Herausgabe einer Broschüre beauftragen, welche dazu bestimmt ist, den auf dem Lande wohnenden Parteigenossen als Führer zur Agitation vor Mund zu Mund zu dienen. Die Broschüre soll, an die nächstliegenden Verhältnisse des Kleinbauernstandes anknüpfend, rein theoretisch-socialistischen Inhalts, dabei weniger werbend als aufklärend sein.“

30. Parteigenossen in Heidelberg: „Die Parteileitung zu veranlassen, daß von einem Parteiverlag eine billige Broschüre herausgegeben wird, welche in populärer Weise die Schädlichkeit des übermäßigen Genußes von Alkohol darlegt und auf die schädlichen Wirkungen desselben für die moderne Arbeiterbewegung hinweist.“

31. Parteigenossen in Stuttgart: „Die Parteipresse möge mehr als bisher das Proletariat auf die Schäden des übermäßigen Alkoholkonsums aufmerksam machen.“

32. Parteigenossen Jacob Meyer-Berlin: „Mit aller der Partei zu Gebote stehenden Kraft dafür einzutreten, den Alkohol zu bekämpfen.“

33. Parteigenossen in Wabich: „Die Referenten zur Agitation hat der Parteivorstand resp. die Vertrauensperson des Arealbezugs zu befragen; das vereinnahmte Geld, nach Abzug der Kosten am Orte, an sich zu nehmen, um eine gleichmäßige Agitation in den kleinen Orten wie in den großen Städten zu erzielen.“

34. Parteigenossen in Halle: „Der Parteitag beschließt die Errichtung eines literarischen Bureau, dem die Aufgabe zufällt, Agitationsbroschüren und Flugblätter zu verfassen und eine Korrespondenz für die Parteipresse heranzubringen.“

Die Anträge 74 und 75 sind abgedruckt in Nr. 241 des „Vorwärts.“

Bei Antrag 40 (Aufstellung leitender Gesichtspunkte für die Gemeindepolitik) reicht die Unterstützung nicht aus.

Antrag 56 begründet

Rahenstein

Der Antrag dient einem rein praktischen Zwecke. Die socialpolitischen Praktiker haben in ihrer Konferenz am Dienstag beschlossen, den Parteitag zu ersuchen, diesen Antrag dem Vorstände zur Verächtlichmachung zu überweisen. Es muß für alle die verächtlichen Organe, die im Antrag genannt sind, ein Mittelpunkt zur Sichtung und zum Austausch des Materials geschaffen werden. Ein Gebiet nur scheidet aus, das gewerbegerichtete. Hier haben die Arbeiterbestreiter sich bereits ein Centralorgan geschaffen. Als Centralstelle habe ich die von Genossen Heimann gegründete Volksbibliothek, die einen Archivar erhalten wird, empfohlen. Andere denken an den Anknüpfungspunkt dieser Centralstelle an den „Vorwärts“. Die Entscheidung mag dem Vorstände überlassen bleiben. Die Personenfrage ist gewiß wichtig, aber Personen, wie Quard oder Calver wären sehr dazu geeignet. (Beifall.)

Pfannkuch

Ich bin nicht gegen den Antrag, aber seiner Verwirklichung stellen sich doch große Schwierigkeiten entgegen. Überweisen Sie den Antrag einfach dem Parteivorstande.

Der Antrag 56 wird dem Vorstände überwiesen.

Antrag 47 (Genossenschaftsweien) ist durch Annahme der Bebel'schen Resolution erledigt.

Verhandelt wird nunmehr über die letzte Gruppe der Anträge, die sich mit dem nächsten Parteitage beschäftigen, sie betreffen die Tagesordnung, den Ort und die Berichterstattung über den Parteitag.

Mit der Tagesordnung des nächsten Parteitages beschäftigen sich die Anträge 50* und 66.

Antrag 50 begründet Keil-Degerloch mit dem Hinweis, daß es der Partei der Verkehrspolitik gegenüber an einer festen Grundlinie fehlt. In Zusammenhang mit der Verkehrspolitik steht die Handelspolitik. Der Ablauf der Handelsverträge im Jahre 1903 zwingt uns, Stellung zu nehmen. Wir sind eine Partei des Fortschritts und müssen den Verkehr fördern, dessen Hebung eine Kulturforderung ersten Ranges ist.

Der Antrag 50 wird angenommen.

Antrag 66 begründet Frau Rosa Luxemburg: Die Verhandlungen haben den Beweis geliefert, daß die Taktik der Genossen in den einzelnen Ländern keine gleichgültige Sache für die Gesamtpartei ist. Was den preussischen Genossen recht ist, ist auch den bairischen und badischen Genossen billig. (Sehr richtig.) Auch die Frage der preussischen Landtagswahlen hätte bei weitem nicht soviel Staub aufgewirbelt, wenn man die Frage von der Art und Weise der Vertretung überhaupt gelassen hätte. Die Genossen befürchteten eben eine ganz bestimmte Art der Vertretung. Praktisch geworden ist die Frage durch das Verhalten der bairischen Genossen. Die Bebel'sche Resolution ist in ihren Angaben über unser Verhalten zu den bürgerlichen Parteien so allgemein, daß für mich kein Grund war, gegen diesen Abzug zu stimmen. Jeder deutet sie so, wie er will. (Sehr richtig.) Ein praktischer Fingerzeig für unser Verhalten den bürgerlichen Parteien gegenüber ist unvorhanden darin vorhanden, als der Begriff Kompromiß in letzter Zeit schwandend geworden ist. Nicht darum handelt es sich, die Genossen der einzelnen Länder zu bevorzugen und zu schulmeiern, sondern die allgemeinen Grundlagen sollen hervorgehoben werden, um die Sache einheitlich zu regulieren.

Seine-Verlin beantragt die Ablehnung des Antrages; durch die Resolution Webel ist der Streit beigelegt und definitiv entschieden. (Widerpruch.) Soll er von neuem wieder angefaßt werden? Sollen wir wieder ein Jahr für die praktische Arbeit verlieren? Wir haben wirklich angefaßt der großen praktischen Aufgaben wichtigeres zu thun. (Sehr richtig.) Die Parteipresse hat die so wichtige Novelle zur Alters- und Invalidenversicherung noch nicht zu ihrem vollen Rechte gelangen lassen können, weil ihr Raum beschlagnahmt war durch Erörterungen allgemeiner Natur. Sich theoretisch über die Taktik zu unterhalten, ist ein ganz fruchtloses Beginnen. (Sehr richtig.) Die Taktik läßt sich nicht von vornherein bestimmen, sie richtet sich nach den jeweiligen Umständen. Es ist nicht notwendig, heute wieder ein Feuer anzuzünden. (Beifall.)

Webel: Die Argumente des Vorredners sind durchaus falsch, die Streitfragen in der Partei sind durch die Annahme der Resolution Webel nicht erledigt worden. In theoretischen Dingen mag Einheitlichkeit sein, aber diese lassen sich in der Praxis verschiedenes anwenden, und darauf kommt es an. In Bezug auf die Landtagswahlbeteiligung muß Klarheit geschaffen werden, während es sich jetzt nur um ein Vertuschen handelt. Ich hoffe, daß binnen einem Jahre der Eindruck, den die Verhältnisse in Sachen hervorgezogen haben, nicht verflöcht sein wird. Wenn man sich auf die große Mehrheit verweist, mit der der dritte Abzug der Resolution Webel zur Annahme gelangt ist, so halte ich es für um so notwendiger, die Frage auf dem Parteitage wieder zur Sprache zu bringen. Wenn wir auch in der Minorität bleiben, die Verhältnisse des Parteitages werden wir schon respektieren; es giebt aber Dinge, die durch die Praxis geklärt werden müssen. Sie werden sich die Finger ganz heftlich verbrennen und gebranntes Kind scheut das Feuer.

Die Diskussion wird geschlossen, der Antrag 60 wird angenommen; gegen diese Bestimmung wird Widerspruch laut. Mit der Zeit für die Abhaltung des Parteitages beschäftigen sich die Anträge 49* und 67, wovon der erstere nicht genügend unterstützt wird. Den Antrag 67** begründet

Wiener-Rürnberg

Der Parteitag fällt gegenwärtig mit den Verhandlungen der zweiten bairischen Kammer zusammen, was die parlamentarische Aktion der bairischen Genossen außerordentlich schädigt. So hat jetzt ein Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten Wahlrechts und eine Interpellation wegen der Stellung der bairischen Abgeordneten zur Justizvorlage zurückgestellt werden müssen. Für die Abhaltung des Parteitages im September spricht auch der Umstand, daß da noch der Sommerfahrplan in Geltung ist.

Adler-Hamburg

wünscht die eventuelle Verlegung in den September, damit die Landwirte an den Verhandlungen des Parteitages teilnehmen können.

Vollmar

ergänzt die Ausführungen Wiemers durch die Mitteilung, daß der Zusammentritt des bayerischen Landtags auf einer Verfassungsbestimmung beruht. Diesmal habe es sich noch ermöglichen lassen, daß einige bayerische Landtagsmitglieder zum Parteitage kamen; in Zukunft würde das vielleicht unmöglich sein. Mit der Verlegung auf den November sei den Bayern nicht gedient. Landwirte seien in der Partei leider so wenige, daß eine Rücksichtnahme darauf nicht zu erfolgen brauche.

Gerisch

verweist nur darauf, daß die Verlegung des Parteitages auf den September eine abermalige Aenderung des Geschäftsjahrs notwendig mache.

Der Antrag wird angenommen.

Zum Ort des nächsten Parteitages wünscht der Antrag 48 Lübeck, 61 Mainz, 68 Nürnberg. Singer verliest eine Depesche aus Nürnberg, worin gebeten wird, im Falle der Wahl von Nürnberg einen Extraport zu bestimmen, da die Verhältnisse in Bezug auf die Vertretung von Frauen an dem Parteitage noch nicht geklärt ist.

*) 50. Parteigenossen in Stuttgart: „Auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages die Frage der Verkehrspolitik zu stellen und dazu einen geeigneten Referenten bestellen.“

Antrag 66 ist abgedruckt im „Vorwärts“ Nr. 239.

*) 49. Parteigenossen in Grabow a. O.: „Den nächsten Parteitag zwischen Weihnachten und Neujahr tagen zu lassen.“

*) Antrag 67 ist abgedruckt im „Vorwärts“ Nr. 239.

Kaish-Lübeck vertritt den Antrag 48 und führt für ihn das Recht der Erstgeburt an.

David-Mainz führt für die Wahl von Mainz an, daß jetzt der Süden eine Anwartschaft auf die Abhaltung des Parteitages habe.

Wiener-Rürnberg bemerkt gegenüber der Depesche, daß das neue bayerische Vereinsgesetz jede Schwereigkeit bezüglich der Frauen befreit habe, ohne jede Störung durch die Behörden seit in der letzten Zeit mehr als hundert Versammlungen gegen die Justizvorlage abgehalten worden unter Vertretung von Frauen; man solle Nürnberg wählen und Mainz als Extraport bestimmen.

Silly-Braun eruchtet um Ablehnung der Nürnberger Einladung. Bisher haben wir keine Erfahrungen, die uns das Recht geben, die Abhaltung des Parteitages in Nürnberg zu riskieren. Ein bayerischer Genosse, mit dem wir Müddische genommen haben, hat uns ausdrücklich gesagt, daß die Verhältnisse wegen der Zulassung von Frauen mindestens zweifelhaft seien. Ein Antrag der Berliner Genossen, in dem Organisationsstatut den Passus von der Wahl von Delegierten in besonderen Frauenversammlungen zu streichen, ist ausschließlich mit Rücksicht darauf nicht aufrecht erhalten worden, weil uns gesagt war, daß bayerische Genossinnen dann am Parteitage nicht werden teilnehmen können.

Leisinger: Nehmen Sie die Einladung von Nürnberg an, wir wollen die Sache einmal zur Klärung bringen. Wir wissen selbst nicht, wie wir mit unserem Vereinsgesetz daran sind. Wählen Sie also als zweiten Ort Mainz und zwingen Sie unsere Regierung zu einer Entscheidung.

Der Parteitag entscheidet sich für die Einladung von Mainz.

Es folgt die Beratung des Antrages 77:

Der Parteitag beschließt, daß für den nächsten Parteitag ein unparteiisches Stenographenbureau mit der Berichterstattung betraut wird.

Frau Jekin

Glauben Sie nicht, daß ich durch den Antrag bezweckt habe, eine Berichterstattung herbeizuführen, die jedes einzelne hier gesprochene Wort vereinigt! Ich bin mir auch durchaus der praktischen Schwierigkeiten bewußt, welche der Ausführung des Antrags im Wege stehen. Den Schwerpunkt möchte ich auf das Wort „parteiisch“ gelegt sehen, es fällt mir nicht ein, die offizielle Berichterstattung für unser Protokoll oder für den „Vorwärts“ zu benämigen. Dagegen weist die Berichterstattung für unsere Provinzpresse eine entschieden tendenziöse Färbung auf. (Sehr wahr.) Wände Neben sind tendenziell und in Unstimm verkehrt. Ich habe deshalb einen der hier anwesenden Herren zur Rede gestellt und wissen Sie, was er mir zur Antwort gab? „Ja wohl, es ist vielleicht tendenziös, aber wir haben auf dem Boden der anderen Anschauung. Wir können nicht aus unserer Haut“ (Hört, hört!). Wenn die Herren ihre Ansichten als Genossen zum Ausdruck bringen wollen, so müssen sie das auf andere Weise thun. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch darauf hinweisen, daß die parlamentarische Korrespondenz für unsere keine Presse tendenziös gefärbt ist. Das muß einmal zur Sprache gebracht werden.

Singer

Wenn Frau Jekin nur die Absicht hatte, die Sache zur Sprache zu bringen, so hat sie ja ihren Zweck erreicht und könnte den Antrag zurückziehen. So aber zwingt sie mich zu einigen Bemerkungen. So sehr ich mit Frau Jekin eine tendenziöse Berichterstattung verurteile, so wenig fühle ich mich veranlaßt, ihrem Antrag zuzustimmen. Kommen in der That solche tendenziösen Berichte in die Provinzpresse, so mögen die betreffenden Delegierten die Redaktionen der Zeitungen darauf aufmerksam machen, daß sie sich nach einem anderen Berichtsfasser umsehen. Es ist doch Sache der Redaktionen, für eine objektive Berichterstattung zu sorgen. Aber was Frau Jekin mit ihrem Antrag bezwecken will, das erreicht sie nicht, sie soll mir ein Blatt unserer Provinzpresse nennen, welches im Stande wäre, die stenographischen Berichte zu bringen. Das würde ja Wochen und Monate dauern, ehe die Berichte gebracht sind. Aber ganz abgesehen davon, bedarf es zur Anfertigung stenographischer Berichte eines großen Bureau, denn sie können doch nicht erwarten, daß jemand hier täglich acht Stunden stenographiert. In übrigen hatten wir ja früher eine solche Einrichtung, die Folge davon war, daß sich die Herausgabe des Protokolls verzögerte, daß es erst erschien, wenn das Interesse an den Verhandlungen bereits erlahmt war. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag abzulehnen. Und nun noch ein Wort, ein Wort des Dankes an unsere Berichtsfasser für den „Vorwärts“ und das Protokoll. Wir alle haben diese Woche hindurch eifrig gearbeitet, aber mehr als wir alle haben unsere Berichtsfasser gearbeitet. (Allseitige Zustimmung.) Wer mit angesehen hat, wie die Genossen bis nachts um 12 Uhr saßen, um die Berichte fertig zu stellen, der muß von Dank erfüllt sein für diese Arbeit. Daß einmal kleine Unrichtigkeiten vorkommen, daß einmal eine Rede ausführlicher behandelt wird als eine andere, das bestreite ich nicht. Dagegen ich aber aus langjährigen Kenntnissen der Berichte im Namen der Betreffenden, die ja hier nicht das Wort ergreifen können, protestiere, ist, als ob man aus Ihren Berichten auf eine Tendenz schließen darf. Das hat ja auch Frau Jekin nicht getan, aber ich halte es doch für nötig, das ausdrücklich zu betonen. (Beifall.)

Frau Jekin erklärt, daß sie ihren Antrag bereits während der Singsinger'schen Rede zurückgezogen habe.

Damit ist diese Angelegenheit erledigt.

Singer macht nunmehr Mitteilung von dem Ergebnis der

Wahlen zur Parteileitung

Es sind abgegeben worden 231 Stimmzettel, von denen 8 ungültig sind, weil auf 5 derselben mehr Namen als 7 für die Controlenre und auf 2 mehr Namen als 5 für die Vorstandsmitglieder sich fanden; 1 Stimmzettel ist aus anderen Gründen für ungültig erklärt worden. Es haben erhalten für die Vorsitzenden Webel 222 Stimmen, Singer 222, Luxemburg 2, Jekin 2, Heine 1, Schuppel 1 Stimme. Demnach sind zu Vorsitzenden Webel und Singer gewählt worden. Als Kassierer ist Gerisch mit sämtlichen 223 gültigen Stimmen wiedergewählt worden. Als Sekretäre wurden wiedergewählt Pfannkuch mit 222 und Kuer mit 129 Stimmen. Außerdem haben erhalten Schwarz-Lübeck 81 und Mollenbaur 1 Stimme. Für die Controlenre erhielten Weiser 203, Brühne 154, Kaden 154, Koenen 122, Jekin 116, Ehrhart 110 und Meyer 92 Stimmen. Diese sind sämtlich gewählt. Außerdem erhielten Meyer 78 Stimmen, Blume 77, Koblenger 75, Oertel 66, Hervert 46, Dübber 43, Ewald 30, Lipinski 30, Hoffmann 29, Bauer 28, Feisinger 25, Lorenz 20, Geiß 12, Jieß 3, David 2, Grenz 1, Gerlach 1, Braun 1, Luxemburg 1, Sindermann 1, Adler 1 Stimme.

Singer

Damit wären wir am Schluß unserer Arbeiten. Ich habe namens des Parteitages herzlichen Dank unseren hannoverschen Genossen auszusprechen, die uns nicht nur ein so schönes Fest zum Empfang bereitet haben, sondern auch während der ganzen Woche keine Mühe und Opfer gespart haben, uns dieses Parteital so wohlthunlich als möglich zu machen. (Beifall.) Ebenfalls habe ich einer Dankespflicht zu genügen gegenüber den Genossen, die wir in die Mandatsprüfungskommission gewählt haben, und denen, die andere umfangreiche Arbeiten für den Parteitag geleistet haben; sie haben zwar einen Teil unserer Verhandlungen nicht bewohnen können, aber doch im Dienste der Partei fleißig gearbeitet. (Bravo.)

Wenn ich nun einen kurzen Rückblick auf unsere Verhandlungen werfe, so liegt mir nichts fern, als irgend etwas vertuschen oder verschleiern zu wollen, um etwa nach außen hin künstlich einen befriedigenden Erfolg zu konstruieren. Aus vollster Ueberzeugung spreche ich es aus: Wir dürfen zufrieden sein mit den Ergebnissen dieses Parteitages. Wenn auch zu manchen Stunden in diesem Saale gleich einem Gewittersturm die Leidenschaften entzündet waren, wobei nicht immer die zartesten Worte gewählt wurden, so meine ich, ist das, was vielleicht die Gegner als unsere Schwäche bezeichnen, doch auch in gewissem Sinne die Stärke unserer Partei. Wenn eben nicht der Eifer und die Energie, mit der bei uns die Ansichten vertreten werden, auch äußerlich in einer gewissen leidenschaftlichen Weise zum Ausdruck kommen würden, so würde unseren Diskussionen und Beschlüssen ein Teil ihres Wertes abgehen (Zustimmung), (Schluß im Hauptblatt.)

Die „Harmlosen“ vor Gericht.

Erster Tag.

Nach Eröffnung der Sitzung durch Landgerichts-Direktor Denso teilt Rechtsanwält Dr. Schachtel mit, daß Justizrat Kleinholz ein Schreiben des Herrn Maximilian v. Hedlich aus Paris erhalten habe. v. Hedlich spricht darin seine Verwunderung darüber aus, daß man sich nicht auf sein Zeugnis berufen habe. Er sei bereit, auf eigene Kosten nach Berlin zu kommen und sich vernehmen zu lassen; er könne nur sagen, daß er seit 1894 häufig mit v. Kasper am Spieltisch gesessen und nie unfair gespielt habe. — Oberstaatsanwalt Dr. Ikenbiel hält eine Vernehmung des Herrn v. Hedlich nicht für notwendig, da ja schon durch verschiedene Zeugen bekundet worden, daß v. Kasper nicht unfair gespielt hat. Interessant sei in dem Briefe nur, daß schon im Jahre 1894 gespielt wurde, während bisher immer erst das Jahr 1895 als Anfangstermin galt.

Wie man angehoben wird.

Einen breiten Raum in der Verweisaufnahme nimmt die Vernehmung des Leutenants v. Keimert in Anspruch, der vor 2 Jahren einmal mit v. Kasper eine Nacht hindurch bei Albrecht gespielt hat. Als die beiden Spieler endlich am hellen Morgen das Albrechtische Lokal verlassen mußten, war v. Kasper der „Angehobene“. Beide Herren gingen dann in die Wohnung des Zeugen im Hotel Bristol und das Jeu wurde dort fortgesetzt mit dem Schlusseffekt, daß v. Kasper 12 400 M. verloren hatte. Mit der Regulierung dieser Schuld hat es dann gehapert. v. Kasper hat dem Zeugen, wie sich aus verlesenen Briefen ergibt, in recht dringlicher Weise um Rücksicht ersucht. In dem einen Briefe schreibt er, daß er in jener Nacht sinnlos betrunken gewesen sei und zu sehr „angehoben“ worden sei. Er befindet sich in dringender Verlegenheit, habe in zehn Tagen seine erste schriftliche Arbeit zum Abschliessen abzuleisten, werde selbst von seinen Schuldnern im Stich gelassen und bitte, seine Verzweiflung nicht zu vernachlässigen. Nach der Erinnerung des Zeugen soll v. Kasper sogar gefragt haben, er sei elternlos und habe kein Vermögen. Von der Schuld sind erst 2400 M. reguliert, der Rest von 10 000 M. steht noch offen.

v. Kasper erklärt dies damit, daß infolge der Artikel im „Berl. Tageblatt“ damals auch seine Spielschuldner nicht an ihn bezahlt haben und er deshalb nicht habe einsehen können, warum er allein bezahlen solle. Der Angeklagte bleibt dabei, daß er in jener Nacht stark anmüdet gewesen sein müsse, da er sich sonst auf ein Spiel nicht eingelassen haben würde, bei dem die Chancen für ihn von vornherein sehr schlecht standen. Der Zeuge erwidert, daß er von sinnloser Trunkenheit des Angeklagten nichts gemerkt habe, andernfalls würde er mit dem Angeklagten selbstverständlich nicht gespielt haben. — Justizrat Dr. Sello stellt fest, daß v. Kasper zu der Zeit, als er dem Zeugen das Geld schuldig wurde, von anderen Herren über 15 000 M. zu fordern hatte.

Staatsanwalt und Verteidigung.

Nach einigen vom Staatsanwalt an den Zeugen gerichteten Fragen stellt Staatsanwalt Dr. Schachtel den prozessualen Antrag, daß in Gemäßheit des § 256 der Straf-Prozess-Ordnung die Zeugen erst im Zusammenhange sich äußern sollen, dann den Angeklagten Gelegenheit gegeben werde, sich zu äußern und hierauf erst dem Staatsanwalt zu gestatten, Fragen zu stellen, damit nicht durch das jetzige System der vorherigen Befragung durch den Oberstaatsanwalt der Zeuge einseitig beeinflusst werde. — Vorl.: Ist es dem Verteidiger mit bekannt, daß nach den Grundsätzen des Reichsgerichts der § 256 der Straf-Prozess-Ordnung mit instruktiver Natur ist und ein Revisionsgrund daraus nicht hergeleitet werden kann. — Dr. Schachtel: Es handelt sich gar nicht um einen Revisionsgrund, sondern um eine prozessuale Handhabung nach den Grundsätzen, die der Gesetzgeber festgesetzt hat.

Oberstaatsanwalt Dr. Ikenbiel legt aus entschiedenste Verwahrung gegen den Vorwurf der „einseitigen Beeinflussung“ ein. Eine solche habe ihm in seinem ganzen amtlichen Leben stets fern gelegen und er müsse die Protokollierung der Vernehmung des Verteidigers beantragen. — Dr. Schachtel: Ich habe nur eine sachliche Beeinflussung im Auge gehabt, die der Gesetzgeber vermeiden wollte. — Justizrat Dr. Sello tritt seinerseits der prozessualen Auffassung des Staatsanwalts Dr. Schachtel entgegen. — Vorsitzender: Ich dachte, den Angeklagten wird im ausreichendsten Maße Gelegenheit zu ihrer Verteidigung gewährt. Raum in irgend einem anderen Prozesse, die diesen Angeklagten Gelegenheit haben, so viel zu reden, wie hier. — v. Kasper: Ich habe mich ja auch noch gar nicht über die Beschränkung des Fragerechts beklagt. — Die Rechtsanwält Dr. Schwindt und Pincus I. geben Namens ihrer Klienten dieselbe Erklärung ab. — Die vom Staatsanwalt beantragte Protokollierung wird vorgenommen.

Herr v. Kasper als Cavalier.

Auf Antrag des Staatsanwaltes wird das Protokoll über die Vernehmung des Zeugen vor dem Untersuchungsrichter verlesen. Die damaligen Aussagen des Zeugen klangen recht ungünstig für die Angeklagten. Danach soll v. Kasper, als er an Begleitung der Spielschulden erinnert wurde, u. a. gesagt haben: „Sie sind aktiver Offizier und ich Zivilist. Sie bekommen überhaupt nichts von mir, ich würde mich eventuell an Ihren Regimentskommandeur wenden.“

v. Kasper bestreitet, eine Drohung in dieser Form ausgesprochen zu haben. Er habe nur gesagt, daß, wenn ihm der Zeuge Unannehmlichkeiten bereiten würde, er dasselbe ihm gegenüber thun würde. Der Zeuge erklärt auf dringendes Befragen des Justizrats Dr. Sello, daß er nicht sagen könne, daß der Angeklagte von Kasper mit dem Regiments-Kommandeur gedroht habe, und nur eine ähnliche Äußerung, wie sie jetzt v. Kasper gemacht habe, in Erinnerung habe. Der Zeuge bestätigt auch dem Angeklagten, daß dieser ihn wegen seiner Äußerung um Entschuldigung gebeten und gesagt habe, dieselbe sei nur in der Verlegenheit erfolgt. Weiter erklärt Zeuge auf einen Vorhalt des Dr. Sello, daß er nicht sagen könne, ob von Kasper gesagt habe, er habe „keine Eltern“ oder nur er habe „keinen Vater“. Er, Zeuge, selbst sei nicht auf Zusage angewiesen, sondern habe sein Vermögen, und habe seinen Spielanstand stets aus seinem Einkünften bestreiten können.

Der Prozeß wird zur Sechstage.

Justizrat Dr. Sello: Da hier nun wieder ein Protokoll verlesen worden ist, mit der Motivierung, daß festgestellt werden soll, was der Zeuge früher ausgesagt hat, so muß — selbst wenn die Verhandlung sich ins Unermeßliche ausdehnen sollte, die Verteidigung beantragen, sämtliche Protokolle über die Vorvernehmung aller Zeugen in Gegenwart der wieder herbei zu citierenden Zeugen zu verlesen, gleichfalls um festzustellen, was diese ausgesagt haben und unter welchen Umständen dies geschah. — Oberstaatsanwalt Dr. Ikenbiel: Ich kann der Verlesung nicht widersprechen, selbst wenn die Verhandlung 6 Wochen dauern sollte. — Justizrat Dr. Sello: Die Verhandlung würde wohl ein Vierteljahr dauern, denn sämtliche Zeugen müßten wieder hierher kommen. — Oberstaatsanwalt: Der Antrag müßte doch mindestens genauer substantiiert werden. Soweit die Zeugen bereits entlassen sind und nicht mehr zur Stelle sind, ist der Gerichtshof jedenfalls Herr seines Willens. — Justizrat Dr. Sello: Wir haben ein sehr lebhaftes Interesse daran, event. an anderer Stelle eine Entscheidung darüber herbeizuführen, ob eine derartige Substantiierung der Hauptverhandlung durch die Vorvernehmung statthaft ist oder nicht. Einer einseitigen Auswahl der Zeugen, deren Vernehmung vor dem Untersuchungsrichter verlesen werden soll, würden wir nicht zustimmen; dann wollen wir doch lieber in 1/2-jähriger gemeinsamer Arbeit alle Zeugenaussagen rekonstruieren. — Oberstaatsanwalt: Ich habe gar nichts dagegen und bitte nur um genaue Formulierung des Antrages. — Justizrat Sello: Wir

haben auf die Protokolle nicht zurückgegriffen, weil nach den darüber gepflogenen Verhandlungen eigentlich ein stillschweigendes Abkommen darüber vorzuliegen schien. Da aber der Staatsanwalt von diesem Verfahren wieder abgewichen ist, so müssen wir aus unserer Reserve auch heraustreten.

Verlesen oder nicht verlesen.

Rechtsanwalt Dr. Schwindt: Namens meines Klienten soll ich erklären, daß dieser eine Verlesung der sämtlichen Protokolle nicht für nötig hält, da nach seiner Meinung trotz aller Protokolle für die Entscheidung doch nur maßgebend sein kann, was die Hauptverhandlung erbringt und was die Zeugen hier aussagen. — Vorl.: Ich habe schon wiederholt betont, daß für den Gerichtshof nichts anderes maßgebend sein kann, als was hier ausgesagt wird. Wenn Protokolle verlesen worden sind, so geschah dies nur, um das Gedächtnis der Zeugen zu stärken. — Der Vorsitzende fragt den Angeklagten von Kasper, ob er selbst dem Antrage des Verteidigers beiträgt und die Verlesung der sämtlichen Protokolle wünscht. Der Angeklagte erklärt, daß er zu diesem Zweck zunächst sich eingehend mit seinem Verteidiger beraten müsse. Dazu soll die am Montag stattfindende Unterbrechung der Verhandlung benutzt werden.

Der Zuchthaus-Gentleman.

Hierauf wird Rechtsanwalt Bronker als Zeuge aufgerufen, der die Verteidigung des Wolff in dieser Anklage übernommen hatte. Auch er bestätigt, das Wolff auf jeden Unbefangenen einen vorzüglichen Eindruck, den Eindruck eines vollkommenen Gentleman machen müsse. Er habe ihn für einen wohlhabenden Mann gehalten. Nach Wolffs glaubwürdigen Angaben sei er nur sechs bis acht Mal im Centralhotel gewesen und mit den Angeklagten nicht in intimen Verkehr getreten.

Rechtsanwalt Dr. Schachtel: Weiß der Herr Zeuge vielleicht, warum Wolff, wenn er das Bewußtsein hatte, nichts Böses begangen zu haben, entflohen ist? — Rechtsanwalt Bronker: Aus einem an seine Ehre heran gerichteten Briefe ist folgendes zu ersehen: Er hatte wohl die Befürchtung, daß nach dem „Tageblatt“-Artikel ganz kolossale Sachen sich entwickeln und er selbst wegen seiner Vergangenheit verhaftet werden würde. Eine längere Haft glaubte er bei seiner zerütteten Gesundheit nicht aushalten zu können. — Oberstaatsanwalt: Woher kam dieser Brief? — Zeuge: Das kam ich Ihnen nicht sagen, das weiß ich nicht. Ich erhielt ihn aus den Händen seiner in Charlottenburg wohnenden Frau. Der Brief ist vorsichtigerweise nur datiert: „30. 12. 98“. (Weiterleit.) Der Zeuge verliest unter Hinweis auf seine Pflicht der Amtsverschwiegenheit aus dem Briefe nur einzelne Stellen, in welchen es u. a. heißt: Man habe aus der Müde einen Elefanten gemacht, er sei so gemein verleumdet worden, daß er nicht mehr wagen dürfe, auf die Straße zu gehen.

Neue Fraktionen.

Es werden mehrere Zeugen vernommen, die nicht wesentlich anders auslagen, als die übrigen Zeugen: sie haben nichts Verdächtiges beim Spiel bemerkt, die Angeklagten haben gewonnen und verloren, man kann nicht behaupten, daß sie unfair gespielt haben. Dem Angeklagten v. Kasper wird sogar von einem Zeugen das Zeugnis ausgestellt, daß er ein sehr nobler Spieler gewesen sei. Auch über die hohen Verluste einzelner Personen werden noch Mitteilungen gemacht. Insofern daraus belastende Folgerungen gezogen werden sollen, wird ihnen seitens der Verteidigung mit der Bemerkung begegnet, daß große Verluste auch in anderen Kreisen vorkommen und Graf Sech im „Turkklub“ beispielsweise über 100 000 M. verloren haben soll. — Bei der Vernehmung eines dieser Zeugen kommt es wieder zu einer lebhaften Scene. Rechtsanwalt Dr. Schachtel tritt lebhaft einer Auffassung des Vorsitzenden über eine Stelle dieser Zeugenaussage entgegen. Der Vorsitzende erklärt energisch, daß er sich diese Art und Weise ernstlich verbitten müsse und im Wiederholungsfall den Gerichtshof wegen Verhängung einer Ordnungsstrafe befragen werde. Er wisse, wie die Mitglieder des Kollegiums über das Verhalten des Verteidigers denken. — Rechtsanwalt Dr. Schachtel erklärt, daß er keineswegs persönlich sich gegen den Vorsitzenden gerichtet habe, sondern nur sachlich die Interessen seines Klienten wahrnehmen wollte. — Nach der Pause macht der Vorsitzende bekannt, daß er zu seinem Bedauern gezwungen sei, die Verhandlung abzubrechen, da durch den Gerichtshof geschäftliche Angelegenheiten von unauflösbarer Wichtigkeit zu erledigen seien. (Es handelt sich dem Vernehmen nach um eine durch die lange Dauer dieses Prozesses notwendig gewordene anderweitige Verteilung der laufenden Geschäfte). Dann erbittet sich Rechtsanwalt Dr. Schachtel noch einmal das Wort: Der Herr Vorsitzende hat vorhin der Androhung einer Ordnungsstrafe die Verweigerung hinzugefügt, daß er wisse, wie die übrigen Mitglieder des Richterkollegiums über mich dächten. Ich möchte fragen, ob sich dies auf meine Person beziehen soll, und im Falle einer nicht zufriedenstellenden Erklärung die Bitte aussprechen, den Vorgang zu Protokoll zu nehmen. — Der Präsl. erklärt, daß weder er noch ein Mitglied des Kollegiums gegen die Person des Verteidigers das geringste einzuwenden haben, daß aber die Anträge des Verteidigers nach Ansicht des Gerichts mitunter lästig fallen. — Rechtsanwalt Dr. Schachtel: Es handelt sich also nur um einen sachlichen Zweispalt? — Vorl.: Ganz gewiß. — Dr. Schachtel: Dann bin ich zufrieden.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen und die Fortsetzung der Verhandlung auf Dienstag, den 17. d. M., vormittags 9 Uhr, anberaumt.

Kunst und Wissenschaft.

Baumeister Soluch. (Berliner Theater.) Die Leute sind ja nachgerade aufgestanden, die Jüden für ein unfittliches Individuum hielten. Wenn Dichter sich einmal durchgesetzt haben, kann die Welt nur schwer begreifen, wie man einst mit leidenschaftlichem Haß gegen sie vorging. Am vollends Jüden der Unfittlichkeit zu zeihen, müßte man — wie und heute, scheint — über einen Müll verfügen, der nicht eben zu bewundern wäre. In Wirklichkeit sind es gerade fittliche Probleme, die ihn am tiefsten

bewegen. Er ist nie scharfsinniger, nie unerbittlicher, nie strenger, als wenn er Fragen des Gewissens behandelt. Die Stellen, die von fittlichen Dingen handeln, gehören in ihrer dunklen Schönheit vielleicht zum Besten und Wertvollsten, das in seinen Dichtungen überhaupt zu finden ist. Danach fragten aber die Leute nicht, die ihn als unfittlich zum Scheiterhaufen verdammt wissen wollten. Sie handelten einfach, wie auch die Leute handelten, die vor ihnen Hebbels „Julia“ ein „unfittliches Produkt“ nannten. Sie sahen in einem sogenannten „traulichen Verein“, wo die Poesie von Julius Wolf vertreten wurde, und kreischten entkräft auf, als Jüden den Schleier fortzögen und die Fäulnis zeigte, die unter der „Traulichkeit“ lag. Sie sahen an einer äppigen Tafel, wo die Moral durch das Strafgesetzbuch und die Lebensfreude durch Blumenthal vertreten wurde. Was Wunder, daß sie peinlich berührt wurden, als Jüden ihnen den Totenschädel auf den ledernen Tisch setzten. Da nun in Deutschland der Vorwurf der Unfittlichkeit immer am sichersten tötet, riefen die erschrockenen Schwelger „unfittlich, unfittlich“ und Blumenthal murmelte in seiner Verwirrung überdies noch etwas „Lebensfreude“. Möglicherweise wird der Vorwurf der Unfittlichkeit Dichtern wie Jüden, Hebbel, Kleist gegenüber immer durch den Umstand, daß sie die Verewigung und Verewilderung der Luft nicht zeigen können, ohne uns erst die Luft vor die Augen zu bringen.

„Pan u e i e r e s o l u e h“, mit dem uns das „Berliner Theater“ erfreute, ist die ergreifende Tragödie eines Künstlers, der schließlich — nach die Unfittlichkeit! — daran zu Grunde geht, daß er ein zu feines Gewissen besitzt. In dieser ergreifenden Symbolik zeigt Jüden, wie er den „Dämon Künstler“, der in seiner Brust laust, immer wieder und immer wieder mit menschlichem Leben und Glück gesättigt hat. Er hat es aber nicht natü gethan. Baumeister Soluch hat mit schlechtem Gewissen, was er that. Nun, da graue Härten sich durch sein Haar zu ziehen beginnen, peinigt ihn das Gewissen immer härter. Es ist eine Jucht über ihn gekommen: die Jucht vor der Wiedervergeltung. Die Jugend wird an ihm die Rache vollziehen. Sie wird seine Künstlerherrschaft brechen und als verachteter, überwundener Mann muß er dann den Raum hüten, den er mit Menschenopfern erkaufte. Er fühlt die Kraft nicht mehr, mit der Jugend zu ringen und gerade in dem Augenblick tritt ihm ein junges Weib entgegen, die ihm in einem letzten Kampf die letzte entscheidende Kraft geben kann. Hilde Wangel ist ein wildes, ungeborenes Weib, die das Königreich seiner Liebe von ihm verlangt. Er jubelt auf in jungen Glück. Er will nicht mehr Kirchen bauen, nicht mehr Heimstätten für Menschen, sondern nur noch Schöpfung, die von irdischer Macht und Herrlichkeit reden. Aber der Mensch verfliegt: er kann nicht mehr. Rücksichten hier und Rücksichten dort und Rücksichten an allen Ecken. Baumeister Soluch ist nicht schwindelfrei. Wie er die Höhe erklimmen will, ertötet er herab und zerhackt sich den Schädel. Er hatte kein Singsanggewissen.

In der Darstellung erweist sich Stahl durch feines und kluges Spiel. Frau Braich-Grevenberg geriet sehr häufig die Jüden-Stimmung durch einen groben Proviant, der über das Gespräch hinauswachte und Herr D a f e r m a n n endlich charakteristische eine epische Figur mit so troffen Mitteln, daß einem vom bloßen Hinschauen die Augen weh thun konnten. C. S.

Marktpreise von Berlin am 13. Oktober 1899

Table with market prices for various goods like wheat, rye, butter, etc. Columns include item name, price per unit, and other details.

*) Ermittelt von Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammern - Rottenscheide - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

†) Kleinhandelspreise. Produktenmarkt vom 14. Oktober. Nachrichten aus den künftigen Provinzen über unbefriedigenden Ausfall der Kartoffelernte kamen dem Getreidepreisen zu gute. Weizen und Roggen waren je 10 Pf. höher gehalten. Das Weizen war sehr klein, nur für Roggen zeigte sich einige Frage aus dem Osten. Ocker lag verhältnismäßig, konnte jedoch seine letzten Preise nominell behaupten. Am Weizenmarkt trat nach der letztjährigen Aufschwungbewegung ein leichter Rückfall ein. — Am Spiritusmarkt blieb sowohl Terminal- als auch Spotmarkt ohne Notiz und Handel.

Städtischer Schlachtviehmarkt Berlin, 14. Oktober 1899. Künftiger Bericht der Direktion zum Verkauf fanden: 4149 Rinder, 970 Kühe, 10 637 Schafe, 9975 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 10 Kilogramm Schlachtgewicht in Markt (beziehungsweise für 1 Pfund in Pf.): Für Rinder: Ocker: a) vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes, höchstens 7 Jahre alt 62-66, b) junge fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 67-61; c) mäßig genährte junge und genährte ältere 51-55; d) gering genährte jeden Alters 50-52. — Bullen: a) vollfleischige höchsten Schlachtwertes 61-64; b) mäßig genährte längere und gut genährte ältere 55-59; c) gering genährte 50-55. — Färsen und Kühe: a) vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwertes 60-60; b) vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 54-56; c) ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 52-53; d) mäßig genährte Kühe und Färsen 50-52; e) gering genährte Kühe und Färsen 46-49. — Rinder: a) feinste Rindfleisch (Kollumidmahl) und beste Saugfärsen 77-80, b) mittlere Rindfleisch und gute Saugfärsen 74-76, c) geringe Saugfärsen 69-71, d) ältere, gering genährte Färsen 43-50. — Schafe: a) Wollschämer und jüngere Wollschämer 63-66, b) ältere Wollschämer 55-60, c) mäßig genährte Hammel und Schafe (Wollschafe) 47-53, d) Wollschämer Niederwollschafe (Lebendgewicht) 26-32. — Schweine: für 100 Pfund mit 20 Proz. Tara. a) vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahren 49-60, b) Rinder 49, c) fleischige 47-48, d) gering entwickelte 44-46, e) Sauen 43-44.

Verlauf und Tendenz. Das Rindfleisch wickelte sich reger ab, es bleibt nur ein kleiner Ueberhang. Der Rindfleischmarkt gefallene sich glatt. Bei den Schafen war der Geschäftsgang glatt; es bleibt nur wenig magere Ware unvertan. Der Schweinemarkt verlief ruhig und matt, wird auch nicht ganz geräumt.

Table with theater repertoire for Sunday, Monday, Tuesday, Wednesday, Thursday, Friday, and Saturday. Columns include theater name, play title, and other details.

Tägliches Repertoire. Neues Theater. Bis Donnerstag: Colombine, von Freitag ab: Ein unbekanntes Blatt. Neues tgl. Cyrenus-Theater. Die drei Schwestern und Familienkomer. Central-Theater. Die Geißel. Thalia-Theater. Der Hauptmann. Victoria-Theater. Die weiße Dame. Carl Weich-Theater. Der Weltuntergang. Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Der Klub der Harmlosen. Sonntags-Rachmittags-Vorstellungen: Sonntag, 15. Oktober. Deutsches Theater: Verfunkenes Glocke. Berliner Theater: Pinner von Kirchfeld. Leising-Theater: Im weichen Röhl. Residenz-Theater: Schlachthagen. Central-Theater: Neues Theater: Riwito. Theater des Westens. Woffenstänche. Schiller-Theater: Romeo und Julia. Central-Theater. Vogelwälder. Victoria-Theater: Dorf und Stadt. Ullrich-Theater: Rana. Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater: Der Trompeter von Saffingen. Ostend-Carl Weich-Theater: Haus. (Trie Bollschäme.) Metropol-Theater: Berlin lacht.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis (Süd-Öst)
 Dienstag, den 17. Oktober, abends 8 Uhr,
 im Lokale des Herrn Graumann, Nauhuferstr. 27:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Kassierers. 3. Wahl des
 geauzten Vorstandes. 4. Vortrag des Genossen **Hans Markwald**
 über: „Das Problem der Frauenfrage“. 5. Diskussion. 6. Vereins-
 Angelegenheiten. 243/11
 Nur Mitglieder haben Zutritt. Mitgliedsbuch legitimiert. Die Ver-
 sammlung wird pünktlich eröffnet. Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
 Freitag, den 20. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“,
 Rosenthalerstr. 11-12:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 245/14
 1. Bericht des Vorsitzenden, des Kassierers und der Revisoren. 2. Dis-
 kussion. 3. Neuwahlen des Gesamtvorstandes und der Revisoren. 4. Vereins-
 angelegenheiten.
 Um zahlreichen Besuch der Mitglieder ersucht
Der Vorstand.

Centralverband der Stuccateure.
 Filiale Berlin.
 Montag, den 16. Oktober, abends 8 Uhr,
 bei Buske, Grenadierstr. 33:
General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 3. Quartal. 2. Unsere ge-
 schäftliche Lage. 3. Stellungnahme zu den in der Kunststein-Fabrik Kubro,
 Straßau, beschäftigten Stuccateuren. 4. Verschiedene Anträge in Sachen
 Stuccateure.
 Erscheinen aller Mitglieder notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Brandje Parkettbodenleger.
 Montag, den 16. Oktober, abends 8 Uhr:
Versammlung
 in den „Sprecherhallen“ an der Moabit-Brücke.

Tages-Ordnung: Abrechnung vom Monats; Bericht der Kommission;
 Ersatzwahl zur Centralkommission und Verschiedenes. 122/19
 Um zahlreichen Besuch ersucht
Die Kommission.

Montag, den 16. Oktober 1899, abends punkt 8 1/2 Uhr:
Bezirks-Versammlung
 für Westen und Süd-Westen
 im Lokale der Brauerei von Gabel, Bergmannstr. 5-7.

Tages-Ordnung:
 Wie stellen wir uns zu den Preiserhöhungen der Herren
 Goldbearbeitungs-Fabrikanten?
 Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es besondere Pflicht der
 Kollegen, zu dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Bezirksleitung.

Verein der Arbeiter der Arbeiterinnen
der Wäsche- und Kravattenbranche.
 Dienstag, den 17. Oktober 1899, abends 8 1/2 Uhr, bei Buske,
 Grenadierstr. 33:
Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen **Wiß** über: Religion und Wissenschaft.
 2. Diskussion. 3. Bericht über die Bewegung der Arbeiterinnen.
 4. Vortrag des Vorstandes über
 Einführung einer Krankenversicherung. 5. Verschiedenes (Angelegenheit der
 Kollegen Note und Stern). 251/3
 Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Verband der Graveure, Ciseleure
 und verw. Berufsgen. Deutschlands. Filiale Berlin.
 Dienstag, 17. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Dresdener Garten,
 Dresdenerstr. 45:
Generalversammlung der Filiale Berlin.

Tages-Ordnung:
 1. Geschäftliches. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Bericht über die Be-
 wegung der Ciseleure. 4. Verschiedenes. 128/1
 Sonntag, den 29. Oktober, findet im „Dresdener Garten“
 ein Vortrag mit Damen statt über: „Das Problem der Frauenfrage.“
 Referent Genosse **Markwald**. Nach dem Vortrag: Gemütliches Bei-
 sammeln und Tanz.
 Zahlreiche Beteiligung erwartet
Der Vorstand.

Tapezierer!
 Am Dienstag, den 17. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
Quartals-Versammlung beider Filialen.
 Filiale Nord: Brunnenstr. 188. Filiale Süd: Markgrafstr.
 83, vis-a-vis der Jüterbockerstr. bei Lorenz.

Tages-Ordnung beider Filialen:
 1. Vortrag. 2. Bericht des Vorstandes und des Kassierers. 3. Ver-
 schiedenes. — Mitgliedsbuch legitimiert. 178/9

Achtung! Töpfer. Achtung!
 Dienstag, den 17. d. M., vormittags 10 Uhr, bei Stechert,
 Androssstr. 21

Oeffentl. Versammlung
der Töpfer Berlins und Umgegend.
 Tages-Ordnung:
 Der Stand unseres Strelks. 193/19
 Jeder Kollege ist verpflichtet in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Lohnkommission.

Achtung! Wedding. Achtung!
Großer Frauen-Vortrag
 im „Neuen Naturheilverein“ Charlottenburg, Berlin
 im „Cöllner Hof“, Berlin N., Cöllnerstr. 8.
 Montag, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr
 spricht
Frl. M. Kube, Naturheilkundige

über: (128/9)
Die Lebensweise unserer Männer, ihr Einfluß auf die
Gesundheit der Frau und der Familie.
 Nur für Frauen und Mädchen reiferen Alters.
 Entree 15 Pf. für Wäbe. (128/9) **Der Vorstand.**

Achtung! Achtung!
Kommunalwähler des 38., 40. und 47. Bezirks.
 Am Dienstag, den 17. Oktober 1899, abends 8 1/2 Uhr:
 Oeffentliche
Kommunalwähler-Versammlungen

in folgenden Lokalen:
 Für den 38. Bezirk: **Gumboldstraße, Hufschmiedstraße 40.** Referent Herr **Stadtv. Bruns.**
 Für den 40. Bezirk: **Milbrodt, Müllerstr. 7.** Referent Herr **Dr. C. Freudenberg.**
 Für den 47. Bezirk: **Wleinert, Schulstraße 29.** Referent Herr **N. Augustin.**
 Tages-Ordnung: 1. Der **Freisinn im Roten Hause.** 2. Diskussion. 220/5
 Um zahlreichen Besuch und rege Mitwirkung für diese Versammlungen ersuchen **Die Wahlkomitees.**

Achtung! MAURER. Achtung!
 Dienstag, den 17. ds. Mts., abends 8 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 der Zahlstelle Berlin II des Central-Verbandes deutscher Maurer
 in „Cohns Festhallen“, Beuthstr. 20-21.
 Tages-Ordnung: „Das Recht auf Arbeit“. Referent: Kollege **P. Winkler.** 2. Bekannt-
 gabe der letzten Baukontrolle und Gewerkschaftliches. 137/13
 Um anten Besuch bittet **Die Verbandsleitung, J. K.: Karl Panser.**

Freie Volksbühne.
 Heute nachmittag 2 1/2 Uhr im Ostend-Theater
IV. Abteilung: Goethes Faust.
 Die nächste 3. Serie der Vorstellungen findet gleichfalls im
 Ostend-Theater statt. Zur Aufführung gelangt
M. Dreyers Drama „Winterschlaaf“.
 Die Generalversammlung ist am Donnerstag, den
 20. Oktober er., abends 8 Uhr, in Cohns Festhallen,
 Beuthstrasse. Tages-Ordnung: Verwaltungs- und Kassen-
 bericht; Bericht der Revisoren. Um zahlreichen Besuch bittet
 231/8 **Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.**

Achtung, Gattler!
 Dienstag, den 17. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
 bei Spiegelberg, Zebastianstr. 39:
Oeffentliche Versammlung

aller in der
Militäreffekten-Branche beschäftigten Personen
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag: „Wert der Spezialisierung der
 Organisation im Verband“. 2. Gründe für eine Filiale der Militär-
 effekten-Gattler? 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. 137/13
 Kollegen! Es ist Ehrenpflicht eines jeden, dafür zu sorgen, daß kein
 Militäreffekten-Gattler in dieser Versammlung fehlt. Agitiere jeder für den
 Besuch der Versammlung.
Die Agitationskommission für die Provinz Brandenburg.

Achtung! Achtung!
Rabihpuher und Plattenaufsteller.
 Mittwoch, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, im Lokal von Feuerstein
 Alte Jakobstraße 75

Mitglieder-Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Situationsbericht und Abkühlung unserer Bewegung. 2. Verschiedenes.
 204/4 **Die örtliche Verwaltung.**

Verein deutscher Schuhmacher
 Montag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Beuthstraße Nr. 20/21:
Bezirks-Versammlung des Westens.
 Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. (170/11)
 Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet
Die Ortsverwaltung.

Arbeiter-Bildungs-Schule
 Neue Rosstr. 3 part., „Engl. Hof“.
Lehrplan für das IV. Quartal 1899.

Unter-richtsfach	Behandelter Lehrstoff	Lehrer	Unter-richts-Abend
Natur-Erkenntnis.	Die Fortschritte in der Erkenntnis über den Menschen im neunzehnten Jahrhundert.	Schriftsteller Wilhelm Bölsche.	Montag
National-Oeko-nomie.	Grundriss der National-Oekonomie.	Schriftsteller Dr. Conr. Schmidt.	Donners-tag.
Ge-schichte	Geschichte der grossen franzö-sischen Revolution mit besonderer Berücksichtigung der geistigen Strömungen vor und nach derselben.	Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner.	Freitag.

Der Unterricht beginnt in **Natur-Erkenntnis** Montag, den 16. Oktober; **National-Oekonomie** Donnerstag, den 19. Oktober; **Geschichte** Freitag, den 20. Oktober. — Jeder Kursus erstreckt sich auf 10 Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 1/2 Uhr. Die reichhaltige Bibliothek ist an diesen Abenden von 8-9 Uhr geöffnet.
 Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 M. und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.
 Der erste Abend jedes Kursus steht jedermann zum unentgeltlichen Besuch frei.
 Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt — am besten bei Beginn jedes Kursus — im Schullokal **Rosstr. 3** und in nachstehenden Zahlstellen: **Gottfr. Schulz, Admiralstrasse 40a; Reul, Barnimstrasse 42; Schiller, Rosenthalerstrasse 57; Krause, Müllerstr. 7a.**
 Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden **Hermann Lammé, Berlin S. 59, Hasenheide 72, Hofl. 4 Tr., Goldendungen** an den Kassierer **H. Königs, Berlin S. 59, Diefenbachstrasse 75, Querg. IV.** zu senden.
Der Vorstand.

Berliner Brot-Fabrik
H. Bobel jr., Müllerstr. 11.

Hiermit die Erklärung, daß wir nicht, wie im Versammlungsbericht vom 12. Oktober gefagt, organisierte Arbeiter ihrer Bestimmung wegen entlassen, noch auch Lohnreduktionen eintreten lassen. Diese Gerüchte, welche unseren Arbeitern hinterbracht sind, erklären wir als völlig unmaß.
J. S.: H. Bobel jr.

Achtung!
 Unserem alten Parteigenossen, dem
 Hotelbesitzer **Carl Gaede**, Jenn-
 straße 17, genannt „**Raupenfray**“,
 zu seinem dreißigsten Geburtstag ein
 dreimal donnerndes „Lebehoch“, daß
 die ganzen Cognacpullen Wölfe
 tanzen. 1828
 Seine alten Bezirksgenossen.

Todes-Anzeige.
 Am 11. d. M. verschied nach langen
 Leiden unser lieber Sohn, der Kauf-
 mann **Gustav Huppke**.
 Um seines Heiles willen 1905
 Fr. Huppke, Kleinfelder, nebst Frau
 und Geschwister, Am Friedrichshain 32.
 Die Beerdigung findet Sonntag,
 den 15. d. M., nachm. 3 Uhr, von
 der Leichenhalle des Friedrichshain
 Friedhofes (Süppel-Killer) aus statt.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
 (Verwaltungsstelle Berlin).
Todes-Anzeige.
 Am Donnerstag früh 2 Uhr starb
 unser Mitglied, der Schlosser
Heinrich Kossmann.
 Die Beerdigung findet heute Son-
 tag, den 15. d. M., nachm. 4 Uhr,
 von der Leichenhalle des St. Pauli-
 Kirchhofes aus statt.
 114/16 **Die Ortsverwaltung.**

Turner.
Der Verein „Fichte“
 (Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes)
 hat seine 9. Männer-Abteilung
 eröffnet. Diefelbe turnt jeden Dienst-
 tag und Freitagabend von 8 bis
 10 Uhr **Müllerstraße 158** (Ehe-
 Trieststraße). Zahlreicher Zutritt
 sehr erwünscht. 269/17

Neu eröffnet!
Bad Nord-Ost, Pintschstr. 16,
 unweit der Veterinärklinik und
 Sandberger Ufer, Pflanzgarten-Ver-
 bindung, empfiehlt sämtl. medizini-
 sche Bäder (wie russisch-römisch, Sool-,
 Schwefel- u. Heilbrunn-, mit gewissen-
 hafter Massage, zu soliden Preisen.
 Für Damen und Herren zu jeder
 Tageszeit. 1479
H. Schmidt,
 Besitzer der Bade-Anstalt Pintschstr. 16.

Zahn-Klinik Vr. beseibige
Krau Olga Jacobson, Dent.
 75/19* Jussalidenstr. 145.

Socialdemokratischer Wahlverein
für Lichtenberg-Friedrichsberg
 Dienstag, den 17. Oktober, abends 9 Uhr,
 im Lokal des Herrn **Wauten, Frankfurter Allee Nr. 174:**
General-Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag über: „Die Fortschritte der modernen Krankenpflege und
 das Proletariat“. Referent **Dr. med. Paul Bernstein.** 2. Dis-
 kussion. 3. Kassenbericht. 4. Verschiedenes. 14/13
 Um zahlreichen Besuch ersucht
Der Vorstand.

Bildungsverein „Mehr Licht!“
 Heute Sonntag, den 15. Oktober, in **Hoffmanns Festhallen,**
 Alexanderstraße 27c: 120/16
Vortrag des Genossen Dr. Jaden über: Die Pest.
 Radiker: **Gemütliches Beisammeln und Tanz.** Gäste
 willkommen.

Elektrotechnik.
Neuer Abendkurs der „Elektra“
 Mittwoch, den 18. Oktober 1899, abends 8 Uhr,
 für Elektromontage, Installation u. Maschinenbau, Zeichnen u. Abzehr.
 Kostlos u. einzige Lehranstalt auf wissenschaftl. prakt. Grundlage.
 Reine Vorkenntnisse — glänzende Resultate. Praktische Abendkurse im
 elektrotechnischen Laboratorium.
Diplomzeugnis — Zielungsanerkennung.
 Anmeldungen schleunigst persönlich, auch Sonntag bis 1 Uhr.
Prinzenstrasse No. 55. — Prospekt gratis und franco.

E.N.C.
Ungarwein
 mod. 1/2 Anbruch a L. M. 2,
 5 Liter-Korbflasche M. 8,75.

Rum
No. 3.
Façon ca. 50%, stark
 a Liter M. 1,—,
 5 Ltr. M. 4,50, 10 Ltr. M. 9,—.

Eugen Neumann & Co.
 Berlin SW. 13, Amt 4, 9676.

Verkaufsläden: Belle-Allianceplatz 6a, Amt IV, 3679.
 Wilsnackerstrasse 25, Amt II, 2632.
 Neue Friedrichstr. 81. — Oranienstr. 190. — Genthofstr. 29.
 Kommandantenstr. 67. — Grüner Weg 56. — Elsassstr. 19.
 Schönberg, Hauptstr. 129. Charlottenburg, Kaiser Friedrichstr. 48.

Jamaica-Rum,
 echt u. echt Verschnitt
 a Liter. Mk. 1,00, 2,10, 3,10.

Glühwein-Extrakt,
 ausgezeichnet in Geschmack
 und Aroma.
 a Liter M. 1,20, 5 Liter M. 5,50,
 10 Liter M. 10,—.

Auflösung
 meines seit 25 Jahren bestehenden Geschäftes.
Ausverkauf des gesamten Warenlagers

von Teppichen, Möbelstoffen,
Gardinen, Porzellan, Steppdecken etc.
 einschliesslich der noch abzunehmenden Waren.
 Verkaufszeit: Vorm. 9-1, Nachm. 3-8 Uhr
 zu enorm billigen, streng festen Preisen.
S. Unger, Oranien-Strasse 48,
 Eckhaus der Luckauerstr.

Kaufen Sie keine Herren- und Knaben-
Garderoben

ohne Sie nicht meine Lager in fertigen Sachen und billigen Preisen
 gesehen haben. — Meine **Wah-Sachen** erzeugen **Beimischung**, sowohl
 hinsichtlich des Stoffes wie der Billigkeit. **Streng reelle Bedienung.**
H. Gross, Berlin, Kochanien-Allee 42.
 274/05

J. von Geldern

Chausseestr. 62. **Herren-Paletots**
von 9 Mark bis 45 Mark.
Chausseestr. 62. **Herren-Anzüge**
von 12 Mark bis 50 Mark.
Chausseestr. 62. **Knaben-Anzüge**
von 2 1/2 Mark bis 20 Mark.
Chausseestr. 62. **Anfertigung nach Mass**
von 30 bis 65 Mark.

Seeben erschienen:

Arbeiter-Notizkalender 1900

geb. 60 Pfg. - Porto: 10 Pfg.

Aus dem Inhalt haben wir hervorgehoben:
Zwei Gütlichen Gesichts (Bericht über die Arbeit, die Stellung der Arbeiter und die Rechte, unethische Kinder, Erbschaft). - Die Reichstagswahlen von 1898 mit Angabe der in jedem Wahlkreis auf je 1000 seine Freunde beständig. Der Bericht war insbesondere bezeichnend, auch den diesjährigen Kalender zu einem **praktischen Nachschlagebuch für Gewerkschaften** zu gestalten.
Buchhandlung Vorwärts Berlin SW., Friedrichstr. 7.

Den größten Erfolg der Saison

erzielte nicht allein durch große Auswahl und vorzügliche Qualitäten seiner Teppiche, Portieren, Gardinen, Divan-, Tisch-, Reise- und Steppdecken, Läuferstoffe, Möbelstoffe, Plüsch, Gobelins und Felle, sondern auch durch seine allbekanntesten, selten billigen Preise

J. Adler Teppichhaus,

Königstrasse 20/21 (dicht am Rathaus).

Ein großer **Posten Portieren**, welche durch Schaufenster-Auslage kaum merklich gelitten haben, in Bordeaux, Kupfer, Olio, Weiden, in den verschiedensten Ausführungen **zur Hälfte des bisherigen Preises.**

Ehrendiplom 1898. Tel-Adr.: Teppichadler Berlin. Prämiert 1899.

Vorzüge



des geblüht graue oder rote Haare echt blond braun oder schwarz färbenden **Haarfärbekammes** (Zyken Hoffer).

1. Bähige Unschädlichkeit.
2. Naturgleiche Färbung ganz nach Wunsch, so daß man das graue Haar z. B. erst melieren, dann nach und nach dunkel färben kann.
3. Billigkeit, da ein Baum jahrelang brauchbar ist.
4. Deutliche Handhabung und Zeitersparnis.

Der Stück 3 Mark zu haben bei:
Dr. Kuhlmann, Friedrichstr. 134,
G. Bohl, Brunnenstr. 157,
F. Berger, Köpenickerstr. 29,
G. H. Winter, Kurfürstenstr. 130,
A. H. Neumann, Bernauerstr. 3/4,
E. Horn, Potsdamerstr. 5,
W. Bohring, Charlottenburg, Bernauerstr. 9, und direkt durch das Kosmetische Laboratorium **Rud. Hoffer, Reichendergerstr. 55.**

Von 32 M. an

Anzüge nach Maß, guter reiner Stoff, neueste Muster, haltbare Zubeh., zwei Anproben, nur unter Garantie für guten Sitz.
Engel, Münzstraße 26, p.

Von 30 M. an

Winter-Paletot u. Maß, echtfarbig, Sammettragen, warmes, weiches Futter, guter halb. Göttinger in allen Farben. (25142)
Engel, Münzstraße 26, p.

Unvergleichlich an Billigkeit sind **Bentler's** echt chinesische **Mandarin-Damen**, Band nur 2 Mk 50 Pf. Um sich von der Billigkeit und Güte zu überzeugen, verlangen man Proben gratis und franco. Umtausch oder Rücksendung gestattet. Versand gegen Nachnahme. **Beitfebern**, neue, gereinigte, Pf. 50 und 75 Pf. **Halbdamen** Pf. 1.00 bis 1.50 Mk. **Fortige Beiten**, großer Stand (Oberbett, Unterbett, 2 Kissen) mit neuen gereinigten Federn u. roten Anleis 10 Mk., bessere Sorten 12-16, 18, 24-30 Mk., hochfeine Brautbetten 40-45 Mk. empfiehlt das große Spezialgeschäft 25069
L. Bentler, Berlin.
Ganzgeschäft: **Ackerstr. 28.**
Ede Juwelenstr. 10.
3. Geschäft: **Kurfürstenstr. 25.**
4. Geschäft: **Reinickendorferstr. 64.**

3000 Stück Schweizer Taschenuhren

in Gold, Silber und Metall kann ich zu besonders billigen Preisen abgeben, z. B.:

Metall-Remontoir-Uhren 4, 5, 6, 7, 8 M.
Silb. Remontoir-Uhren für Herren u. Damen, 8, 9, 10, 12 M.,
mit Sprungbedel 14 M.
Gold. Remontoir-Uhren 15, 16, 18, 20 M., mit Sprungbedel 25, 27, 33, 35 M.
14 kar. goldene Herren-Repetier-Uhr, 1/2 und volle Stunde
schlagend, 3 Goldtafeln 135 M.

Jeder Käufer einer Uhr hat bei mir die Gewissheit, beim wirklichen Fachmann (Uhrmacher) gekauft zu haben, und übernehme ich für den guten und richtigen Gang einer jeden Uhr volle Garantie.

In **Gold, Silber und Double-Schmuckgegenständen** wie Armbänder, Broschen, Boutons, Ringe, Colliers usw. unterhalte ich eine Auswahl, wie solche selten geboten wird.

Ein Versand der Waren ohne vorherige Besichtigung seitens des Käufers findet nicht statt, da der Käufer in diesem Falle nie wissen kann, was er erhält.

Adolf Lewin,

Uhrmacher u. Juwelier,

Königstraße 42,
an der Klosterstrasse.

Wer-Stoff-hat

fertige Anzug, 30 M., halb. Zut., zwei Anproben, saubere Arbeit, nur unter Garantie für guten Sitz. **Winterpaletot 18 M.,** edelster Stoff, Sommerpaletot, in warmen, weiches Futter. **Engel, Münzstr. 26.**
Anzüge, Paletots und Hosenreste. Sportbillige Gelegenheitskäufe. (25124) **Engel, Münzstr. 26, p.**

Wegen Ausmietung

meiner letzten Lokalitäten bin ich gezwungen, meine großen Waren-Vorräte zu sehr billigen Preisen abzugeben, und bietet sich der geehrten Damenwelt eine nie wiederkehrende Gelegenheit zum billigen Einkauf von

Teppichen

als Smyrna, Brüssel, Axminster, Tournay, Velour etc. Gardinen, Portieren Tischdecken, Steppdecken, Schlaf- und Reisedecken. Ein großer Posten echt orientalischer **Teppiche** als Perser, Inder, Fehran, Afghanistan, Djim-Djim und Kelim. Ganz besonders mache auf meine Spezialität in chinesisch, Ziegenhaare, Ungarn- u. edlen Tier-Häuten aufmerksam

Hermann Kobert

Leipzigerstraße 79,
neben den Reichshallen.

Diese Woche

No. 40. Landsbergerstr. 40.

S. Selbiger

Herrenstiefel

früher	7.50	8.30	9.20	11.60
jetzt	4.50	5.50	6.50	8.35 M.

Dieselben sind mit Schaff und Gummizügen in allen Größen und Weiten am Lager.

Damenstiefel

früher	5	6.20	7.45	8.30	9.70
jetzt	4	4.90	5.30	6.25	7.30 M.

in den feinsten Ausführungen.

Goodyear Weltstiefel
bekannt das beste und haltbarste.
Damenstiefel 8.50 Mk.

Filz-, Tuchschuhe und Pantoffel
von 35 Pfg. an bis zu den feinsten.

Sonntag geöffnet von 7-10 und 12-2 Uhr.

Filz-Hüte

in gr. Auswahl für Damen u. Kinder, garniert und un-garniert zu anerkannt billigen Preisen, auch Traverthüte. **W. A. Paschke, Berlin, I. Wich. Köpenickerstr. 30, 2. Geschäft. Köpenickerstr. 39, eigene Strohhüte u. Filzhüte-Fabrik bei den Geschäftsräumen. Gegr. 1871. Fernspr. Amt 9, 6341.**

Zähne 2 Mk. 10 Jahre Garantie.

Tellzahlung wöchentl. 1 Mark, Plomben 1,50 Mk.
Zahnarzt W. K. jetzt Leipzigerstr. 180.
Vollkomm. schmerzlos. Zahnstehen 1 Mark. Sprechst. 9-7 Uhr. (b)

En gros. Roh-Tabak. En detail.

Große Auswahl zu billigen Preisen. (Sehr preiswerte vorzüglich brennende Sumatras.)
Rud. Vöcker & Sohn, Berlin, Köpenickerstr. 45.

3a. Rohtabak! 3a.

Carl Roland, Köpenickerstr. 39, empfiehlt tobeflos brennende Sumatra-Tabake von 2. 1.00 bis 4.50. Alle anderen Tabake, gesund u. brauchbar, billige Kauf-Handnummer achten!

Neues Rohtabak-Lager

bietet Fabrikanten besondere Vorteile in guten Qualitäten zu billigen Preisen. - En gros. En detail.
A. Fischer, Auguststraße 39, nahe Rosenthalerstraße. (24072)

Roh-Tabak

billige Preise (24049)
Max Jacoby
Strelitzerstrasse Nr. 52.
Rohtabak, gr. Auswahl, v. indischer, in Vollen H. Retzner, Oranienstr. 6. (24092)

Die praktische Arbeiter-Schutz-Hose

aus einem neuen dunkelblauen Monteurstoff für **Wasser** und halbleinen bestem Stoff auf beste verarbeitet. **Verhätet** Unfälle und vermeidet Umkleiden in der Fabrik. Durch die weichen ersten Weichheiten zu beziehen. Im Engros-Verkauf durch **Fabrik für Fabrik-Kleidung** Neue Friedrichstr. 48 Berlin.

Gefällig geschl. ist „Arbeitsfreund“ Schürzwärte.

Echt chinesische Mandarinendaunen

das Pfund Mk. 2.85 natürliche Daunen wie alle inländischen, garantiert neu und sauber, in Farbe ähnlich den Überdaunen, unverfälscht, feinfädig und halbbreit 3 Pfund gemessen, im großen Überschuss. Zuende Herkunftsbescheinigung. Verpackung umsonst. Versand gegen Nachn. von der ersten **Beitfedernfabrik** mit elektrischem Betriebe **Gustav Lustig, Berlin S., Pringelstraße 46.** Man v. Lange Preisliste.

Dr. med. Schaper, homöop. Arzt, Spezialarzt für **Haut- u. Harnleiden** Frauen-krankheiten. Königsplatzstr. 27. Spr. 9-1. 4-7. Homöopath. Poliklinik: Montag, Mittwoch, Sonnabend, Ab. 7-8; Friedrichstrasse 14, I.

Dr. Simmel, **Horstplatz, Haus v. Aschinger 2 Treppen rechts** Spezialarzt f. Haut- u. Harnleiden. 10-2. 5-7. Sonntag 10-12. 2-4.

Roh-Tabak.

Große Auswahl. - Billige Preise. **P. E. Platt & Söhne, Brunnenstr. 16 Hofrechtd.**

Rohtabak.

Große Auswahl. - Billige Preise. (Sehr preiswerte vorzüglich brennende Sumatras.)
Rud. Vöcker & Sohn, Berlin, Köpenickerstr. 45.

Große Auswahl. - Billige Preise. (Sehr preiswerte vorzüglich brennende Sumatras.)
Rud. Vöcker & Sohn, Berlin, Köpenickerstr. 45.

Rohtabak

billige Preise (24049)
Max Jacoby
Strelitzerstrasse Nr. 52.
Rohtabak, gr. Auswahl, v. indischer, in Vollen H. Retzner, Oranienstr. 6. (24092)

Kinderwagen-Bazar

Max Brinner, Jerusalemstr. 42, Brunnenstr. 6. Grobortige Auswühl von Kinder-Sport- u. Puppenwagen, best. Fabrikat, billig. Lieferung geflattet. (27133)

Albert Marquard

Berlin, Neanderstr. 26. Dampf-Ofen- u. Fabrik. gegr. 1858. empfiehlt seine vielfach prämierten Ofen für Dampfer und alle anderen Spirituosen, und als eigene Spezialität seinen **Jamaica-Rum-Extrakt.** 50 Pf. Jam.-Rum-Extrakt mit 1 Liter 96 % Weingeist und 1 Liter Wasser gemischt, ergibt einen vorzüglichen **Rum.**

Spezialärztl. Institut Dr. B. Lasker

42 Alexanderstr. 42 (am Alexanderplatz). Spec. operationsloses Heilverfahren ohne Verunsicherung für **Beinleiden.** Erprobte Methoden bei Flechten, Lupus und anderen **Hautleiden.** Tägl. 9-12, 3-6. Freitag und Sonntag 9-12.

Kein Husten mehr! Asthma.

Die Heilkräft u. Georg Pohl's Brombeersaft ist erprobt bei Asthma, Rheum, Augenleiden, Bronchialkatarrh, Heiserkeit, Answart, Verschleimung, Kehlkopf-leiden, Kränken im Hals, Nacht-schweiß, Juckreiz, Ermüdung und Schlaflosigkeit, welcher ärztlich empfohlen ist. Preis per Fl. 1 Mk., 10 Fl. 9 Mk. Für Kinder empfehle gleichzeitige meinen **Brombeersaft** gegen Kränkheiten, Schlaflosigkeit, im Fl. zu 60 Pf., und 1 Mk. Fabrikant **Georg Pohl, Berlin, Brunnenstr. 157, Droguerie, sonst nirgendwo weiter.**

Verpfändet gewesene Uhren

goldene, silberne Damen- und Herren-Remontoir-Uhren mit feinsten Werken, unter zwei-jähriger Garantie, goldene Ketten, Ringe, Trauringe, sämtl. Goldwaren, Brillen-ringe, Ohringe, Broschen, alles modern, wie neu, verkauft sportbill., ebenso (70/17)

Fahrräder

Concess. Leihhaus, Neue Schönhauserstr. 11

Unser Programm für die Stadtverordnetenwahlen.

IV.

Auch auf dem wichtigen Gebiete der öffentlichen Gesundheitspflege vertritt der Kommunal-Freistrom von heute nicht den Fortschritt, sondern den Stillstand, die gänzliche Unfruchtbarkeit. Auch auf diesem Gebiete fällt daher unserer Partei die Rolle der treibenden Kraft zu.

Unser Kommunal-Programm enthält folgende, hierauf bezügliche Forderungen:

Einrichtung und Unterhaltung einer geregelten Kranken- und Gesundheitspflege unter Beachtung aller vorbeugenden Mittel (zum Beispiel öffentliche Bäder, Anstalten, Schulbäder, durch ansteckende Krankheiten notwendig werdende unentgeltliche Desinfektion, Spielplätze, Unterhaltung des freiwilligen Turnwezens, Schaffung von Berufs-Feuerwehren, Wohnungs- und Straßenhygiene usw.)

Ein Teil der hier aufgezählten Wünsche ist in Berlin bereits mehr oder minder vollständig erfüllt und mußte nur erwähnt werden, weil so das Programm nicht für Berlin allein, sondern für alle Brandenburger Gemeinden gelten soll. Andererseits macht selbstverständlich die Aufzählung der Forderungen auf Vollständigkeit keinen Anspruch. Gerade die öffentliche Gesundheitspflege bietet noch ein weites Arbeitsgebiet für eine erzieherische Gemeindegewalt. Denn auch wenn die Fürsorge des Staates in dieser Hinsicht nichts mangelhaft ist, wie bei uns in Preußen, müssen notwendigerweise der Gemeinde eine Reihe von Aufgaben überlassen bleiben, weil deren Lösung keine einheitliche sein kann, sondern überall den örtlichen Verhältnissen angepaßt werden muß.

So wird die Gemeinde die Wasser- und Entwässerung und die Regelung der Wohnungsfürsorge zu übernehmen haben; ihr wird auch vielfach da, wo von Staats wegen allgemeine Maßregeln im Interesse der Gesundheitspflege angeordnet sind — z. B. zur Verhütung ansteckender Krankheiten — die Ausführung derselben zu übertragen sein.

Nun, die Frage der Wasser- und Entwässerung ist von der Stadt Berlin in befriedigender Weise gelöst; auch die Pflicht, für die Beschaffung gesunder Nahrungsmittel zu sorgen, ist durch Einführung des Viehhofs und der Fleischschau wenigstens teilweise erfüllt. Das liberale Bürgertum ist darum auf diesen Teil der städtischen Einrichtungen nicht wenig stolz. Dieser Stolz ist aber deshalb nicht so sehr berechtigt, weil tatsächlich die Schaffung dieser Einrichtungen den Stadtbürgern keineswegs sonderlich belastet hat. Die Ueberwälzung der Wasserwerke und des Viehhofs bedarf fast vollständig die Zuschüsse, welche die Kanalisationsverwaltung erfordert. Und weiter verdient hervorgehoben zu werden, daß Wasserleitung und Kanalisation — also gerade auch das einzige derartige Unternehmen der Stadt, welches mit Defizit arbeitet — neben ihrer hygienischen noch eine andere weniger angenehme Wirkung gehabt haben: die Hausbesitzer hatten von diesen Reformen unmittelbaren baren Gewinn, indem sie durch Anziehen der Wertschraube ihre „Hochschätzung“ solcher Maßnahmen bekundeten. Der Stadt die Kosten, den Hausbesitzern der Gewinn, so gehört es sich in der kapitalistischen Gesellschaft. Und diese wunderliche Verteilung von Nutzen und Kosten darf nicht etwa dadurch gestört werden, daß die Stadt ihrerseits sich der Wohnungsfürsorge annimmt und durch Herstellung gesunder und billiger Wohnungen eine Annäherung des Profits an die Hausbesitzer verhindert. Es haben im Gegenteil selbst die dürftigen Beschränkungen, welche im Interesse der Wohnungs- und der Sanitärhygiene von der Sanitätspolizei den Haus- und Grundbesitzern auferlegt wurden, bei unserer städtischen Behörden lebhaftes Mißvergnügen erregt. Bei der Stadtverordneten-Versammlung kam dies nicht einmal übersehen, da sie nach der Städte-Ordnung zur Hälfte aus Hausbesitzern besteht und daher stets den Hausbesitzer-Interessen warme Fürsorge gewidmet hat.

Eine andere hygienische Maßregel, die allerdings einer solchen finanziellen Nebenwirkung entbehrt, wurde dem auch von den städtischen Behörden nicht mit so großem Eifer Liberalismus behandelt. Der Antrag unserer Genossen, die Desinfektion dort unentgeltlich vornehmen zu lassen, wo sie durch ansteckende Krankheiten notwendig geworden ist, fand in der Stadtverordneten-Versammlung keine Mehrheit, obwohl eine Reihe angesehenen ärztlichen Vereine sich im gleichen Sinne ausgesprochen hatten. Die Summe, welche hierbei in Betracht kam, war allerdings gering und kann daher für diesen ablehrenden Beschluß nicht maßgebend gewesen sein, sondern es war wiederum ausschließlich die Furcht vor dem Sozialismus. Ihm will man kein neues Zugespännis machen, und da jetzt man auch vor der Ungerechtigkeit nicht zurück, von Personen, denen man im Interesse der Allgemeinheit die Desinfektion aufgedrängt hat, dafür noch die Zahlung einer Abgabe zu verlangen. Dem Interesse der Allgemeinheit dient der Desinfektionszwang im wesentlichen, weit weniger dem der einzelnen Person, deren Wohnung und Mobiliar der Desinfektion unterworfen wird; es sind ja die Fälle nicht selten, wo gerade für den Einzelnen die Seuche, welche die Desinfektion erforderlich macht, bereits alle ihre Schrecken verloren hat, weil in der ganzen Familie niemand mehr für die Krankheit empfänglich ist.

Immerhin stellt auch die Begründung der Desinfektionsanstalt noch eine positive Maßregel im Interesse der Gesundheitspflege dar. Aber das ist gerade charakteristisch für den Stillstand in unserer städtischen Verwaltung, daß seitdem — also seit dem Jahre 1886 — man allenfalls das Bestehende soweit ausgebaut hat, als es das Wachstum der städtischen Bevölkerung erforderte, aber nach keiner Richtung versucht hat, neue Einrichtungen, neue Waffen für den Kampf gegen Krankheit und Sittlichkeit zu schaffen.

Und doch hätte sich wahrhaftig mehr als eine Handhabe für eine erfolgreiche Tätigkeit im Dienste der Krankheitsverhütung geboten. Denn unsere sozialen Einrichtungen sind ja gerade in dieser Richtung so mangelhaft, daß, wo nur der gute Wille zur That vorhanden ist, auch ein Weg leicht zu finden ist. Es fehlt uns z. B. so gut wie ganz an einer Fürsorge für die unbemittelten Frauen, welchen durch Schwangerschaft ihr bisheriger Erwerb genommen ist. Trotzdem in diesen Fällen die Notwendigkeit einer doppelt guten Pflege nicht zweifelhaft sein kann, ist die Gesellschaft nichts, um der hieraus sich ergebenden Verpflichtung zu genügen. Nur ganz vereinzelt finden die Frauen schon während der Schwangerschaft Unterkunft in den staatlichen Entbindungsanstalten; alle übrigen müssen sehen, wie sie durchkommen. Würde die Gemeinde hier durch Schaffung von Unterstufenanstalten eingreifen, so würde sie dadurch der Gesundheit der Mutter ebenso, wie der der Kinder dienen. Sie würde außerdem das übrige thun, um einer weiteren Zunahme der Verbrechen gegen das leibende Leben zu steuern. Alle Sachverständigen sind sich darüber einig, daß gerade in den großen Städten diese Verbrechen stetig sich nehmen, und daß der Kampf, welchen die Polizei dagegen führt, im wesentlichen erfolglos ist. Wo auf der einen Seite der Hunger droht, da schwindet die Furcht vor dem Gefängnis auf der andern Seite. Und so können auch gegen diese soziale Krankheitserscheinung nur soziale Heilmittel helfen, und eins von diesen wäre die Schaffung von Unterstufenanstalten für schwangere Frauen.

Nicht weniger mangelhaft als die Fürsorge für die Frauen ist die für die Kinder des Proletariats. Berlin hat, wie die meisten Großstädte, eine sehr hohe Kindersterblichkeit, die zum größten Teil auf Rechnung der Kinder unter einem Jahre, also der Säuglinge entfällt. Es starben z. B. im Jahre 1896 in Berlin insgesamt 82 319 Personen — 18 pro Tausend der Bevölkerung — davon waren 11 793, also mehr als ein Drittel, Kinder unter einem Jahre. In demselben Jahre wurden 50 094 Kinder geboren, es gingen also mehr als 1/3 aller Kinder im ersten Lebensjahre zu Grunde.

Diese ungeheure Sterblichkeit ist nun zu einem sehr beträchtlichen Teile die einfache Folge wirtschaftlicher Verhältnisse, wie dies ohne weiteres schon eine Vergleichung verschiedener Stadtgemeinden zeigt. In dem Arbeiterviertel Wedding erreichte die Säuglingssterblichkeit mit über elf pro Tausend den höchsten Stand, während sie am niedrigsten — 2 bis 3 pro Tausend — in den „vornehmen“ Teilen: Westend, Friedrichstadt und Schöneberger Vorstadt war.

Grade weil dieser unzweifelbare und auch tatsächlich unabweisbare Zusammenhang von Säuglingssterblichkeit und wirtschaftlichen Verhältnissen besteht, hätte die Gemeinde Abhilfeversuche nicht unterlassen dürfen. Und auch hier war der einzuschlagende Weg vorgezeichnet. Ebenso sicher, wie der Zusammenhang zwischen Armut und Kindersterblichkeit, ist die Tatsache festgestellt, daß die Sterblichkeit der mit Muttermilch ernährten Kinder — der sogenannten Brustkinder — eine ganz wesentlich niedrigere ist, als die der mit Kuhmilch — also mit der Flasche — ernährten Kinder. In allererster Linie mußten also Einrichtungen getroffen werden, die allen Müttern, welche körperlich fähig sind, ihre Kinder zu stillen, die wirtschaftliche Möglichkeit dazu geben. Einrichtungen solcher Art bestehen schon und es haben sich die Kosten keineswegs als übermäßig hohe herausgestellt; in Breslau z. B. entfielen in einer Anstalt dieser Art auf den Kopf und Tag 58 Pfennig an Kosten. Sind es auch nach ärztlicher Schätzung nur 5 Proz. der Fälle von künstlicher Ernährung, in welchen die wirtschaftlichen Verhältnisse das Stillen des Kindes verhindern, so wäre doch immerhin ein Gewinn zu erzielen. Weiter müßte aber auch den proletarischen Müttern, welche gezwungen sind, Kuhmilch zur Säuglingsernährung zu verwenden, hierbei jede mögliche Erleichterung geboten werden. Sie müßten eine Anleitung erhalten, wie sie dabei vorzugehen haben, es müßte ihnen Milch von besserer Beschaffenheit zu möglichst billigen Preisen geboten werden, es müßten endlich städtische Anstalten geschaffen werden, denen die Kinder anvertraut werden können, wenn die Mütter dem Erwerb nachgehen müssen.

Daß Einrichtungen der letztgenannten Art auch für die älteren nicht noch schulpflichtigen Kinder geschaffen werden müßten, daß die Ferienkolonien für die schulpflichtigen Kinder in städtischer Regie übergeben sollten usw., braucht nach dem Gesagten hier nur noch angedeutet zu werden.

Von alledem thut die Gemeinde Berlin nicht das geringste. Sie beschränkt sich darauf, private Wohltätigkeitsvereine mit unvernünftigen geringen Summen zu unterstützen, trotzdem bekannt ist, daß das von diesen Wohltätigkeitsvereinen Gebotene weder dem Umfange nach, noch auch nach seiner Beschaffenheit dem vorhandenen Bedürfnisse entspricht. Die Gründe dafür haben wir schon aneinandergelegt. Es verdient dem gegenüber noch das hervorgehoben zu werden, daß die liberale Stadtverordnetenmehrheit nicht behaupten darf, sie hätte die Tätigkeit dieser privaten Wohltätigkeitsvereine für genügend halten können. Denn schon vor mehr als 50 Jahren, als der Minister Wilde einen Aufruf für die Notleidenden in Schlesien erließ, hat ein jetziges Mitglied dieser Mehrheit, Rudolf Virchow, den Ausspruch: „O, es ist viel zu spät, so viel Thranen durch „kleine Gaben“ zu trocknen... Das Schicksal der freiwilligen Anleihe hätte ihm (dem Minister) zeigen können, daß die englische gentry (Adel) bei uns keine Analoga (nicht ihres Gleichen) hat, und wiederum die Erfahrungen dieser gentry hätten ihn lehren können, daß die Privatwohlthätigkeit nicht mehr ausreicht, um die sozialen Leiden zu heben.“ Unsere Genossen können darum die liberale Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung an diesen Ausspruch des Kollegen Rudolf Virchow erinnern, wenn wiederum die Hebung eines sozialen Leidens durch „kleine Gaben“ erfolgen soll.

Soziale Rechtspflege.

Verantwortlichkeit des Radfahrlehrers für ihm anvertraute Räder. Der Radfahrlehrer R. mußte auf Verlangen seines Arbeitgebers, des Vertreters einer Fahrradfabrik, die ihm überwiesenen Schüler in den Rebenstrassen des Aufstufendamms unterrichten. Hierbei wurde ihm ein Fahrrad gestohlen, das er an einen Baum gelehnt hatte, um einen Herrn, der noch nicht die Balance halten konnte, am Sattel zu führen. Der Chef machte ihn dafür verantwortlich und behielt sich 51 M. vom Lohn zurück, auf die R. dann im Klagewege Anspruch erhob. Der Beklagte machte vor dem Gewerbegericht geltend, der Kläger hätte während der Lehrthätigkeit das ihm zu seiner Benutzung anvertraute Rad nicht beiseite stellen brauchen. Der Lehrer könne auf dem Rade sitzend auch den ungeschicktesten Lehrling führen. Der Kläger bestritt dies und betonte, daß man ihn schon deshalb nicht zumuten könne, für das Rad aufzukommen, weil er seinem Berufe auf öffentlichen Straßen habe nachgehen müssen. Die Kammer V unter dem Vorsitz des Gewerberichters Dr. Leo wies jedoch die Klage mit folgender Begründung ab: Ohne Zweifel sei der Kläger für das ihm anvertraute Fahrrad verantwortlich. Wenn es ihm, ob mit oder ohne Verschulden, abhanden komme, dann könne er dafür haftbar gemacht werden.

Diese Entscheidung widerspricht nicht nur allen Gründen der Billigkeit, sie erscheint uns auch rechtlich durchaus verfehlt.

Das Aussehen der Arbeit. Der Metallarbeiter M. verlangte von dem Unternehmer Köhler im Klagewege 98,50 M. als Entschädigung für Arbeitslöhne, an denen er die Arbeit hatte aussetzen müssen. Der Beklagte berief sich vor dem Gewerbegericht darauf, daß mit dem Kläger die Kündigung ausgeschlossen gewesen sei. Auch hätte M. etwaige Ansprüche dadurch verloren, daß er solche nicht gleich nach dem Ablauf der ersten Woche geltend gemacht habe. Die Kammer V verurteilte aber den Beklagten nach dem Klagenantrag und der Gewerberichter Leo führte begründend aus: Das „Aussehen“ der Arbeit bedeute, daß der Arbeiter im Arbeitsverhältnis verbleibe, ohne in dessen Beschäftigung zu werden. Der Arbeitgeber halte ihn sozusagen an einem Faden fest, um seine Arbeitskraft zu reservieren. Das brauche sich kein Arbeiter ohne Entschädigung gefallen lassen. So lange der Arbeiter nicht entlassen sei, habe er Anspruch auf Zahlung des vereinbarten Lohnes, vorausgesetzt, daß nicht ausdrücklich etwas anderes verabredet sei. Er spreche sogar gegen den Beklagten, denn dieser hätte ja den Kläger entlassen und ihm damit die Freiheit geben können. Es hätte ihn nichts gehindert, bei passender Gelegenheit dem Manne wieder Arbeit in seinem Betriebe anzubieten. Der Arbeiter, der „aussetzt“, sei auch nicht verpflichtet, nach der ersten Woche seine Ansprüche zu erheben, da es ja unter den obwaltenden Umständen Sache des Arbeitgebers sei, ihn wieder zur Arbeit zu rufen.

Der Bauklemper als Dachdecker. Der Klemperer W. hatte sich geweigert, auf einem Dache neben seinen Berufsarbeiten auch Zearbeiten zu verrichten und war deshalb entlassen worden. Er verklagte seinen Meister auf Vornachschädigung beim Gewerbegericht. Nach erfolgter Verurteilung verlangte ihn der Vorsitzende Dr. Leo, sich mit dem Beklagten zu vergleichen. Herr Dr. Leo führte dann aus, daß sich eine fabrikmäßige Trennung verschiedener Arbeiten im kleinen Handwerksbetriebe nicht durchführen lasse. Der Schlichter müsse auch einmal zum Pinsel und der Bauklemper zum Zerklössel greifen. Bei einem Urteil hätte das Gericht doch wohl in dem Verhalten des Klägers eine unbesugte Arbeitsverweigerung sehen müssen.

Ein empfehlenswerter Lehrherr. Bei einem Herrn Zimmermann lernte seit etwa 2 Jahren der jetzt 10jährige M. das Cigarrenmachen. Nachdem der Lehrling eines Tages vom Meister gelassen worden war, nahm ihn seine Mutter aus der Lehre. Zugleich reichte die Frau beim Gewerbegericht die Klage auf Lösung des Lehrvertrages ein. Der Beklagte selbst erschien nicht zu der Verhandlung vor der Kammer VI. Sein Vertreter machte geltend, daß M. an jenem Tage mit dem Sohne des Beklagten gelegentlich eines Geschäftsganges zu lange ausgeblieben sei und die Strafe verdient habe. Der Junge des Herrn Zimmermann hätte dieselben Prügel erhalten und keinerlei Beschwerden davon gehabt. Im übrigen verlange der Beklagte von Frau M. 50 M. Konventionalstrafe, die sich Zimmermann für den Fall ausbedungen habe, daß der Junge ohne genügenden Grund die Lehre verlasse. Ein solcher Grund habe nicht vorgelegen. — In einem ärztlichen Atteste wird der Mägenin bescheinigt, daß sich auf dem Rücken und den Armen des unheimlichen, verwachsenen jungen Menschen grünlich und braunlich gefärbte Streifen sowie eine Hautabschürfung befunden haben. Ein Zeuge sagte aus: Fabrikant Zimmermann schickte mit einem zweifingrigen Gummischlauch auf den schwächlichen Jungen ein und gab ihm eine Wadpfeife, so daß er gegen die Pauer stieg. Ich habe mehrfach gesehen, daß Zimmermann ihn in dieser Weise ohrfeigte.“ Der Gerichtshof unter dem Vorsitz des Gewerberichters Dr. Krause verurteilte den Beklagten, in die Lösung des Lehrvertrages zu willigen. Der Vorsitzende führte begründend aus: Es sei erwiesen, daß J. den Kläger auf das gröblichste mißhandelt habe, während ihm als Lehrherr nur das Recht einer mäßigen Züchtigung des Lehrlings zustehe. Dieses Recht habe er durch die Verwundung des Gummischlauches und durch die Art, wie er den Mägen ohrfeigte, in grober Weise überschritten. Sein Verhalten sei umso mehr zu verurteilen, als der junge Mensch ein schwächlicher Krüppel sei.

Versammlungen.

Von der Centralkommission der Krankenkassen Berlins war auf Mittwochabend eine Versammlung nach der Ressource (Kommendantenstraße) einberufen. Vor Eintritt in die Tagesordnung wies Dr. Friedberg auf den am kommenden Sonntag in Hannover stattfindenden Verbandstag der Ortskrankenkassen Deutschlands hin. Es ist dies die letzte Gelegenheit, vor der Einbringung der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz im Reichstage, noch Forderungen geltend zu machen und Sache der Kassen, hierfür noch, wo nötig, Vertreter zu ernennen. Erster Gegenstand der Verhandlung war der Bericht betreffend die in Brüssel stattgefundene Konferenz über die Prophylaxis (Verhütung) der Syphilis und geschlechtlichen Krankheiten und die Herausgabe einer bezüglichen Denkschrift. Aus dem Referate des Herrn Dr. Blaschlo heben wir hervor, daß zur Vermeidung der Krankheit die Einwanderung in die großen Städte wesentlich mit beiträgt. In den höheren sozialen Schichten ist sie verhältnismäßig am stärksten verbreitet. Beim Militär beträgt die Zahl der Erkrankten nur etwa 4 Proz., bei den Arbeitern 8 Proz.; sehr stark ist sie im Gastwirtsberufe. In Berlin sind die Zahlen doppelt so groß, als im übrigen Deutschland. Die höchsten Prozenten mit 25 Proz. sind bei den Studenten zu finden. Man weiß heute, daß eine ganze Reihe von inneren Erkrankungen noch in späteren Jahren auf Syphilis zurückzuführen ist; 40 Proz., vielleicht sogar 50 Proz. der Erkrankten haben an Nierenschwäche zu leiden; ebenso sind viele Frauenkrankheiten auf Infektion daraus zurückzuführen. Die seit 100 Jahren bestehende Reglementierung der Prostitution hat sich als wirkungslos erwiesen. Die Hauptgefahr geht von den nicht zu kontrollierenden jungen Mädchen aus, die oft infolge der Verhältnisse in der Industrie, wie geringe Löhne, zeitweise Arbeitslosigkeit, zu einem Nebenverdienst gezwungen sind. Als neues Prinzip ist aufgestellt, daß jeder Erkrankte im Krankenhause behandelt werden muß, wodurch vor allem der weiteren Verbreitung der Krankheit vorgebeugt wird. In den nordischen Staaten wird jeder Geschlechtskranke unentgeltlich auf Staatskosten behandelt, das hat sehr günstig gewirkt und ist in neuerer Zeit in mehreren südlichen Staaten ebenfalls erfolgt. In Ungarn wird diese Behandlung nicht als Armenpflege betrachtet und erachtet also den Betroffenen nicht politisch. Verder macht in Deutschland das Krankenversicherungsgesetz gerade eine Ausnahme zu Ungunsten der Geschlechtskranken; das ist eine sehr falsche Moral. Von einer Selbstverschuldung mehr als bei anderen Krankheiten kann gar nicht die Rede sein. Die gesellschaftlichen Verhältnisse bringen bei uns die Ehe ja mit sich. Das Krankengeld ist keine Belohnung für den Erkrankten, sondern ein Mittel zur Genesung. Die Rekonvaleszenten sind doch angebetete Mädchen, die, für ihre Arbeitgeber thätig, sich hierdurch sowohl Geschlechts- wie Magenkrankheiten zuziehen; da ist es unredlich, wenn hier die Kasse verurteilt. Wenn Invalidengesetz ist die Abschaffung jener Bestimmung endlich erreicht; es muß nur auch bei dem Krankengesetz angestrebt werden. Allerdings müßte die Krankenhauspflanze obligatorisch werden und die Kassen selbst hierzu verpflichtet werden. Die Sache darf nur vom hygienischen Standpunkt behandelt werden; fiskalische Rücksichten müssen zurücktreten. Höchstenswert ist es, hierfür besondere Vertrauensärzte anzustellen, deren Aufgabe es aber nicht sein soll, der Krankheitsquelle nachzuspüren. Es ist nicht Aufgabe der Kasse, den Demunizanten zu spielen. In Deutschland nebeneinander viele Krankenhäuser gar keine Geschlechtskranke auf oder behandeln sie wie Gefangene. In der Charité hier wurde ein erkranktes junges Mädchen mit allen Dingen zusammengepackt. Die Oberstufenwächter ließ sie nicht heraus; sie besaunpette, das Mädchen sei noch besserungsfähig. Die Kassen können in allen Kommunen verlangen, daß genügend Betten vorhanden sind und die Kranken gut behandelt werden. Die Kassen können aber auch befehlend auf ihre Mitglieder wirken; vor allem dieselben veranlassen, sich sofort an den Arzt zu wenden. (Beifall.)

Der Vorsitzende Simonowski teilt mit, daß die Centralkommission eine Denkschrift über die Frage herausgeben wird, die namentlich der noch vielfach sich geltend machenden pfäffischen Moral bezeichnend entgegenwirken soll. Mägen Erkrankte glaubt, daß, wenn kein Krankengeld bezahlt wird, auch Arzt und Arznei verweigert werden; das ist nicht der Fall. Die Denkschrift muß ferner die an die staatlichen und städtischen Behörden zu stellenden Forderungen enthalten. In Berlin ist eine große Krankenhäusernot vorhanden; in jedem Winter werden anderer anderer Krankheiten halber die Geschlechtskranken herausgeworfen.

Dr. Friedberg: Wenn die allgemeine Unterbringung in den Krankenhäusern erfolgen soll, so muß auch die Allgemeinheit im gesundheitlichen Interesse dafür eintreten und den Kassen ermäßigte Sätze gewähren. Vertrauensärzte scheinen mir nicht möglich; sie würden mehr Mißtrauensärzte sein und eine Sittenpolizei der Kasse bilden. In der Denkschrift müssen die Symptome der Krankheiten geschildert werden, ebenso die Mittel zum Schutze vor der Krankheit. (Beifall.)

Ein Redner teilt aus seiner Erfahrung mit, daß in der Charité die meisten Kranken ungeheuer entlassen werden; die Kranken allerdings sind froh, aus diesem Zustande herauszukommen.

Dr. Blaschlo bezeichnet letzteres ebenfalls als thätigen Missethan. Die Frage der persönlichen Schutzmittel muß sehr vorsichtig behandelt werden. Die Forderung der ermäßigten Sätze ist eine neue und eigenartige, die eingehend erwogen werden sollte.

Die Veröffentlichung einer Denkschrift wird einstimmig genehmigt.

Der zweite Gegenstand betraf die Einrichtung hygienischer Vorträge durch die Centralkommission. Referent Dr. Friedberg

berg teilt mit, daß eine Reorganisations geplant ist, beratt, daß in den einzelnen Stadtteilen eine zusammenhängende Folge von belehrenden Vorträgen stattfinden soll. In den Magistrat ist das Wesentliche gegangen, die städtischen Schulen hierzu zur Verfügung zu stellen; derselbe hat sich hierzu im allgemeinen bereit erklärt. Die Kommission hat 8 Schulen hierfür in Aussicht genommen; in jeder sollen 8 Vortragsabende stattfinden, wofür nachstehende Themen gewählt wurden: Wohnung und Bekleidung, Nahrung, Kinder- und Frauenhygiene, Haut- und Geschlechtskrankheiten, ansteckende Krankheiten, Arbeiter- und gewerbliche Hygiene, Behandlung der einzelnen Organe und endlich Arbeiterversicherungs-Gesetze. Dieselben sollen am 1. November beginnen und zum Voraus in der Presse und durch Aufschlag in öffentlichen Lokalen in ihrer ganzen Folge bekannt gegeben werden.

Der dritte Punkt der Tagesordnung betraf das Verhältnis der Krankenkassen zu den Apotheken. Referent Dr. Kreuzenberger berichtet, daß durch die Konfurrenz der Droguengeschäfte sich herausgestellt hat, daß die gesetzliche Lage für Arzneimittel das Höchstmaß der Preise darstellt; hiervon ausgeschlossen war die Rezeptur, d. h. die Bereitung von Arzneimitteln in einer besonderen Tätigkeit, doch war die Grenze zwischen Rezeptur und Handverkauf nicht genau gezogen. Nach der Einführung des Krankenversicherungs-Gesetzes schielte der Bezug an Arzneimitteln gewaltig herauf; es wurde den Apotheken ein neuer Abnehmerkreis zugeführt, der heute 20 Millionen Mark darstellt, mit einem Reingehalt von 13 Millionen. Das hat die Apotheker aber keineswegs vernachlässigt, den Klassen besonders entgegenzukommen; wo es gelang, ihnen einen Rabatt abzudrängen, bewegte sich dieser in niedrigen Grenzen, dann aber dehnten sie den Preis der Rezeptur auch auf den Handverkauf aus, weil ein ärztlicher Schein zu Grunde liegt. In Lübeck war die Grenze der Rezeptur genau gezogen und standen sich die dortigen Klassen fast um die Hälfte besser als in den übrigen deutschen Städten; in letzteren betrug die Rezeptur für die Klassen ebenfalls fast das Doppelte gegenüber der Privatkaufkraft. Die Verhältnisse in Berlin werden von Dr. Landmann als besonders ungünstig bezeichnet. Ein Rabatt wird hier überhaupt nicht gewährt. Dann spielen hier die sog. Magistratsformeln eine Rolle, d. h. besonders gangbare Medikamente, die aber alle zur Rezeptur gerechnet werden. Der Arzneikostum in Berlin betrug im letzten Jahre durchschnittlich 3,07 M., im übrigen Reich nur 2,45 M., wobei allerdings die größere Bequemlichkeit der Großstadt in Betracht zu ziehen ist. Jedenfalls ist aber an Abhilfe zu denken. Dr. Landmann bezeichnet die Verfassung an den Staat als ausfindlos; er empfiehlt die Selbsthilfe durch natürliche Heilmethoden; Beschränkung der Arzneiverordnung durch die Ärzte und namentlich die Schaffung eigener Anstalten zur Verabreichung von Medikamenten. Eine frühere Gerichtsentscheidung ist letzterem günstig. Jedenfalls wird die Schrift Landmanns eine Handhabe bieten, in neue Verhandlungen mit den Apothekern einzutreten, einen Rabatt zu erzwingen, die Grenzen des Handverkaufs festzustellen und die Magistratsformeln zurückzuführen. Als letztes Mittel bliebe der Zusammenschluß aller Klassen zu einem Verband übrig. Dieser würde eine besondere Kommission sich empfehlen, die es wohl erreichen wird, Zugeständnisse von den Apothekern zu erzwingen. (Beifall.)

Letzter Gegenstand war die Herausgabe eines Verzeichnisses über den in Berlin stattfindenden Tuberkulose-Kongress. Derselbe bietet großes Interesse und soll in einer größeren Auflage zu einem niedrigen Preise herausgegeben werden. Ueber die Höhe der Auflage sollen zunächst Erhebungen noch erfolgen.

In der Versammlung waren gemäß Festsetzung des Vorsitzenden 60 Krankenkassen vertreten.

Der Wahlverein für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Mittwoch seine Generalversammlung ab. Von dem angeforderten Vortrag des Herrn Dr. Jadel über „Kommunal-Socialismus“ wurde des Schwachen Reiches halber Abstand genommen. Dieser Vortrag soll dafür, gelegentlich der bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen, in einer demnächst stattfindenden öffentlichen Versammlung gehalten werden. Laut Bericht des Vorstandes haben in verfloffenen Quartal 3 Versammlungen des Wahlvereins stattgefunden. Der von Harndt erstattete Kasseebericht ergibt für das letzte Quartal mit einem Bestand von 249,02 M. eine Einnahme von 493,02 M., bei einer Ausgabe von 327,10 M., sodas ein Bestand von 100,54 M. verbleibt. Nachdem die Richtigkeit der Abrechnung von den Revisoren bestätigt, wird dem Kassierer Entlastung erteilt. Einem Antrag Pohl entsprechend, werden dem Vorstand 150 M. zur Agitation überwiesen. — Der Vorsitzende Ridert macht noch bekannt, daß am Sonntag, den 22. Oktober ein Familienabend im Restaurant Feuerstein stattfindet. Hierauf erfolgte der frühzeitige Schluß der Versammlung.

Eine große Protestversammlung gegen die überhandnehmende Konkurrenz der Militär- und Beamten-Muskler veranstaltete der Verein Berliner Musiker am Montagabend im Saale des Handwerkervereins in der Sophienstraße. Der Referent Kapellmeister Panmann setzte in längerer Ausführungen auseinander, daß sich die Lage der Musikanten infolge des unfairen Wettbewerbs der Militärkapellen, sowie der die Musik als Nebenbeschäftigung betreibenden Beamten, von Jahr zu Jahr trauriger gestalte. Es müßten zur Abwehr dieser Konkurrenz energische Schritte unternommen werden. Zunächst sei ein besonders Agitationskomitee für diesen Zweck zu wählen, das eine Denkschrift über die Zustände im Musikergewerbe, unter Hinzuziehung eines Rechtskundigen, ausarbeiten und diese Denkschrift in Form einer Petition dem Gesamtministerium, dem Kriegsminister und dem Korpskommandanten, ferner dem Reichstage und dem preussischen Abgeordnetenhaus überreichen solle. Hinsichtlich der gewerksmäßig musizierenden Beamten müßte man sich an alle in Frage kommenden Behörden, insbesondere an den Berliner Magistrat und die Stadtverordneten wenden mit dem Ersuchen, Beamten, die über 1500 M. Gehalt haben, das Spielen gegen Entgelt überhaupt zu verbieten. Diejenigen Beamten, welche nebenbei als Musiker fungieren, sollten ermahnt werden, sich streng an den ortsüblichen Tarif zu halten, um die Berufsmusiker nicht durch Unterbieten zu schädigen. Bezüglich der Militärkapellen seien folgende Forderungen zu stellen: 1. Verbot des Spielens in Uniform außerhalb des Dienstes, 2. Verbot der Streichmusik, 3. Strikte Innehaltung des Tarifs, 4. Verbot des Spielens nicht vollständiger Militär-Musikkorps bei privaten Gelegenheiten. Außerdem solle in der Denkschrift auch eine Regelung der Lehrlings-

frage, sowie eine Forderung des jetzt den Lokalführern zustehenden, vielfach mißbrauchten Rechtes der „Abbestellung“ angeregt werden. Das Agitationskomitee habe endlich den gesamten Musikstand und die öffentliche Meinung durch Flugblätter, Versammlungen usw. für sein Vorgehen zu gewinnen. Nach mehrstündiger, zum Teil recht hitziger Debatte wurden die Vorschläge des Referenten im wesentlichen genehmigt. Gestagt wurde, daß Staat und Stadt (Berlin) durch längere Befolgung ihrer Unterbeamten zu Nebenbeschäftigung zwingen, daß Post und Polizei, welche früher ihren Beamten das Musizieren unterboten, jetzt davon Abstand nehmen. Der Staat dürfe nicht durch seine Soldaten, die von den Steuerzahlern erhalten werden, diesen Konkurrenz machen.

Angeregt wurde auch, beim Kaiser eine Audienz nachzusuchen, doch wurde der Plan fallen gelassen, da behauptet wurde, daß der Kaiser, seit sich die Vergarbeiter-Deputation als aus Socialdemokraten bestehend erwies, keine gewerbliche Deputation mehr empfangt.

In einer Versammlung der Mechaniker, Optiker, Uhrmacher und verwandter Gewerbe, die am Mittwoch bei Feuerstein tagte, referierte A. Köster über die gegenwärtigen Streiks und Lohnbewegungen in der Metallindustrie. Der Referent sowie alle Diskussionsredner plaidierten mit dem Hinweis auf die Bedeutung der gegenwärtigen Bewegung für thätigkeitsmoralische und materielle Unterstützung der Ausständigen. Die Versammlung wählte sodann den Kollegen Mörzing als Branchenvorleiter.

Eine öffentliche Versammlung der Buchdrucker, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, die namentlich stark von den letzteren besucht war, tagte am Mittwochabend in den „Arminiahallen“. Dieselbe beschäftigte sich mit den Streitigkeiten, welche zwischen der Zahlstelle Berlin I und dem Vorstande des Verbandes der Buchdrucker, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen entstanden sind. Am 11. schlägt im Auftrage des Schiedsgerichts folgende Beschlüsse desselben als Grundlage zur Einigung vor:

1. Der Arbeitsnachweis untersteht der Aufsicht der örtlichen Verwaltung.
2. Der Verband hat die Pflicht, die örtlichen Verwaltungen zu unterstützen. Von den Verbandsbeiträgen der Filialen verbleiben 10 Proz. den Filialen, die anderen 90 Proz. sind an den Verband abzuliefern.
3. Das Obligatorium der „Solidarität“ ist durch eine allgemeine Urabstimmung herbeizuführen. Die beabsichtigte obligatorische Einführung der „Solidarität“ der Berliner Zahlstelle ist dadurch hinfällig.
4. Um in Zukunft ähnliche Differenzen zu vermeiden, wie sie gegenwärtig vorliegen, wird der Organisation der Buchdrucker, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen empfohlen, einen Verbandsausschuß als Beschwerde-Instanz gegen den Verbandsvorstand zu schaffen.

Frau Kunz beklagt sich namentlich über die Art und Weise, wie von seiten des Verbandsvorstandes gegen die Filiale I vorgegangen sei. Man habe den Arbeitsnachweis derselben ausmieten und den Wert veranlassen wollen, dem Arbeitsnachweis den Gebrauch des Telefons abzuschneiden. Frau Thiele als Vorsitzende weist demgegenüber darauf hin, daß das Material der Filiale Eigentum des Verbandes war, der seine Jurisdiction zu fordern hatte. Die Revisorin wendet sich dann gegen die Angriffe, welche in einem Flugblatte gegen den Verbandsvorstand geschleudert worden sind. In demselben wird dem Vorstand sogar der Vorwurf gemacht, daß er an Stelle der Agitationstouren Begünstigungsfahrten auf Kosten des Verbandes unternommen habe und somit seine Pflicht verkannt habe. Die Kollegin Heidemann vertritt den Inhalt des Flugblattes und erklärt die Abweisung der Mitglieder der Filiale I gegen eine Beitragserhöhung lediglich daraus, daß die Mitglieder von einer richtigen Verwendung des Geldes nicht überzeugt seien. Von den 400 Mitgliedern der Filiale I haben sich bereits 250 für die Abtrennung vom Verbande erklärt. Wacholder Distomski hält die jetzige Organisation für eine verfehlte. Eine Trennung der Berliner Mitgliedschaft nach Geschlechtern in Filiale I und II ist unmöglich und unwahrscheinlich. Geradezu unsinnig sei auch die Beibehaltung gesonderter Arbeitsnachweise. Kollegin Wien erklärt dies aus der Unfähigkeit der männlichen Hilfsarbeiter, deren Verhalten (ins Unendliche fortgesetzte Liebertunben etc.) einen Niedergang des Arbeitsnachweises der weiblichen Mitglieder zur Folge haben müßte, wenn man eine Vereinigung vornehmen wollte. Die Genossin Altman, die nunmehr das Wort ergreift, bittet alles Trennende zu beseitigen. Stehen die männlichen Hilfsarbeiter zurück, so ist das kein Grund zur Abschließung von denselben, sondern zur Agitation und Gewinnung derselben. — Im allgemeinen geht aus der Diskussion hervor, daß wohl in dem einen oder anderen Falle Ursache zu tatsächlichen Beschwerden vorhanden ist, auf der anderen Seite wird betont, daß eine Streikung, die namentlich stark in der Filiale I ist, die sachlichen Differenzen im lokalorganisatorischen Sinne andeuten will. Frau Thiele erklärt, daß der Vorstand sich dem Schiedsspruch unterwerfen will, und schließlich wird in einer Resolution der Schiedsspruch in der oben mitgeteilten Form gutgeheißen. Wegen der vorgeschrittenen Tageszeit werden die noch vorliegenden Punkte der Tagesordnung abgesetzt und beschränkt sich der Vorsitzende darauf, der Versammlung einige Mitteilungen zu machen, worauf die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen wird.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Der Bezirk Wedding und Gesundbrunnen hielt am 8. Oktober seine regelmäßige Bezirksversammlung im Kolberger Salon ab. Genosse Krenpe hielt einen sehr lehrreichen und mit Beifall aufgenommenen Vortrag über: Technische Fortschritte. Eine Diskussion fand nicht statt. Zum Bezirksleiter wird Döhling, als Beitragsammler Schella gewählt.

In einer öffentlichen Versammlung der Köhler Berlin am 8. Oktober hielt Genosse Fr. Wille einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag, durch welchen er die Notwendigkeit der Gewerkschaftsorganisation nachwies. Die Aufsicht der Versammelten wurde dadurch lungedogen, daß sich 20 Kollegen in eine Liste einzeichneten, um Mitglieder des zu gründenden Vereins zu werden. W. Bernau, H. Wallentin, D. Bernide und W. Voth wurden als provisorischer Vorstand gewählt, mit dem Auftrage, in kurzer Zeit ein Statut zu entwerfen, sowie die nötigen Vorbereitungen zur Gründung des Vereins zu vollziehen. Mit dem Wunsche, daß in der nächsten Versammlung alle Kollegen, welche in unserem Beruf arbeiten, erscheinen, um

durch Teilnahme zu beweisen, daß es den sämtlichen Köhlern Berlins ernstlich darum zu thun ist, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Marmorarbeiter hielten am Mittwoch in den Cohnschen Sälen (Bentzkstraße) eine Versammlung ab, in der längst über die Nichtumkehrung des Tarifs seitens zweier Unternehmer verhandelt wurde. Es wurde die Entsendung eines Delegierten beschlossen, um in einem der Fälle mündlich eine Feststellung vorzunehmen. Auch hatte die willkürliche Anwendung des Tarifs auf gewisse neuere Steinorten zu Beschwerden geführt. Infolge dessen fand auch ein Antrag Annahme dahingehend, daß die Kosten der Schiedskommission in solchen Fällen dem schuldigen Teil aufzuerlegen seien. Es wurde noch beschlossen, die infolge der Lohnbewegung Gemahregelten weiterhin zu unterstützen, da die Konjunktur gegenwärtig eine schlechte ist. Als Mindestbeitrag sollen hierzu pro Woche 50 Pf. von jetzt ab erhoben werden.

Die Stickerarbeiter hielten am 11. d. M. ihre gut besuchte Generalversammlung im „Englischen Garten“, Alexanderstraße, ab. Zunächst erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht des Vorstandes. Im Anschluß hieran verlas der Kassierer den Kasseebericht vom 1. Okt. 1893 bis 30. Sept. 1894. An Einnahmen waren zu verzeichnen 5053,03 M. Streikunterstützung wurde gezahlt 3900,65 M., nach Abzug der übrigen Ausgaben verbleibt ein Bestand von 103,00 M. Dem Kassierer wurde auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Der neu gewählte Vorstand wurde aus folgenden Kollegen zusammengesetzt: Vopig erster, Schenck zweiter Vorsitzender, Liebe Kassierer, Rau Schriftführer, Ridert, Sasse, Geinroth als Revisoren, Fröhlich, Alos, Schulz Revisoren. Unter Vertretung Angelegenheiten berichteten die Kollegen von Kuerbach den Versammelten des näheren über die Abzüge, die Herr Kuerbach bei einzelnen Gegenständen vorzunehmen geduldet. Diese Angelegenheit wurde zur weiteren Untersuchung der Agitationskommission überwiesen. Sodann giebt Jodel als Mitglied des Gesellenausschusses der Junge bekannt, daß die Jungemeister verüben, den Beschluß, die Junge-Krankenkasse aufzuheben, illusorisch zu machen. Sie entdecken nämlich einen „Hornschleier“, der darin besteht soll, daß zu der betreffenden Versammlung nicht alle Meister geladen gewesen seien. In dieser Angelegenheit wird schließlich folgende Resolution angenommen: Die Versammlung ist der Meinung, daß das Bestehen der Junge-Krankenkasse neben der Orts-Krankenkasse nur als eine Schädigung für alle Kollegen anzusehen sei; die Kollegen erkennen es als erste Pflicht, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die Auflösung der Junge-Krankenkasse baldigst erfolgen wird. In weiteren wurden die Kollegen, besonders die Vertrauensmänner der einzelnen Werkstätten, vom Vorsitzenden ermahnt, vom nächsten Sonntagabend an die Beitragsmarken in der Zeit von 6 bis 8 Uhr abends in der Zahlstelle zu entnehmen. Zum Schluß wurden die Kollegen zu regem Besuch der Arbeiter-Bildungsschule ermuntert und das nächste Stiftungsfest in Erinnerung gebracht.

Eine öffentliche Versammlung der Rifenmacher tagte am 9. d. Mts. in den Arminiahallen mit der Tagesordnung „Austritt aus der Gewerkschaftskommission“. Splinter geht auf den Abstimmungsmodus ein, verliest sodann das Regulator des Gewerkschafts-Statutts und ersucht, sich diesem anzuschließen. E. Herrig führte aus, erst dann Stellung dazu zu nehmen, bis der neue Abstimmungsmodus endgültig abgeschlossen ist. Im übrigen sprechen alle Redner für den Austritt in die Gewerkschaftskommission, und wird auch ein Antrag hierzu einstimmig angenommen, worauf Splinter, und als Stellvertreter Schwanzher als Delegierte gewählt werden. Hieran wird ein Antrag angenommen, welcher besagt, den wöchentlichen Beitrag zum Streikfonds von 50 Pf. auf 15 Pf. zu ermäßigen, jedoch daß die resignierenden Kollegen die 50 Pfennig-Marken nachzuliefern haben. Sodann wird der Versammlung durch den Obmann der Lohnkommission mitgeteilt, daß in der Rifenfabrik von Liebrecht, Kronenstr. 71, wegen Differenzen ein Streik ausgebrochen sei. Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Friedrichshelde. Am 8. d. M. fand hier selbst im Lokal von Schulz die Generalversammlung des socialdemokratischen Wahlvereins statt. Aus dem Bericht des Vorstandes ist hervorzuheben: Im ersten Quartal fanden fünf Versammlungen mit Referenten statt, zwei politische, drei wissenschaftlichen Inhalts, außerdem zwei außerordentliche und vier Vorstandssitzungen. Nach dem Kasseebericht des Kassierers betraute war eine Einnahme von 76,52 M., Ausgabe 23 M. vergelassen. Die Revisoren, welche die Kasse geprüft hatten, stellten den Antrag, dem Kassierer Decharge zu erteilen, welche auch erfolgte. Die Auswahl des Vorstandes ergab folgendes Resultat: erster Vorsitzender H. Wolf; zweiter Vorsitzender F. Wedemeyer; erster Kassierer Jagusch; zweiter Kassierer A. Schulz; erster Schriftführer G. Wedemeyer; zweiter Schriftführer G. Lawe; zu Vertretung Schröder und Hebold; Revisoren: Werner und Schilling; Syndiker: Frank; Bibliothekar Kaul und A. Schulz. Außerdem wurden noch einzelne Vereinsangelegenheiten geregelt und zu Gunsten der Landagitation 10 M. bewilligt.

Zum Schluß wurde der Beschluß gefaßt, daß jeden Donnerstag nach dem 15. die Diskutierabende, und jeden Sonntag nach dem 1. eines jeden Monats die regelmäßigen Versammlungen stattfinden und zwar abwechselnd in den Lokalen von Bube und Schulz. Dies gilt nur für das Winterhalbjahr. Der nächste Diskutierabend findet am Donnerstag, den 19. d. M. im Lokal von Bube statt.

Der Arbeiter-Bildungsverein für Mariendorf und Umgegend hielt am 10. d. M. seine Generalversammlung ab. Der Verein zählt zur Zeit 125 Mitglieder; in den Vorstand wurden gewählt: M. Müller als Vorsitzender, als Schriftführer Joh. Kersten und E. Ottmann zum Kassierer. Ferner wurden für Tempelhof F. Müller, G. Wende, M. Ottmann und Rich. Franer; für Mariendorf Schüttelopp und Lehmann, und für Marienfelde Berger als Beitragsammler gewählt. Zu Revisoren wurden Colhofer, Grünlich und Schüttelopp ernannt. Am 31. d. M. beginnt der Verein einen Kursus über das „Bürgerliche Gesetzbuch“. Referent ist Genosse Rechtsanwält Viktor Franke.



Spandau. In der öffentlichen Gewerkschafts-Versammlung v. 6. d. M. sprach Genosse Kozle-Verlin unter großem Beifall der Anwesenden über die Instandhaltung. Sodann erstattete Kunkel Bericht über die Tätigkeit des Spandauer Gewerkschaftsstatutts. Schröder gab einen Bericht der Bibliothek und empfahl fleißigere Benützung derselben. Pieper brachte die nächsten Gewerbegerichts-Wahlen in Anregung.

Anthracitwerke Gustav Schulze

G. m. b. H.
offizieren

116/13*

ihre als beste anerkannte Anthracite zu folgenden nicht erhöhten Preisen:

 für ameri- kanische Oefen nur für Cadé-Oefen	Ia. Sunrise Anthracit „Big Vein“	Mk. 1,90	bei Bezug von 30 Ctr. und mehr.	 Engländer Anthracit Big Vein.
	Ia. Gwaun-Cae-Gurwen Anthracit „Big Vein“ salon	„ 2,00		
	do. do. do. Cadé	„ 1,75		

Preise frei Boden oder Keller in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf, Grunewald und Halensee. — Netto Kasse.

Sämtliche andere Brennmaterialien in bester Qualität zu billigsten Preisen.



BAER SOHN

Chausseestrasse 24a und 25,
zwischen Invalidenstrasse u. Friedrich-Wilhelmstädtischem Theater.

11 Brückenstrasse 11,
zwischen Jannowitzbrücke u. Köpckeckerstr. (Ecke Rungestr.)

20 Gr. Frankfurterstr. 20,
Ecke Koppenstrasse, am Bürger-Hospital.

Fabrikation und Mafanfertiigung guter Herren- und Knaben-Bekleidung.

En gros. — En detail.

Lieferanten an Garderoben-Geschäfte, Vereine, Institute und ausländische Gesellschaften.

Export. — Import.

Die Preise sind streng fest, sehr billig
und in Zahlen an den Waren
gezeichnet

Eröffnung der Winter-Saison 1899/1900.

284 097 Meter Waren sind laut
Gutachten eines vereideten gericht-
lichen Bücher-Revisors von uns wäh-
rend eines einzigen Jahres verbraucht

Winter-Paletots	für Herren. Double und Cachemire-Eskimos in schönen modernen Farben mit warmem Futter, dem Preis entsprechend 21.- 18.- 15.- 12.-	8 Mk. 50
Winter-Paletots	für Herren. Hochfeiner-Eskimo, Krimmer, Cheviots, Floconnés in prächtiger enormer Auswahl vom allerfeinsten bis z. mittleren Genre 60.- 45.- 36.- 30.-	25 Mk.
Hohenzollern-Mäntel	für Herren. Tuch, Duffel, Cheviots u. Satin mit langer, weitfaltig. Glockenpelzine. Vom einfach. b. z. vornehmst. Gesch. 65.- 50.- 40.- 30.-	18 Mk.
Kaiser-Mäntel	für Herren. Dicker wetterfester Loden, mit warmem Futter 30.- 25.- 21.- 18.-	15 Mk.
Gummi-Mäntel	für Herren. Echt englisches Makinhosh-Fabrikat H. Aus Doppelgewebe in Sportfarben. Vulkanisiert u. gummiert. 3-reihiger Paletot mit Sammetkragen. Für diese Marke besitzen wir den Alleinverkauf.	18 Mk.
Knaben-Mäntel	Reizende Auswahl in Façons und Qualitäten. Viele schöne überraschende Muster bis zum einfachen praktischen Dessin 12.- 10.- 8.- 6.-	4 Mk.
Jünglings-Mäntel	ausserordentlich reichhaltiger Sortimente, mit und ohne Pelzine 24.- 18.- 15.- 10.-	8 Mk.

Schwarze Jackett-Anzüge	für Herren. Kammgarne, Diagonale, Cheviots und sonstige Neuheiten. 45.- 36.- 27.- 18.-	10 Mk.
Schwarze Rock-Anzüge	für Herren. Satins, Drapés, Kammgarne und Kammgarn-Cheviots 55.- 45.- 36.- 27.-	21 Mk.
Schwarze Gehrock-Anzüge	für Herren. Tuche und Kammgarne in verschiedenen Ripps- und Drapé-Geweben. 60.- 50.- 42.- 36.-	30 Mk.
Winter Joppen	für Herren. Dicke Loden-Arten mit molligem Futter. Praktische Façons mit breitem Brustüberschlag. Schutz gegen Erkältung 10.- 7.50	6 Mk.
Winter-Joppen	für Herren. Diekwollige, starke Loden mit sehr gutem, recht molligem Futter. Verschiedene Façons, 18.- 15.-	12 Mk.
Winter-Hosen	für Herren. Dicke Velours, Cheviots, Zwirnbucksins, Kammgarne usw. in geschmackvollen Streifen 15.- 12.- 9.- 6.-	3 Mk. 50
Schlafröcke	enorm reichhaltige Auswahl in Stoffen und Façons. Eine Freude der Häuslichkeit 30.- 24.- 18.- 12.-	8 Mk. 50

Verlangen Sie kostenlos u. portofrei die neueste 14^{te} reichillustrierte Säcular-Preisliste 1900 (Auflage 1 Million). Jeder, auch teilweiser Nachdruck wird strafrechtlich verfolgt.

Heute **Eröffnung** unseres Geschäftshauses **Chausseestrasse 25**
in Verbindung mit unserem bisherigen Geschäftshause Chausseestrasse 24a.

Frage, die oft an uns gestellt wird. Wieso anordnen Sie noch bei dem bedeutenden Umfange und der gewaltigen Auswahl Ihres Geschäftes?

Antwort: Wie kann jemand wissen, dass wir etwas Gutes zu verkaufen haben, wenn wir es ihm nicht zeigen!

Besichtigen Sie daher, wenn Sie mit und billig **Goldwaaren und Uhren** kaufen wollen, unsere permanente **Muster-Ausstellung** mit deutlich sichtbarer Preisnotierung vor dem **Königstr. 22.** **Goldwaaren-Industrie** **Belmonte & Co.**

elektrischer Kraftbetrieb. Großhandel, Export, Versand sämtl. Artikel d. Gold-, Silber- u. Uhrwa. Einzelverkauf nur Hof part.

die oft an uns gestellt wird. Wieso anordnen Sie noch bei dem bedeutenden Umfange und der gewaltigen Auswahl Ihres Geschäftes?

Antwort: Wie kann jemand wissen, dass wir etwas Gutes zu verkaufen haben, wenn wir es ihm nicht zeigen!

Besichtigen Sie daher, wenn Sie mit und billig **Goldwaaren und Uhren** kaufen wollen, unsere permanente **Muster-Ausstellung** mit deutlich sichtbarer Preisnotierung vor dem **Königstr. 22.** **Goldwaaren-Industrie** **Belmonte & Co.**

elektrischer Kraftbetrieb. Großhandel, Export, Versand sämtl. Artikel d. Gold-, Silber- u. Uhrwa. Einzelverkauf nur Hof part.

Gesundheit ist Reichtum!

Dampf- und Heissluft-Bäder

wirkungsvolles, erfolgreichstes und billiges Mittel gegen Erkältung, Gicht und Rheumatismus. Lieferung an sämtliche Krankentafeln. 24231*

Bad Frankfurt | **Ritter-Bad**

136 Gr. Frankfurterstr. 136 | 18. Ritter-Strasse 18.

Spezialität: Russ. bzw. Dampfkasten-, Röm. bzw. Heissluft-, Lohfannin-, Sool- und Schwefelbäder täglich für Damen und Herren.

Schmöllner Original-Stoffwäsche

Grünert & Gerth, Schmölln S.-A. Fabrik-Lager Berlin SO., Reanderstr. 10.

Neuheit in Chemisettes. D. R. G. M. 102 691. Unentbehrlich für Ziehtragen. Schmeigt sich dem Halse an und verursacht das bewegliche Bändchen ein angenehmes Tragen. **Praktisch! Billig! Dauerhaft!** Von Feinwäsche nicht zu unterscheiden. — Billiger und dauerhafter als Feinwäsche, weil der Knickungspreis nicht das Maßgebende der Feinwäsche übersteigt. In besseren Papiergeschäften verlangen man nur **Schmöllner Original-Stoffwäsche**; denn nur unter dieser Bezeichnung ist die Neuheit zu haben.

Engros-Preise zu erfragen durch den General-Vertreter **L. Croseck, Reanderstr. 10.**

Großes, altrenommiertes Bettfedern- und Betten-Etablissement

D. Feibel, Berlin, Chausseest. 111, empfiehlt anerkannt beste, gereinigte **Bettfedern**, 1/2 kilo 50, 75, 1 Mt. bis zu den feinsten Sorten. **Daunen**, weiß u. grau, 1/2 kilo 2,50, wovon 3 Pf. zu großen Deckbett genügen, d. s. d. zartest Schwannen- u. Überdaunen. **Halbdaunen**, 1/2 kilo 1,25, vorzügliche Ware 1,50 Mt. **Fertige Betten** a Stand, Deckbett, Unterbett, 2 Kissen 12 Mt., 15, 18 Mt. **Gutes Daunenbett**, komplett nur 27,00 Mt., ganz feine Herrschaftsbetten 30-75 Mt. **Fertige Bettwäsche** und Jalousie in sehr großer Auswahl. Beim Käufen der Betten kann jeder Käufer zugegen sein. (25929*)

Allegrohtes Lager von eisernen Bettstellen. Stück von 4,50 Mt. **Rinderbettstellen** von 8 Mt. an. — In meiner Mattenfabrik fabriciere ich in garantiert reiner Füllung Matratzen in Rohhaar, Wolle, Hafer, Seegras, Stück von 3,75 Mt. an.

Versand streng reell unter Nachnahme.

Erfinden von dem Geheimen Sanitätsrat Dr. Carl Mamppe, ersetzen die seit 60 Jahren bekannten „Dr. Carl Mamppe bittere Tropfen“ in den meisten Berliner Familien eine **Hausapotheke**. Die natürliche aromatische Bittere von Dr. Mamppe bitteren Tropfen wirkt belebend und verdauungsbefördernd. Es wird wenig alte Berliner geben, die den ächten Mamppe (Elefanten-Marke) noch nicht kennen.

Preis für die 1/2 Literflasche 1,75, " " " 1,-, " " " 1,-, " " " 1,-. **Überall zu haben.**

So *findt man die* **Mamppe's**

Kinderwagen- und Schlafmübel-Bazar Baby.

I. Invalidenstrasse 100, an der Brunnenstrasse.
II. Oranienstr. 70, vom 1. 10. er. Oranienstr. 31, Ecke Adalbertstrasse.
III. Gr. Frankfurterstr. 115, Ecke Andreasstrasse.

Betten von 5,00-150,00 **Betten**, Stand von 10,00-100,00 **Bettfedern u. Daunen**, Schütten der Betten im Beisein der Käufer

von 6 Mt. an. IV. Chausseestrasse 8. V. Reipickendorferstr. 2DE. VI. Brunnenstr. 92 am Humboldthain. VII. Seydelstr. 32, Ecke Spittelmarkt (Ausverkauf der von mir erworbenen Stinnsnyschen Konkursmasse). VIII. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 53. **Teilzahlung gestattet.**

Möbel und Polsterwaren. **A. Schulz,** Reichensbergerstr. 5. **Brunnenbad, Brunnenstr. 16.** **H. Mania und Frau.**

Soh-Bad, Dampf-, Heissluft- und Saunabäder, sowie alle Bäder einzelner Körpertheile (Arme, Beine). **Schwefelbäder** mit Natheimer Ritterslange. **Massage-Anstalt** mit neuen nach. Apparaten (1 Tr.). **Raffin** seit 1884. — Reim gepulvert Karudunst. — Seit 10 Jahren für sämtliche Krankentafeln. (24611*)

Massage-Billale: **Turmstr. 16,** von 4-6 Uhr.